

Protokoll der 34. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ am Montag, dem 2. Juni 1997; Beginn: 10.00 Uhr; Berlin, Schloßplatz 1; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann

Öffentliche Anhörung zu dem Thema

Wechselseitige Wahrnehmungen und Reaktionen im geteilten Deutschland und ihre Nachwirkungen

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 10

Vorträge

Wahrnehmungsmuster in Ost- und Westdeutschland gestern und heute

Rüdiger Thomas 14

Anne Köhler 24

Diskussion 31

Kurzvorträge

Das Bild des jeweils anderen Landesteils in den Schulbüchern der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Ursula A. J. Becher 43

Das Bild des jeweils anderen Landesteils in der Öffentlichkeit bzw. in den Medien der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Ilse Spittmann-Rühle 49

Erkenntnisse des MfS zur Westwahrnehmung in der Bevölkerung der DDR

Peter Busse 56

Diskussion 62

Kurzvorträge

Befindlichkeiten und politische Orientierungen im heutigen Deutschland

Hans-Dieter Klingemann 78

Richard Münchmeier 81

Podium

Die gegenseitige Sicht der Deutschen in Ost und West – Weiterwirken von Stereotypen und wie damit umzugehen ist

Annette Simon	88
Heinrich August Winkler	90
Hans-Jürgen Fischbeck	93
Ulrich Schacht	95
Manfred Rexin	100

Diskussion	103
-------------------------	-----

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich begrüße Sie alle zu dieser öffentlichen Anhörung „Wechselseitige Wahrnehmungen und Reaktionen im geteilten Deutschland und ihre Nachwirkungen“, ausgehend von der Erfahrung und der Erkenntnis, daß die Deutsche Demokratische Republik aufgehört hat zu existieren, daß sie aber mit ihrer Existenz einmal sehr nachdrücklich die Menschen geprägt und beeinflußt hat in Teilen bis heute, die in dieser DDR über viele Jahre gelebt haben, aber eben auch die Altbundesrepublikaner, die auch an der einen oder anderen Stelle sehr maßgeblich durch die deutsche Teilung geprägt und beeinflußt worden sind.

Ich möchte Sie, wie gesagt, alle ganz herzlich begrüßen, auch den gerade noch hereintretenden Professor Faulenbach. Die umständliche Themenformulierung vermag nicht zu verbergen, daß es heute erneut um unser aller Biographien geht: Wie haben wir im Osten und im Westen unseres geteilten Deutschland gelebt? Was haben wir voneinander gewußt? Was wollten und was konnten wir voneinander wissen? Wie sind wir uns begegnet? Wie hat uns das Wissen, oft sogar von unseren engsten Verwandten durch eine schier unüberwindliche Grenze getrennt zu leben, geprägt? Was ist von alle dem zurückblieben? Wie sehen wir uns heute?

Die zuständige Berichterstattergruppe hat sich bei der Zusammenstellung des heutigen Programms darum bemüht, möglichst viele Gesichtspunkte zu diesen Fragen einzuplanen. Da werden Kenner und Kennerinnen aus den Bereichen der Politikwissenschaft, der Publizistik, der Demoskopie, der Pädagogik, der politischen Bildung, der Sozialwissenschaften und schließlich auch noch Menschen zu Wort kommen, die die deutsche Teilung in besonderer Weise zu spüren bekamen. Ich danke Ihnen allen, die uns mit Ihren Beiträgen zum Nachdenken über unsere früheren und gegenwärtigen Wahrnehmungen voneinander helfen werden schon jetzt sehr herzlich!

Ich selber, Sie wird das vermutlich nicht verwundern, fühle mich hier auch ein bißchen sachverständig, gehöre ich als geborener Berliner doch zu jenen, die durch den täglichen Anblick der Mauer in der geteilten Stadt ständig daran erinnert wurden, daß es da noch dieses andere Deutschland gibt. Bis zum Bau der Mauer am 13. August 1961 hatte ich wie so viele andere ein Gymnasium in

West-Berlin besucht, weil ich, das hieß damals wegen mangelnder politischer Tätigkeit, nicht die Erlaubnis bekam, in dem Teil Berlins, in dem ich wohnte, mein Abitur machen zu können. Der Geruch der Currywürste und der Geschmack der Coca Cola, die farbige Pracht der Comics und die vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten von Wrigleys Kaugummi waren mir bestens bekannte Selbstverständlichkeit, mindestens bis zum 13. August 1961.

Den Mauerbau habe ich selbst nicht in Berlin erlebt. Zu dieser Zeit war ich auf einer Rüstzeit im schönen Schloß Mansfeld, also mitten in Luthers Heimat. Auch dort hörten wir Siebzehn- oder Achtzehnjährigen natürlich Radio und erfuhren auf diese Weise schon am Morgen des 13. August von der Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalls“ um West-Berlin. Das haben wir heute manchmal vergessen, der hieß offiziell bis zum letzten Tag seiner Existenz nicht verniedlichend Mauer, sondern „Antifaschistischer Schutzwall“. Die Alt-bundesrepublikaner unter uns sollten wissen, daß sie damit gemeint gewesen sind. Wir 17-, 18-jährigen hielten am 13. August das Ganze für einen Witz, ahnten noch überhaupt nichts davon, was dieser Tag grundlegend verändern sollte, auch ganz konkret in dem Leben jedes einzelnen von uns.

Schon wenige Wochen nach der Grenzschießung stand ich mit meiner Mutter und meinen Geschwistern im Ostteil Berlins in der Heinrich-Heine-Straße und winkte meinem Vater zu, der im Westteil Berlins auf einen der zu diesem Zweck gebauten Holztürme gestiegen war und von dort aus zurückwinkte. Meine Eltern hatten sich in vollständiger Verkennung der tatsächlichen Lage und ihrer Folgen geeinigt, daß mein Vater als „Ausweis-West-Berliner“, der er zu der Zeit war, zunächst im Westen bleiben sollte. Als wir damals über die Grenze hinweg unserem Vater zuwinkten, begriff ich, was da nun auf uns zukommen würde. Die Mauer mit all ihren Folgen für unsere Familie und für mich ganz persönlich würde ich wohl der SED nie verzeihen können.

Im Laufe der nächsten Jahre wurde ich ein richtiger Ost-Berliner wie alle anderen auch. Die vertrauten Straßenzüge im anderen Teil Berlins wurden mir fremd, auch wenn ich vieles von dem, was mir früher ganz selbstverständlich vertraut gewesen war, allabendlich im Fernsehen zu sehen bekam. Aber das war eine andere „Wahrnehmung“, um diesen Begriff aus der Titelformulierung dieser Anhörung einmal aufzunehmen. Wie anders diese Wahrnehmung war, begriff ich, als ich erstmals, auch das ist von hier aus zu sehen, im Restaurant des Fernsehturms am Alexanderplatz Kaffee trinken war.

Dieses Prestigeobjekt sozialistischer Baukunst besitzt ein, die meisten werden es wissen, drehbares Restaurant. Im Verlauf einer Stunde kann man da einen Rundumblick über das ganze Berlin genießen. Ich sah – klein wie Spielzeug – die Berliner Stadtlandschaft unter mir vorüberziehen, auch jene mir von den SED-Machthabern nun offensichtlich auf alle Zeit „verbotene Stadt“. Das hat wehgetan und zornig gemacht.

Glücklicherweise blieben wir nicht auf lange von allen Kontakten in das andere Deutschland abgesperrt. In Berlin waren wir da in einer besonders günstigen

Lage. Ich denke heute noch mit großer Dankbarkeit an alle die vielen Westmenschen, die keine Mühe scheuten, um uns zu besuchen. Besonders die Kirchen haben hier viel Phantasie und Energie aufgebracht, um Menschen aus beiden Teilen des geteilten Deutschland zusammenzubringen. Wie mußte da von den Altbundesrepublikanern bei den Passierscheinstellen angestanden werden! Wie viele ganz persönlichen Ängste waren zu überwinden! Welche Entwürdigungen bei der Abfertigung durch die Grenzkontrollorgane der DDR waren hinzunehmen!

Aber diese Menschen kamen immer wieder. Manche nahmen weite Anreisen in Kauf, um uns zu besuchen. Heute weiß ich, diese Besuche, diese Begegnungen und Gespräche sind unheimlich wichtig gewesen – nicht nur für uns in der DDR, auch für die Besucher aus dem Westen und für den Westen überhaupt. Wir haben auf beiden Seiten sehr viel daraus gelernt. Wir waren nicht allein auf die bunten Fernsehbilder und die Magazinberichte angewiesen.

Und trotzdem war es immer wieder ganz schlimm, wenn wir dann am „Tränenpalast“ in der Friedrichstraße standen, um Menschen, die uns liebgeworden waren, zu verabschieden. Man konnte nicht mitgehen, und man wußte nicht, ob man sie wiedersieht. Wir wußten, die werden eine S-Bahn-Station weiter bald am Ku-Damm spazieren gehen können, während wir zurückbleiben müssen. Ich werde auch das abschließende Schulterzucken niemals vergessen, mit dem sich unsere Freunde oft verabschiedeten. Wieviel Resignation und Traurigkeit lag in dieser Bewegung! Wieviel unbegründetes Schuldgefühl auch bei denjenigen, die uns so gerne zu sich in ihr westliches Heim eingeladen hätten, die nicht immer nur bei uns auf dem Sofa sitzen wollten und doch wußten: Das geht nicht!

Und damals dachten wir nicht: Das geht noch nicht, sondern wir dachten: Das geht nie nicht! Oder man wird einmal Rentner und reisewürdig.

Als am 9. November 1989 die Mauer fiel, stand ich mit einem Freund auf der Bornholmer Brücke. Ich mußte es mit eigenen Augen sehen, daß nun endlich Schluß war mit all den Trennungen, Entfremdungen, Mißverstehensmöglichkeiten und Einengungen, die uns die SED über Jahrzehnte ungefragt und ohne unser Einverständnis verordnet hatte. Ich empfand den 9. November 1989 als die notwendige Korrektur des unmenschlichen 13. August 1961. Dieser hatte mir alles zerschlagen, was ich mir für meine Zukunft erträumt hatte. Inzwischen muß ich sagen: Ich bin ganz froh – nicht über die Mauer und das Trennende –, aber daß mein Leben so verlaufen ist, wie es verlaufen ist. Das danke ich aber nicht Erich Honecker und Walter Ulbricht und der klugen Politik, wie das immer hieß, der Arbeiter-und-Bauern-Partei SED, sondern ganz anderen.

Als ich in das politische Leben der sich zur Demokratie wandelnden DDR eintrat, traf ich auch auf manche Menschen, die in der Politik der Bundesrepublik eine Rolle spielten und die ich schon kannte. Sie hatten den Ost-Berliner Jugendpfarrer – manchmal auf geradezu konspirative Weise – schon vor dem Fall der Mauer besucht, weil sie selber sehen und hören wollten, wie wir leben,

was wir fürchten, worauf wir hoffen und wovon wir träumen. Ich fühlte mich nicht fremd im vereinigten Deutschland. Fremd hatte ich mich in der DDR gefühlt, die doch mein „eigenes Haus“ hatte sein sollen.

Erst später habe ich begriffen, in welcher bevorzugten Situation ich immer gelebt habe. Ich war Berliner, prinzipiell kontaktfreudig und im Raum der Kirchen zu Begegnungen auch über die Grenzen hinweg fast verpflichtet. Heute weiß ich auf mir oft schmerzliche Weise, daß wir, die wir so leben durften, einer relativ kleinen Minderheit angehört haben. Die meisten Bürgerinnen und Bürger der DDR hatten solche Kontaktmöglichkeiten nicht. Sie waren auf das Fernsehen angewiesen und die gelegentlichen Besuche von Verwandten und Freunden. Aber wie viele Menschen in der DDR hatten überhaupt solche Kontakte? Und die allermeisten hatten sie eben nicht.

Und wenn es solche Besuche gab, dann fehlte es doch zumeist an den notwendigen Vergleichsmöglichkeiten. Auch der größte Teil der Bewohner der alten Bundesrepublik hatte keine direkten Kontakte in die DDR mehr, interessierte sich deshalb auch nur noch mäßig für das, was in der DDR geschah, und plante, genauso wie die meisten Menschen in der DDR, sein Leben so, als ob es das andere Deutschland nicht gäbe.

Bei realistischer Betrachtungsweise sage ich deshalb:

Wir waren im geteilten Deutschland – vielleicht mehr als uns bewußt war und wir uns eingestanden – weit voneinander abgekommen, wußten zugleich aber auch, daß uns immer noch mehr miteinander verbindet als nur eine ferne Geschichte oder die Sprache, nämlich gemeinsame Hoffnungen und politische Verantwortung füreinander.

Wenn wir uns trafen oder übereinander sprachen, dann wurde das von zunehmender Unsicherheit bestimmt, denn wir konnten unsere Wahrnehmungen voneinander nicht mehr kontrollieren. Im Osten spürten wir auch, daß unser Interesse für den Westen intensiver war als das Interesse im Westen für uns.

Wir kannten uns bestenfalls nur noch aus der Besucherperspektive, gewissermaßen in der Feiertagsausführung. Auch unsere Begegnungen sind Feiertagsbegegnungen gewesen. Man erlebte sich ja nicht bei der gemeinsamen Arbeit, sondern bei Feierlichkeiten in der Familie, oder man verlebte ein Stück Urlaub miteinander in einem sogenannten Drittland. Wir fühlten uns angegriffen und zur Verteidigung dessen, was unsere jeweiligen Leben ausmachte, verpflichtet. Wir reagierten oft aggressiv oder mit Schweigen, weil wir uns gegenseitig immer weniger erklären konnten.

Wir erwarteten noch immer sehr viel voneinander, als die Mauer fiel. Die Tränen in der Nacht des Mauerfalls waren echt, und der Verbrauch an Sekt entsprach dem Überschwang unserer Gefühle. Dann aber kam das nähere Kennenlernen. Wir sahen unsere Alltagsgesichter und waren oft enttäuscht darüber, wie wenig unsere Wahrnehmungen von früher heute der Wirklichkeit tatsächlich entsprachen.

Heute, habe ich den Eindruck, können wir mit dieser Enttäuschung leben. Wir erleben da doch etwas ganz Normales und Notwendiges. Fast ist es so wie in einer Beziehung, in der schließlich auch der Ehealltag erst die Grundlage für eine dauerhafte Gemeinschaft darstellt. Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es hilfreich und notwendig, wenn wir uns von Fachleuten erklären lassen, was da eigentlich mit uns vorgeht, was wir bereits bewältigt haben und welche Wegstrecken wir noch zu gehen haben werden.

Ich wünsche dieser Anhörung einen guten Verlauf, Selbsterkenntnis und Realitätsbewußtsein, Verständnisbereitschaft und vielleicht sogar auch etwas Humor bei dem Unternehmen, die „wechselseitigen Wahrnehmungen und Reaktionen im geteilten Deutschland und ihre Nachwirkungen“ zu erkunden. Dankeschön.

(Beifall)

Ich lasse Sie jetzt einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein klein wenig hinter den Vorhang schauen. Ich bin jetzt in der etwas mißlichen Situation, daß mich ein Kollege hat bitten lassen, ihm jetzt das Wort zu geben, damit er sieben Minuten zusammenhängend reden kann. Ich kann ihm das Wort aber nicht erteilen, weil er noch nicht hier ist. Wundern Sie sich also nicht, wenn unser Kollege, Herr Professor Jacobsen, seine einführenden Worte erst an einer anderen passenden Stelle wird reden können. Er ist auf dem Wege vom Flugzeug hierher eben in einer Stadt, die nicht ganz leer ist, noch nicht angekommen. Wir begrüßen aber den Kollegen Koschyk, der offensichtlich mit einer anderen Maschine gekommen ist. Ich bitte darum zunächst, daß die Vorträge in der angekündigten Reihenfolge gehalten werden. Der Professor Jacobsen wird seine einleitenden Worte dann sicher zu Beginn seiner Moderation sprechen können. Ich möchte aber noch eine technische Ansage machen für die Mitglieder der Enquete-Kommission. Die hier vorne haben keine Probleme mit der Technik, habe ich mir sagen lassen, wir brauchen bloß anfangen zu reden und dann funktioniert das. Sie, wenn Sie fragen oder reden wollen, müssen einmal da vorne auf das Mikrophon, auf die Fläche draufdrücken, dann geht das an. Sie brauchen nicht ein zweites Mal zu drücken, da passiert gar nichts, sondern dadurch, daß der nächste, der dann spricht, auf sein Mikrophon drückt, geht es bei Ihnen dann automatisch aus. Wenn Sie aber verstanden werden wollen, das müssen Sie sich merken, müssen Sie auf das Mikrophon vorne vor Ihnen drücken. Herzlichen Dank. Also, wie gesagt, ich bitte dann um den ersten Vortrag zum Thema „Wahrnehmungsmuster in Ost- und Westdeutschland gestern und heute“. Bitte, Herr Rüdiger Thomas.

Rüdiger Thomas: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Bevor ich Ihnen einige Gedanken vortrage, die man in freier Variation der mir gestellten Aufgabe und im Anschluß an Uwe Johnson „Mutmaßungen über die Gegenwart geteilter Vergangenheiten“ überschreiben könnte, möchte ich eine kurze Vorbemerkung machen:

Wahrnehmungen unterscheiden sich nach Inhalt und Intensität. Wir alle nehmen selektiv wahr. Wenn wir von Wahrnehmungsmustern reden, müssen wir differenzieren: Sowohl im Längsschnitt, im Wandel von Zeitperioden, Wahrnehmungen ändern sich; als auch im Querschnitt, in der verschiedenen Wahrnehmung einer politisch sozialen Konstellation, Wahrnehmungen unterscheiden sich.

Diesen Differenzen zwischen den Wahrnehmungsmustern im zeitlichen Wandel, gestern und heute, wollen wir in fünf Abschnitten nachgehen, skizzenhaft und in der Erwartung, daß sich im Verlauf dieser Anhörung manche Stichworte konkretisieren werden.

1. Die Illusion gemeinsamer Interessen: 1945 bis 1948

Beginnen wir mit der Periode, als Deutschland zwar aufgeteilt, aber noch nicht endgültig geteilt war. Das Ende des Krieges, die „Stunde Nichts“, wie sie Heinrich Böll genannt hat, leitete zunächst eine kurze Phase gesamtdeutscher Erwartungen ein. Die Intellektuellen in Ost und West machten sich auf die Suche nach Orientierung für eine gemeinsame Zukunft. Es entstanden zahllose zonenübergreifende Zeitschriften, eine lebendige literarisch-politische Publizistik, von der ich nur die „Frankfurter Hefte“ sowie „Ost und West“ erwähnen möchte. Sie orientierten sich am antifaschistischen Konsens und propagierten zumeist die Idee eines eigenen neuen Weges, die Synthese von Demokratie und Sozialismus. Schon bald zeigte sich, daß diese Leitbegriffe von den Protagonisten auf beiden Seiten unterschiedlich verstanden wurden: Zuerst auf politischer Ebene im entschiedenen Antikommunismus Kurt Schumachers, wenig später im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, dann im wachsenden Dissens der deutschen Schriftsteller, später in den PEN-Kontroversen, nachdem ein deutscher PEN 1948 gegründet werden konnte.

Schließlich war Mitte 1948 die staatliche Teilung Deutschlands präformiert. Nach Währungsreform, Berlin-Blockade und der endgültigen politisch-administrativen Spaltung Berlins war der Weg zur Teilung unaufhaltsam geworden. Der „Klassenkampf nach innen“ hatte in der SBZ begonnen, die stalinistische Herrschaftspraxis wurde nach dem Bruch der Sowjetunion mit Jugoslawien im Juni 1948 auch in der DDR verschärft. Wer von dieser Politik betroffen war, wanderte häufig schon in dieser Zeit in den Westen ab.

Der Beginn des Kalten Krieges und die Flüchtlinge aus der SBZ bestimmten am Ende der vierziger Jahre das vorherrschende Wahrnehmungsmuster eines essentiellen Antikommunismus im Westen. Die Illusion gemeinsamer Interessen hatte sich in kurzer Zeit aufgelöst. Im Osten Deutschlands zeichnete sich eine Spaltung der Gesellschaft ab: Ein Teil der jungen Generation ließ sich von der Aufbruchstimmung revolutionärer Romantik faszinieren; wer von der Politik der SED durch sozialen Aufstieg profitierte, ließ sich oft durch die Parole beeindrucken, das bessere Deutschland aufzubauen.

2. Staatliche Teilung und Spaltung der Gesellschaften: 1949 bis 1960

Die westdeutsche Wahrnehmung der deutschen Teilung wurde nach der doppelten Staatsgründung durch den doppelten Antagonismus Demokratie oder Totalitarismus, Freiheit oder Diktatur bestimmt. Dies galt übrigens auch für die Anfänge der westlichen DDR-Forschung. Die Studie von Ernst Richert „Macht ohne Mandat“ (1958 erschienen) signalisierte die Grundeinstellung vieler Teile der westdeutschen Bevölkerung gegenüber dem Ulbricht-Regime ebenso wie der Titel eines Buches von Max Gustav Lange „Totalitäre Erziehung“, 1954 veröffentlicht. Die Wahrnehmung der DDR in der westdeutschen Bevölkerung wurde vornehmlich durch zwei politische Grunderfahrungen bestimmt: den Aufstand vom 17. Juni 1953 und die anhaltende Fluchtwelle, die häufig als „Abstimmung mit den Füßen“ empfunden wurde. Bis zum Mauerbau haben etwa 2,7 Millionen Menschen die DDR verlassen, ein Siebtel der Bevölkerung, allein 1953 waren es fast 400.000, ein Höchststand, der sich in den folgenden Jahren bis 1960 dann halbierte, bevor er 1961 wieder deutlich anstieg.

Beide Vorgänge, der Volksaufstand und die Massenflucht, zeigten deutlich an, daß sich weite Teile der Gesellschaft in der DDR von der SED distanzierten. Aus dieser Wahrnehmung resultierte im Westen eine doppelte Reaktion. Einerseits wurde die politische Ohnmacht bewußt, die Verhältnisse in der DDR im Sinne einer Demokratisierung und einer Wiederannäherung wirksam beeinflussen zu können. Andererseits beschwor man eine Solidarität mit den „Brüdern und Schwestern“ im anderen Teil Deutschlands, von denen man nicht genau wußte, wie sich ihre Einstellungen und Wertorientierungen unter den Bedingungen der SED-Diktatur und der damit verbundenen ideologischen Propaganda verändert hatten. Das Bild der Westdeutschen von der Gesellschaft der DDR wurde zunehmend diffus, es wurde von der großen Politik geprägt, die sich in der Block-Konfrontation des Kalten Krieges manifestierte, und von den Übersiedlern beeinflußt, die sozusagen als frühe Zeitzeugen ihre Konflikterfahrungen mit dem Ulbricht-Regime in den westdeutschen Wahrnehmungshorizont einbrachten.

In den fünfziger Jahren setzte eine Entwicklung ein, die durch eine Asymmetrie der wechselseitigen Wahrnehmung beider deutscher Teilgesellschaften charakterisiert ist. Während sich für viele Westdeutsche die DDR zunehmend als unbekanntes Land darstellte, wurde der Westen Deutschlands für die Bevölkerung der DDR im wachsenden Maß zur „Beziehungsgesellschaft“, wie es Rainer Lepsius formuliert hat. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß sich auch die SED dieser West-Fixierung trotz aufwendiger ideologischer Feindpropaganda nicht entziehen konnte. Auf dem V. Parteitag im Juli 1958 verkündete Walter Ulbricht nicht nur die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“ als neues gesellschaftliches Leitbild, er zollte vielmehr gleichzeitig dem westdeutschen „Wirtschaftswunder“ Tribut, indem er für die DDR das Ziel formulierte, „daß der Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der

Gesamtbevölkerung in Westdeutschland“. Das sollte nicht die einzige Illusion der SED-Führung bleiben.

Das Bild wäre unvollständig, wenn wir nicht erwähnen würden, daß es in den fünfziger Jahren auf beiden Seiten politische Gruppierungen gab, die sich einerseits gegen die Blockeinbindung wendeten – hier wäre die Gesamtdeutsche Volkspartei Gustav Heinemanns, die von 1952 bis 1957 bestand, zu nennen – und andererseits den forcierten „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR kritisierten, ich erinnere an die Harich-„Plattform“ 1956, weil sie beide Vorgänge als gravierende Hindernisse für eine Wiedervereinigung betrachteten. Sie verkannten dabei die internationalen Dimensionen des innerdeutschen Konflikts ebenso wie die Sekuritätsbedürfnisse einer großen Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung und die Machtsicherungsinteressen der SED-Führung.

3. Die blockierte Beziehungsgesellschaft: 1961 bis 1969

Durch den Mauerbau hatte sich die politische Konstellation in Deutschland grundlegend verändert. Die rigorose Abriegelung stoppte die Massenflucht und blockierte die Kontakte zwischen den Menschen in beiden Teilen Berlins, nachhaltig wurden auch die Begegnungsmöglichkeiten zwischen Ost und West eingeschränkt. Die beiden Leipziger Messetermine – jeweils im März und September – ermöglichten zumindest den Westdeutschen, einen nicht unbedingt repräsentativen Ausschnitt der DDR selbst in Augenschein zu nehmen und mit Ostdeutschen ins Gespräch zu kommen.

Unter diesen Bedingungen erhielten die Medien für die ostdeutsche Bevölkerung eine zentrale Bedeutung als Informationsquelle über die Entwicklung in Westdeutschland. Dabei stand natürlich der Hörfunk im Vordergrund, doch konnte sich in den sechziger Jahren auch in der DDR das Fernsehen zunehmend etablieren. Während 1960 erst 17 von 100 Haushalten ein Fernsehgerät besaßen, waren es zehn Jahre später bereits mehr als zwei Drittel aller Haushalte. Der intensive Einfluß der westdeutschen AV-Medien auf die DDR-Bevölkerung erstreckte sich ebenso auf politische Informationen wie auf Unterhaltungssendungen, er hat vor allem die Jugendkultur in der DDR zunehmend geprägt.

Wie hatten die Menschen, die in der eingemauerten DDR lebten, auf diese neue Situation reagiert? Es waren vor allem Journalisten, die sich Mitte der sechziger Jahre mit dieser Frage in Reportage-Bänden beschäftigten. Drei „Zeit-Redakteure“, allen voran Gräfin Dönhoff, unternahmen 1964, so der Buchtitel, eine „Reise in ein fernes Land“. Ihr „Bericht über Kultur, Wissenschaft und Politik in der DDR“ suchte nach Anzeichen für Gemeinsamkeiten, Impulse für eine Wiederbegegnung der Deutschen, neue Bewegung in einer Phase politischer Erstarrung. Fast gleichzeitig erschien das Buch eines aus Prag stammenden Schriftstellers, der als Journalist in New York heimisch geworden war. Die Reportagen von Joseph Wechsberg „Kreuz und quer durch die Zone“, so der Untertitel, beschreiben ein „Land mit zwei Gesichtern“.

Wenn man diese Texte heute noch einmal liest, gewinnt man den Eindruck, daß der fremde Blick genauer war als der eigene.

Interessant sind vor allem zwei Beobachtungen Wechsbergs, die ich hier zitieren möchte, da sie etwas ausdrücken, was lange Zeit auch das Wahrnehmungsmuster vieler Westdeutscher geprägt haben dürfte. Ein Gesprächspartner äußert: „Wir alle tragen zwei Gesichter. Eins für den äußeren Gebrauch, wenn andere Menschen uns sehen, und ein zweites, wenn wir mit uns allein sind... Schizophrenie ist die nationale Krankheit dieses Landes.“ Ein anderer Gesprächspartner bemerkt zur Frage nach der Wiedervereinigung: „Sie kennen doch das Gedicht von den beiden Königskindern. 'Sie konnten zusammen nicht kommen, das Wasser war viel zu tief.'“ Wechsberg kommentiert: „Die Wiedervereinigung ist der Herzenswunsch und die Herzensangst aller Menschen in Ostdeutschland.“

In den sechziger Jahren wurde die Literatur aus der DDR von vielen Westdeutschen als eine wichtige Möglichkeit entdeckt, Auskünfte über ein fremd gewordenes Land zu erhalten. Christa Wolfs Erzählung „Der geteilte Himmel“ (1963) hat einen breiten Leserkreis in Ost und West gefunden. Erst jetzt entwickelt sich im Westen ein wachsendes Interesse an Literatur aus der DDR. Aus höchst unterschiedlichen Perspektiven und mit verschiedenem weltanschaulichen Hintergrund werden Nachrichten aus dem anderen Deutschland empfangen, die nicht nur als Literatur gelesen werden, sondern auch als verschlüsselte politische Botschaften aus einer geschlossenen Gesellschaft. Zugespielt könnte man sagen: Was für die Menschen in der DDR die westdeutschen Medien darstellten, war für die Westdeutschen die Literatur aus der DDR. Dadurch wurde die Wahrnehmung der DDR-Gesellschaft deutlicher von der Wahrnehmung des SED-Staates im westlichen Deutschland unterschieden. Während die Menschen in der DDR auf wachsende Neugier stießen, reagierte die westdeutsche Öffentlichkeit auf den anderen deutschen Staat weiterhin mit Argwohn und Ablehnung. Die DDR war, wie es Ernst Richert 1964 formulierte, „ein Staat, der nicht sein darf“, doch zeigte sich immer deutlicher, daß man ihn nicht mehr ignorieren konnte.

Die große Koalition unternahm im Mai 1967 erste deutschlandpolitische Sondierungen mit dem Stoph-Kiesinger-Briefwechsel. Eine Veränderung der Politik bahnte sich an, und ihr ging eine allmähliche Veränderung politischer Wahrnehmungsmuster voraus, wie einige Buchtitel signalisieren:

Eberhard Schulz befindet 1967: „An Ulbricht führt kein Weg mehr vorbei“. Und Hanns-Werner Schwarze konstatiert 1969: „Die DDR ist keine Zone mehr“. Beides sind Buchtitel. Am 9. Januar 1970 schreibt Horst Krüger in der „Zeit“, die DDR sei da, „als wenn sie nicht da wäre. Sie wird theoretisch und abstrakt akzeptiert, aber praktisch ausgeklammert aus dem deutschen Bewußtsein.“ Das sollte sich rasch ändern.

4. Nation ist, wenn man sich trifft: 1970 bis 1989

Nachdem die Regierung der sozialliberalen Koalition im Dezember 1969 die staatliche Existenz der DDR anerkannt hatte, war der Weg zur deutsch-deutschen Kommunikation auf dem Verhandlungsweg gebahnt. Der Empfang für Willy Brandt am 19. März 1970 in Erfurt löste Emotionen und Fragen aus: Was bewegte die Menschen, die dem Bundeskanzler enthusiastisch ihre Sympathie bezeugten? War es nur die Erleichterung, daß ein Zustand lähmender Erstarrung überwunden war, oder zeigte sich hier eine Sehnsucht nach Wiedervereinigung, die ratlose Betroffenheit hervorrufen mußte, weil ein solches Ziel eineinhalb Jahre nach der sowjetischen Invention in Prag unerfüllbar schien? Auf die Frage, ob die Deutschen trotz der anhaltenden staatlichen Teilung eine Nation geblieben waren, fand Willy Brandt eine lapidare Antwort: „Nation ist, wenn man sich trifft“, und zumindest dieses Ziel konnte die Politik mit dem Grundlagenvertrag erreichen.

Seit 4. Juni 1972 konnten die West-Berliner nach langer Trennung mit wenigen kurzfristigen Ausnahmen wieder regelmäßig in den Ostteil der Stadt einreisen, vom Juni bis Dezember 1972 waren es 2,1 Millionen Besucher, 1973 fast 4 Millionen. Der westdeutsche Reiseverkehr in die DDR und nach Ostberlin hat sich zwischen 1969 von 1,1 Millionen auf 1975 3,1 Millionen fast verdreifacht. Insgesamt haben in den siebziger Jahren durchschnittlich 6 Millionen Bundesbürger die DDR besucht. Und beinahe ebenso wichtig wie diese persönlichen Begegnungen war die Akkreditierung westdeutscher Journalisten in der DDR, die Anfang März 1973 erfolgte.

Man muß an diese neuen politischen Rahmenbedingungen erinnern, wenn man die Veränderung von Wahrnehmungsmustern in den siebziger Jahren verstehen will. Im Westen wurde eine intensive Neugierde auf den deutschen Nachbarn geweckt, ein Hunger nach Informationen wurde erkennbar, der in erster Linie von den Medien und durch zahlreiche Publikationen befriedigt wurde, aber auch durch die „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation“, die von der Bundesregierung von 1971 bis 1974 in drei Ausgaben vorgelegt wurden und unter der wissenschaftlichen Leitung von Peter Christian Ludz entstanden waren. In gewisser Hinsicht kann man sagen, daß die Materialien an die Stelle der fünf „Tätigkeitsberichte“ des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen getreten waren, der am 24. März 1952 gegründet worden war, seit Ende der sechziger Jahre funktionslos blieb und 1975 von der Bundesregierung formell aufgelöst wurde. An dem damit verbundenen Paradigmenwechsel war entscheidend, daß in den Materialien die Perspektive des Systemvergleichs die Frage nach den politischen und ökonomischen Bedingungen der Wiedervereinigung abgelöst hatte.

Es scheint notwendig, die Gründe für diesen Wandel in der Wahrnehmung näher zu betrachten. Seit Ende der sechziger Jahre begann sich im Westen eine Art gesamtdeutscher Voluntarismus auszuprägen, der nicht mehr auf die staatliche Wiedervereinigung zielte – die seinerzeit den allermeisten Deutschen als

irreales Szenario erschienen ist –, sondern auf eine möglichst weitreichende Annäherung. Dieser Voluntarismus hatte zwei Wurzeln: Er war motiviert durch die Reformeuphorie der frühen siebziger Jahre, die ja nach der Ablösung Ulbrichts auch in der DDR zunächst eine gewisse Parallele gefunden zu haben schien, mindestens ebenso aber durch ein Sachzwangdenken, das aus der Konvergenztheorie abgeleitet war. Der niederländische Nationalökonom Jan Tinbergen hatte 1963 die These entwickelt, daß die industriegesellschaftlichen Modernisierungszwänge eine ökonomische Rationalität erforderten, die schließlich auch eine Annäherung der politischen Systeme implizieren würde. Dieser Ansatz wurde damals übrigens auch von den renommierten amerikanischen Politikwissenschaftlern Brzezinski und Huntington übernommen. Bei vielen westlichen DDR-Forschern und Publizisten war es – entgegen heute oft verbreiteten Behauptungen – nicht das Konzept eines marxistischen Reformsozialismus, wie es in der DDR beispielhaft von Robert Havemann und später Rudolf Bahro verkörpert wurde, sondern vor allem diese Perspektive eines technokratischen Sozialismus, die dazu führte, daß die DDR nicht politisch-strukturell als totalitäres System, sondern in einer sozioökonomischen Entwicklungsperspektive als sozialistische Industriegesellschaft perzipiert wurde. Die viel beachtete Studie von Ludz „Parteielite im Wandel“ von 1968 orientiert sich ganz vorrangig am Aspekt einer solchen technokratischen Rationalität, der in der DDR durch das Deutungsmuster der wissenschaftlich-technischen Revolution eine gewisse Resonanz zu finden schien.

Wenn ich es richtig sehe, spielte der reformsozialistische Ansatz als Entwicklungsperspektive im Osten eine wesentlich größere Rolle als im Westen und blieb hier vor allem deutlich länger virulent, weil die Reformeuphorie in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Rücktritt Brandts zunehmend pragmatischer Ernüchterung weichen sollte. Demgegenüber läßt sich nicht übersehen, daß der Schwerpunkt gesellschaftskritischen Denkens in der DDR um einen „verbesserlichen Sozialismus“ (Heino Falcke) zentriert war, wie sich besonders deutlich im Umfeld der evangelischen Kirche zeigt.

Ein anderes Wahrnehmungsmuster erhält in den siebziger Jahren neue Bedeutung: die Einheit der Nation. Im westlichen Deutschland hatte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Bindekraft dieser Orientierungskategorie zumindest im intellektuellen Milieu erkennbar abgenommen. Ich will es an einem Beispiel illustrieren. Fritz Raddatz leitete 1972 seine Studie über „Traditionen und Tendenzen“ der DDR-Literatur mit dem lapidaren Satz ein: „Es gibt zwei deutsche Literaturen.“ Und es gab viele, darunter Günter Grass und Hans Mayer, die damals diesem Urteil zustimmten. Ende der siebziger Jahre hatte sich die Wahrnehmung grundlegend geändert. Raddatz stellte 1978 fest, „daß es heute eine unglaubliche Parallelität und Gleichheit dieser beiden deutschen Literaturen gibt“, etwa zur gleichen Zeit betrachtete sie Günter Grass als „Dach der Nation“, als letzten Rest für „etwas Gesamtdeutsches“, während Hans Mayer „eine Konvergenzbewegung der deutschen Literatur heute“ konstatierte. Die These von einer einheitlichen deutschen Kulturnation, die zunächst eher als Geltungsanspruch der bundesdeutschen Politik in Erscheinung

getreten war, hat am Ende der siebziger Jahre auch weite Teile des deutschen Kulturmilieus erfaßt.

Die „Einheit der Nation“ ist nach meinem Eindruck in der DDR viel weniger angefochten gewesen, sie galt als selbstverständliche Voraussetzung für eine politisch-gesellschaftliche Situation, in der die Bundesrepublik in allen Entwicklungsetappen der DDR-Geschichte Beziehungsgesellschaft geblieben ist. Die Aufbruchstimmung, die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre entstanden war, fand mit der Zwangsausbürgerung Wolf Biermanns am 16. November 1976 und ihren Folgewirkungen ein jähes Ende. Nun hatte es sich endgültig gezeigt, daß das von der SED beschworene Bündnis von Geist und Macht eine Illusion war. Günter Kunert empfand die DDR 1977 als ein Land, in dem es „auf keine Art irgendeine Hoffnung“ mehr gab – ein Diktum, das die Emphase von Bechers Tagebuch von 1950 „Auf andere Art so große Hoffnung“ in tiefer Skepsis umkehrte. Zahlreiche bedeutende Schriftsteller und andere prominente Künstler sahen sich, so hat es Hans Joachim Schädlich formuliert, „gezwungen, die DDR freiwillig zu verlassen“.

Die Desillusionierung, die mit diesen Vorgängen und anderen rigorosen Maßnahmen der DDR-Führung beispielsweise gegen Robert Havemann (1976) und Rudolf Bahro (1977) verbunden war, leitete die „Finalitätskrise“ (Sigrid Meuschel) der SED-Diktatur ein; und sie betraf nicht nur Intellektuelle. Seit Mitte der siebziger Jahre zeigen Studien des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, daß die SED in der jungen Generation zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren hatte. Eine (unveröffentlichte) Studie zum Geschichtsbewußtsein der ostdeutschen Jugend aus dem Jahr 1988 signalisierte schließlich, daß ihr Interesse für die Bundesrepublik doppelt so stark ausgeprägt war wie für die DDR.

Die Erosion der Parteiherrschaft war in der DDR bereits am Beginn der achtziger Jahre stärker vorangeschritten, als dies im öffentlichen Bewußtsein in der Bundesrepublik allgemein wahrgenommen wurde. Man spürte zwar, daß das Klima im deutsch-deutschen Verhältnis kälter geworden war, aber die von der SED propagierten Erfolge sozialistischer Wohlfahrtspolitik erweckten den Anschein relativer Stabilität in einer mit allen Machtmitteln disziplinierten Gesellschaft. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die sozialwissenschaftliche DDR-Forschung seit Anfang der achtziger Jahre diese zunehmende Distanzierung der Gesellschaft vom politischen System der DDR durchaus konstatiert hat.

Betrachtet man das DDR-Bild der bundesdeutschen DDR-Forschung, ist zunächst zu betonen, daß sie ein breites Spektrum von Einschätzungen, Methoden und Erklärungsansätzen zeigte, so daß Hermann Rudolph 1976 etwas mokant bemerken konnte, „daß die Linke nicht weiß, was die Rechte tut“. Auch wenn man ihre Qualität nicht pauschal abwerten darf, muß man, und das ist schwerwiegend genug, eine politisch motivierte Verkürzung des Wahrnehmungshorizonts konstatieren, der wichtige Komponenten der DDR-Realität ausblendete oder vernachlässigte. Das gilt für die Darstellung der Repressions-

apparate, mit Ausnahme von Karl Wilhelm Fricke, aber auch für die oppositionellen Bewegungen, die in der DDR seit Anfang der achtziger Jahre verstärkt in Erscheinung getreten sind. Es waren vor allem junge Außenseiter wie Peter Wensierski und Hubertus Knabe, die den Entwicklungsprozess der DDR-Opposition kontinuierlich dokumentiert und kommentiert haben.

Nachdem sich die Perestrojka-Politik Gorbatschows in der Sowjetunion deutlicher konturiert hatte, verstärkte sich das Interesse an einem neuen gesamtdeutschen Dialog jenseits offizieller Kontakte. Dafür ist die Zeitschrift „Niemandsländ“, initiiert von Wolfgang Dreßen und Eckhart Gillen, in Berlin erschienen, ein signifikantes Beispiel, die erstmals Anfang 1987 ausgeliefert wurde und Autoren aus Ost und West ein gemeinsames Forum bot. Dort findet sich beispielsweise vor genau zehn Jahren ein Interview, das Christoph Tannert mit Rainer Eppelmann geführt hat. Es vermittelt ein eindringliches Bild von Situation und Selbstverständnis der DDR-Opposition. Solche Bemühungen um eine genaue Wahrnehmung aktueller Veränderungen im Selbstverständnis der ostdeutschen Gesellschaft waren allerdings Ausnahmen. So traf das Ende der SED-Diktatur die Menschen im Westen unerwartet und unvorbereitet.

5. Wächst jetzt zusammen, was zusammengehört?

Die Menschen in der DDR haben in gewaltloser Aktion die SED-Diktatur überwunden und in freier Selbstbestimmung die deutsche Einheit herbeigeführt. Die Euphorie der Wiederbegegnung, die sich am 9. November 1989 auf den Straßen Berlins gezeigt hatte, und der Respekt vor den Menschen, die eine friedliche Revolution in Gang gesetzt hatten, blieb eine kurze Episode, der schon bald die Ernüchterung folgte.

Diese Entwicklung hatte viele Ursachen. Die neue Freiheit im Osten war mit den Verlust altgewohnter Sicherheiten verbunden. Die Anforderungen an die neuen Bundesbürger, sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess zu behaupten, der nahezu alle Lebensbereiche umfaßte, waren erheblich. Die Last der Vergangenheit, an der die Menschen, die in der DDR gelebt hatten, in höchst verschiedener Weise Anteil hatten – in Form von Mitwirkung, Anpassung, Resistenz, Verweigerung, Opposition oder Widerstand –, teilte auch die Nachwendegesellschaft in Ostdeutschland. Es zeigte sich rasch, daß es vielen Westdeutschen schwerfiel, die Belastungen zu erkennen, die von den ehemaligen DDR-Bürgern bewältigt werden mußten. Sie sahen häufig über die Menschen hinweg nur noch die Struktur-, Organisations- und Finanzierungsprobleme des Transformationsprozesses, so daß sich schließlich wechselseitiges Unverständnis über die Unfähigkeit der anderen Deutschen ausprägte, die Gestaltung der deutschen Einheit gemeinsam zu realisieren. Symptomatisch für diese Irritation ist die befremdlich-provozierende Formel von der „Mauer in den Köpfen“ und die oft geäußerte pauschale Behauptung, in den neuen Ländern breite sich „Ostalgie“ aus. Im Rückblick auf fast sieben Jahre gemeinsa-

me Geschichte müssen wir bedenken, ob die wechselseitigen Fehlwahrnehmungen, die wir heute im vereinten Deutschland registrieren, in erster Linie aus aktuellen Interessenkonflikten resultieren oder aus mangelhafter Verarbeitung historischer Erfahrungen, die wir im geteilten Deutschland gemacht haben.

In der Einsetzungsdebatte des Deutschen Bundestages zur ersten Enquete-Kommission am 12. März 1992 haben Markus Meckel und Gerd Poppe eine Einsicht formuliert, an die wir uns erinnern sollten. Die Gesellschaftsgeschichte der DDR läßt sich nur verstehen, so Markus Meckel, wenn wir unterscheiden lernen „zwischen dem, was man heute weiß, und dem Horizont, aus dem man damals handelte“, wenn sie, wie Gerd Poppe hinzufügte, „aus der Sicht der Betroffenen nachvollziehbar wird“. Ich melde grundsätzliche Zweifel an, ob es vor diesem Hintergrund angemessen ist, die „ethisch-politische Grundfrage nach den prägenden Dispositionen und Überlieferungen einer Lebensform fehlgeschlagener Normalität“, wie es Jürgen Habermas postuliert hat, in das Zentrum einer um historisches Verstehen bemühten Wahrnehmung der ostdeutschen Gesellschaft zu rücken.

Ich komme zum Schluß. Die Gestaltung der deutschen Einheit ist nicht nur ein politisches und organisatorisches Problem, sie ist ein Mentalitätsproblem. Ein Problem wechselseitiger Wahrnehmungen und Fehlwahrnehmungen. Karl Kraus, der sarkastische Wiener Spötter, sollte nicht recht bekommen. Seine lakonische Bemerkung: „Nach Ägypten wär's nicht so weit. Aber bis man zum Südbahnhof kommt...“, ließe sich abwandeln: „Nach Amerika wär's nicht so weit, aber bis man nach Berlin-Mitte kommt.“ Zumindest die Enquete-Kommission hat heute dieses Ziel erreicht. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Und nicht zum ersten Mal, Herr Rüdiger Thomas. Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Bevor ich an Professor Jacobsen, Sie haben es bemerkt, inzwischen hat er eintreffen können, die Moderation für diese Runde weiter übergebe, noch eine technische Ansage, die ich öffentlich machen möchte. Erst einmal, weil es die Information an die Obleute verkürzt, und zum zweiten, weil Sie als Zuhörende auch mitbekommen, daß die Beschäftigung dieser Enquete-Kommission nicht nur eine intellektuelle ist, sondern daß sie auch ganz praktische Auswirkungen haben kann und soll. Die Obleuterunde bitte ich, um 12.15 Uhr schon hier aus dem laufenden Geschäft rauszugehen, die Sitzung wird weitergehen. Der Kollege Hiller wird dann die Leitung übernehmen, weil wir um 12.30 Uhr beim Regierenden Bürgermeister erwartet werden, um zum Stichwort „Stiftung“ mit ihm reden zu können. Bitte Herr Professor Jacobsen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Meine Damen und Herren, ich werde mir erlauben, nach dem zweiten Vortrag, der heute Vormittag angesetzt worden ist, einige generelle Bemerkungen zur Thematik des heutigen Tages zu machen. Mir scheint das deshalb sinnvoll zu sein, weil es ja gerade im Hinblick auf Wahrnehmungen und Fehleinschätzungen auch in der wissenschaftlichen Literatur sehr unterschiedliche Positionen gegeben hat.

Manchmal wird man doch gehalten sein, hier korrigierend einzugreifen, aber das möchte ich dann tun, wenn wir zu einer Aussprache überleiten. Liebe Frau Köhler, ich darf Sie gleich bitten, daß Sie Ihr Referat halten; ich wäre dankbar, wenn Sie sich auch an den Zeitrahmen hielten. Also ich gehe davon aus, daß Sie bis 11.30 Uhr sprechen. Bitteschön.

Dr. Anne Köhler: Ja, Herr Vorsitzender, ich hoffe, man kann bis hinten die Folien erkennen, sonst müßten wir noch ein bißchen weiter zuschließen, damit es etwas dunkler wird. Ich schließe jetzt auch unmittelbar an meine Vorredner an und konzentriere mich auf Wunsch des Veranstalters vor allem auf die DDR-Vergangenheit, also auf die Wahrnehmungsmuster der Deutschen in der DDR. Ergänzend dazu behandle ich dann einige Einstellungsmuster der Bundesdeutschen gegenüber der DDR und schließe dann mit Daten im Rückblick bzw. in der Vorausschau auf die Zukunft mit Status 1993. Sie werden dann heute Nachmittag in der 3. Veranstaltung aktuelle Daten vorgetragen bekommen zur gegenseitigen Sicht der Deutschen Ost und West, Weiterwachsen von Stereotypen und wie damit umzugehen ist. Mit meinen heutigen Ausführungen schließe ich unmittelbar an den von mir erstellten Enquete-Bericht „Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage“, den ich schon 1994 vorgelegt habe, an.

Zunächst zum Thema DDR. Infratest hat schon vor dem Mauerbau bis 1961 Befragungen durchgeführt, also Flüchtlingsbefragungen, die dem Thema DDR gewidmet waren. Das wurde dann mit dem Bau der Mauer zwangsläufig eingestellt. 1968 begann dann Infratest mit einem kontinuierlichen DDR-Forschungsprogramm, das von 1968 bis 1990, das heißt bis zur Einstellung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, lief und dann mit der Auflösung des Ministeriums eingestellt wurde. Dieses Programm lief da in halbjährlichen bzw. jährlichen Erhebungsintervallen. Die Materialien und die Erkenntnisse, die aus diesem Forschungsprogramm gewonnen wurden, waren aber Verschlusssache, sie waren einem ganz kleinen Kreis zugänglich, primär dem Bundeskanzleramt, partiell dem Berliner Senat. Ansonsten war das ein Material, das nicht an die Öffentlichkeit gelangte und eigentlich mehr dazu dienen sollte, daß man die bundesdeutsche Politik auch im Hinblick auf die Resonanz in der DDR-Bevölkerung konzipieren konnte. Wir hatten also in diesem Programm stets kontinuierliche Basisfragen zum politischen Interesse, zur Beurteilung der Lebensverhältnisse, zu Statistikfragen usw. Dann haben wir aktuelle Themen der bundesdeutschen bzw. der innerdeutschen Politik behandelt und in einem dritten Komplex Schwerpunktthemen wie z. B. Jugend in der DDR, Frauen in der DDR oder Freizeit und Beruf.

Die Methoden dieser Infratest-DDR-Forschung habe ich bereits ausführlich in dem erwähnten Enquete-Bericht dargelegt. Ich bin aber gebeten worden, hier noch einmal kurz einige Hinweise zu geben, weil der wahrscheinlich nicht allen gegenwärtig ist. Es handelte sich bei diesem Programm zunächst um standardisierte Besucherbefragung. Wir haben also keine DDR-Bürger direkt befragt, denn Sie wissen ja, in die Bundesrepublik kamen nur Rentner oder aus-

gesuchte Personen, die aber keinen repräsentativen Überblick erlaubten, und so haben wir uns ein Stellvertreter-Forschungsmodell überlegen müssen, das wir dann im Laufe der Jahre weiterentwickelt haben. In dieses Modell haben wir dann eine Form der kombinierten teilnehmenden Beobachtungen eingebaut, die indirekte Befragung. Es wurden DDR-Besucher befragt, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums, in den letzten zwei Monaten, damit die Erinnerung noch recht frisch war, in der DDR gewesen waren und die sich dort mindestens drei Tage aufgehalten hatten. Die soziostatistische Struktur der befragten westdeutschen Besucher wurde anhand von repräsentativen bundesdeutschen Kontrollerhebungen zur Struktur der DDR-Besucher überprüft, und die Befragungen erfolgten mündlich, wobei wir da in zwei Ebenen vorgegangen sind. Die erste Ebene umfaßte Auskünfte der DDR-Besucher zur eigenen Einstellung und zu Eindrücken, die sie in der DDR gesammelt hatten, sowie zu aktuellen politischen Fragen. Mit diesem ersten Teil wollte man auch Projektionen der Befragten ausschließen bei dem zweiten Teil der Auskünfte, die man dann über eine Person in der DDR einholte, die wir als Person X bezeichneten und über die der DDR-Besucher zu Einstellungen, Meinungen, Verhaltensweisen usw. Auskunft gab. Aufgrund der zusätzlichen statistischen Daten dieser Person X konnten wir dann über die amtliche Statistik eine Gewichtung vornehmen und zu repräsentativen Wertungen gelangen. Im Schnitt wurden 1.200 Interviews im Jahr durchgeführt, in dem gesamten Erhebungszeitraum ca. 27.000 Interviews, also es ist eine sehr breite Basis. Und ergänzt wurden diese Erhebungen durch Dokumentationen, also durch Sekundärauswertungen vorliegender Datenmaterialien, ferner durch Gespräche mit DDR-Experten sowie durch Besuche der DDR seitens der Projektverantwortlichen. Wir sind also auch selber in die DDR gefahren, zu unserer Verwunderung hat man uns auch immer wieder rausgelassen. In Gruppendiskussionen wurde mit Besuchern der DDR im Vorfeld regelmäßig abgeklärt, welche Themen zur Zeit jeweils aktuellen Gesprächsstoff bei DDR-Besuchen bildeten, und dann wurden diese ganzen Materialien zu Analysen verknüpft und durch Kontrolluntersuchungen noch einmal auf Relevanz überprüft. Sofort nach der Wende haben wir damit begonnen, eigenständige repräsentative Direktbefragungen vorzunehmen und konnten – auch unter Zuhilfenahme von Sekundärauswertungen – feststellen, daß wir mit diesen Materialien tatsächlich ein verallgemeinerungsfähiges und inhaltlich verbindliches Material gewonnen hatten. Das war über 22 Jahre hinweg eine doch recht informative Informationsquelle für die Regierungen, die ja in dem Zeitraum zwischen 1968 und 1989 wechselten. Wenn Sie Genaueres über die Methode wissen wollen, die eben sehr komplex ist, können Sie dieses ausführlich nachlesen in dem Enquete-Bericht.

Ich möchte dann auch schon gleich zu empirischen Daten aus diesem Material übergehen und Ihnen zunächst einmal einen Basiswert vorstellen, den wir zusammengefaßt haben für die ersten 11 Jahre 1968 bis 1978 und dann wiederum für eine Dekade von 11 Jahren von 1979 bis 1989: das ist die Beurteilung der allgemeinen Lebensbedingungen in der DDR durch die DDR-Bewohner. Sie sehen, daß schon in den siebziger Jahren, als aus Sicht der westdeutschen Po-

litik und auch der westdeutschen Medien die Gesamtsituation in der DDR noch vergleichsweise positiv betrachtet wurde, nur ein gutes Viertel der DDR-Bewohner diese Lebensbedingungen mit sehr gut oder gut bewertete, ein Großteil, also über die Hälfte, 57 %, mit mittelmäßig und 15 % mit schlecht. Vergleichsmaßstab, wir haben das schon in den anderen Ausführungen gehört, war für die Ostdeutschen stets die Bundesrepublik, von daher relativierte sich ihre eigene Situation. In den achtziger Jahren haben wir einen deutlichen Rückgang in der Akzeptanz der Lebensbedingungen. Wir haben da einen Wert von 29 %, die mit schlecht urteilen, insgesamt über 80 %, die die Lebensbedingungen als mangelhaft empfinden. Im letzten Jahr 1989, das ist hier mit eingegangen, hatte es sich noch einmal verschlechtert, da hatten wir dann einen Wert von 14 % für sehr gut/gut, 40 % für mittelmäßig und 37 % für schlecht. Wobei für diese Lebensbedingungen nicht nur die Konsumversorgung stand, sondern die Gesamtbefindlichkeit der DDR-Bevölkerung.

Selbstverständlich ist die Bewertung sehr stark abhängig gewesen von der Systemidentifikation, also inwieweit man sich als Anhänger des Systems verstand oder als Gegner. Aber die große Masse, also über 80 %, hat entsprechend kritisch reagiert. Als Resultat bleibt festzuhalten, über Jahrzehnte hinweg, und zwar seit Beginn unserer Forschung, haben rund 90 % der DDR-Bevölkerung die besseren Lebensbedingungen in der Bundesrepublik gesehen; dies ist ein Ausdruck der starken Orientierung auf die Bundesrepublik. Lediglich die engen Systemanhänger, die also voll überzeugt waren, fanden zu 40 % die Verhältnisse besser in der DDR. Aber immerhin 20 % selbst dieser überzeugten Gruppe sahen die besseren Verhältnisse in der Bundesrepublik gegeben, 40 % sahen keinen Unterschied zwischen Ost und West. Doch die ganz große Mehrheit war über die Jahrzehnte hinweg voll auf die Bundesrepublik fixiert.

Im Kontext dieser Grundeinstellung wollten bereits Ende der 70er Jahre zwei Drittel der DDR-Bevölkerung lieber in der Bundesrepublik leben. Das gilt auch für die jüngere Generation, wenn auch nicht in ganz so ausgeprägtem Maße. In der Regel haben sich die Einstellungen der Jugendlichen dann mit dem Eintritt ins Berufsleben zugunsten der Bundesrepublik verändert. Lediglich Systemanhänger nahmen davon Abstand und ein Teil der älteren Bevölkerung, der sich einen Wohnortwechsel nicht mehr vorstellen konnte in seinem Alter und sagte, er wolle lieber in der DDR bleiben.

Die DDR-Bürger kannten allerdings die Bundesrepublik nur zum aller kleinsten Teil aus eigener Anschauung. Vor 1986 hatten lediglich 2 % der jüngeren Generation, also der 14 bis 29-jährigen, die Bundesrepublik schon einmal besucht und 18 % der mittleren Generation; Genehmigungen waren damals bekanntlich sehr schwer zu bekommen. Die 50-jährigen und Älteren bildeten das Gros der Besucher Westdeutschlands. Das hat sich dann gebessert Mitte der achtziger Jahre, als die Genehmigungen für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten ausgeweitet wurden. Der Anteil steigt dann deutlich an. Gerade bei den Jüngeren hat er sich 1987 deutlich verdoppelt, und in 1988 hatten wir dann schon einen Anteil von 47 % der Gesamtbesucher von Westdeutschland

unter 50 Jahren, 53 % waren über 50 Jahre alt. In absoluten Zahlen: Von den je 2,7 Millionen Besuchern in den Jahren 1987 und 1988 gehörte fast die Hälfte den jüngeren und mittleren Jahrgängen an.

Man hatte mit diesen Besuchen versucht, ein Ventil zu schaffen, weil die Vorstellung bestand, daß nur dieses Eingesperrtsein, die fehlenden Reisemöglichkeiten, den Unmut der DDR-Bevölkerung ausgelöst hätten. Aber die Reisen haben sich dann praktisch kontraproduktiv entwickelt. Mit dem Besuch der Bundesrepublik wurde meistens die vordergründige Sicht der Bundesrepublik als eine Art Schlaraffenland noch verstärkt, und der Anteil derer, die einen Übersiedlungsantrag stellten, stieg massiv. Im Grunde hat sich mit dieser Erweiterung der Besuchsgenehmigungen die Auflösung in der DDR-Bevölkerung deutlich verstärkt.

Wegen der geringen Möglichkeiten zum eigenen Besuch waren die DDR-Bewohner natürlich sehr stark an Informationen über die Bundesrepublik interessiert, einmal über das Fernsehen, das die bevorzugte Informationsquelle wird, und, mit Ausnahme von zwei regional schlecht versorgten Gebieten, die große Masse der DDR-Bürger erreichte; der Hörfunk spielte da eher eine untergeordnete Rolle. Zum anderem aber waren persönliche Kontakte und Erzählungen über das Hörensagen sehr gefragt. Im Vordergrund dieser Informationswünsche standen die persönlichen Lebensbedingungen der Bundesbürger. Man wollte wissen, wie es da im Detail so zugeht, wie die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsbedingungen aussehen. Für politische Fragen interessierte sich eigentlich nur eine Minderheit, und auch kulturelle Fragen sind auf die formal besser gebildeten Schichten beschränkt gewesen. Die Gesamtfixierung auf die Bundesrepublik ging 1973 mit einer starken Überbewertung der Verhältnisse im Detail im Westen einher. Wir haben hier Vergleiche machen lassen, ob bestimmte Verhältnisse eher in der DDR realisiert sind oder eher in der Bundesrepublik, und daraus einen Index gerechnet. Vier Positionen waren Anfang der siebziger Jahre, als die DDR sich im Aufbruch befand, ganz eindeutig Domänen der Bundesrepublik: Ausreichende Versorgung mit Konsumgütern, persönliche Freiheit, leistungsfähige Wirtschaft, Schutz der Umwelt. Auch die wirtschaftliche und die soziale Sicherheit wurden als besser in der Bundesrepublik bewertet. Aussichten auf bessere Lebensbedingungen wurden, trotz der starken Betonung dieses Aspekts in der DDR, ebenfalls eher der Bundesrepublik zugerechnet. Arbeitsbedingungen, Freizeit und Erholung sah man in der Bundesrepublik und in der DDR als ziemlich gleichwertig. Das hat sich dann in der Zwischenzeit von 1973 auf 1989 stark verändert. Es ist praktisch die Einschätzung der Bundesrepublik insgesamt hochgegangen. Vor allen Dingen gilt das für die leistungsfähige Wirtschaft, für die Umwelt, die ja in der DDR wenig Aufmerksamkeit fand, auch für die Freizeitverhältnisse, die deutlich besser beurteilt werden im Westen, ferner die Gesamtaussichten auf bessere Lebensbedingungen, die ganz eindeutig im Vergleich zur Einschätzung in 1973 noch einmal eklatant angestiegen sind. Vorteile in der DDR sah man vor allen Dingen im Schutz vor Kriminalität und im Miteinander der Menschen, die ja doch im sozialen und Gemeinschaftsbereich viel stärker aufeinander an-

gewiesen waren, als das für die Bundesbürger galt. Das Thema Kriminalität im Westen ist sehr stark durch das Fernsehen propagiert worden, angefangen mit der Sendung XY-Unbekannt und diversen anderen Beiträgen, die die Bundesrepublik noch etwas schlimmer zeichneten, als das der Westbürger empfand. Die Furcht vor der Kriminalität sieht inzwischen wieder ganz anders aus, nachdem die neuen Bundesländer hohe Kriminalitätsraten haben. Die Sicherheit der Arbeitsplätze wurde schon 1989 als eindeutiger Vorteil der DDR gewertet, und die Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander wurde auch noch stärker hervorgehoben als 1973. Wir haben also, wenn wir das zusammenfassend darstellen, eine vergleichsweise unbedarfte bzw. unkritische Bewertung der in der Bundesrepublik gegebenen Anforderungen und Lebensbedingungen durch die DDR-Bürger, die im Moment der Wende durch das Kanzlerwort von den blühenden Landschaften und daß es künftig keinem schlechter gehen werde als bisher, scheinbar bestätigt wird. Die DDR-Bewohner gehen somit mit Erwartungen in das vereinte Deutschland, die zwangsläufig nicht einlösbar waren. Bereits im Herbst 1990 (wir haben dann sofort mit Direkterhebungen angefangen) zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung hatte sich das schon etwas gewandelt. Zwar hat man nach wie vor Wirtschaft, Lebensstandard, Umweltschutz, persönliche Freiheit und auch das politische System sowie Schutz vor staatlicher Willkür noch als eindeutige Vorteile der Bundesrepublik angesehen, aber bereits bei den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten hat im Rückblick die DDR aufgeholt, und die soziale Absicherung haben 72 % der Ostdeutschen dann schon als einen besonderen Vorteil der DDR erkannt. Das Miteinander-Umgehen der Menschen, da hat sich nichts geändert, Fürsorge des Staates für den einzelnen, auch das empfand man als eher in der DDR gegeben, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Betreuung von Kindern: das waren die großen Zielsetzungen, die ja in der DDR tatsächlich in breitem Maße realisiert worden sind. Auch sie galten 1990 als besondere Vorteile der DDR.

Jetzt möchte ich Ihnen noch einen kurzen Rückblick geben auf die Westdeutschen. Wir hatten schon vorhin Zahlen gehört zu den Reisefrequenzen der Westdeutschen. So hatten im Jahre 1985, aus diesem Jahr habe ich Daten, 64 %, also zwei Drittel der Bundesdeutschen, die DDR noch nie besucht. Das war immerhin vier Jahre vor der Wende. 25 % hatten die DDR besucht, 19 % Berlin. Beides zusammen addiert sich aber lediglich auf 36 %, weil wir da Mehrfachbesuche haben, also sowohl in die DDR als auch nach Ostberlin, die sich dann überschneiden haben. Von diesem guten Drittel waren 15 % nur einmal in der DDR bzw. Ostberlin. Das waren in der Regel Tagesaufenthalte in Ostberlin, wo man also auch nur einen sehr vordergründigen Eindruck erreicht hat, weitere 12 % zwei bis vier Mal. Aber die regelmäßigen DDR-Besucher umfaßten lediglich 9 %, das sind ungefähr 6 Millionen. Das war eigentlich der harte Kern, wobei 61 % Verwandten- und Bekanntenbesucher waren, 35 % als Touristen in die DDR oder nach Ostberlin gefahren sind und nur 4 % aus beruflichen Gründen. Gegen Gründe, in die DDR zu reisen, waren die Angst vor Schikanen bei Grenzübertritt und Kontrollen, das deprimierende Umfeld in der

DDR, der fehlende Komfort in den Hotels und Übernachtungsstätten; die DDR erschien den Bürgern der Bundesrepublik als nicht sehr attraktiv. Das bestätigt sich auch in einem Sympathiespiegel, für den wir 10 ausgewählte, bewußt unterschiedliche Länder vorgelegt haben, um festzustellen, wie die DDR gesehen wird. An der Spitze standen damals immer die Schweiz – heute ist das vielleicht ein bißchen anders – und Österreich, dann folgten Schweden, Frankreich, die USA. Lediglich hier haben wir eine Diskrepanz zwischen den Leuten, die die DDR schon besucht hatten, und der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik. England und Jugoslawien stehen noch vor der DDR, und selbst Polen wurde etwas besser bewertet als die DDR. Die DDR-Besucher selber urteilen zwar mit 0,0, also mit einem neutralen Wert, positiver als die Gesamtbevölkerung mit -0,4 %, aber im Grunde steht die DDR an vorletzter Stelle in der Skala. Das sieht etwas anders aus, wenn man in einer Nachfrage, wie wir das getan haben, klärt, ob die Befragten eher an das System gedacht haben bei ihrer Bewertung oder eher an Land und Leute. Das System wird mit -1,6 ganz eklatant abgelehnt, während Land und Leute mit +2,0 deutlich positiver beurteilt werden, aber dennoch mit 2,0 eher einen Mittelplatz einnehmen, das heißt in der Rangfolge wie die USA rangieren hinter Ländern wie Schweiz, Österreich, Schweden und Frankreich. Das Gesamtinteresse an der DDR war bei den Bundesbürgern sehr stark abhängig von aktuellen Ereignissen. In der Regel interessierte sich rund ein Drittel für Themen aus der DDR. Überdurchschnittlich – auf besondere Nachfrage – war das Interesse am Alltagsleben in der DDR, an der politischen Situation und dann auch an Städten und Landschaften. Arbeitsbedingungen und Jugend in der DDR folgten erst an hinterer Stelle, aber immerhin liegen die Werte zwischen 40 und 50 %. Es mußte allerdings dieses Interesse schon geweckt werden. Man sieht sehr deutlich, daß im Vergleich zur Gesamtbevölkerung die DDR-Besucher sich deutlich stärker für diese ganzen Komplexe interessierten. Durch eine aktive Reisepolitik hätte man durchaus die Bindungen der Bundesdeutschen an die DDR fördern können, und das gilt auch noch für heute, denn wir haben auch heute noch einen erheblichen Teil an Bundesbürgern, die die neuen Bundesländer noch nie besucht haben. Die bessere Bewertung auf Grund persönlicher Kontakte ist übrigens typisch auch für andere Länder. Sie finden also grundsätzlich höheres Interesse, wenn der Betreffende das Land schon einmal besucht hat. Und das gilt auch für die vermerkten Informationsdefizite. Sowohl die Bundesdeutschen insgesamt als auch die DDR-Besucher vermerkten über die Zeit hinweg nennenswerte Informationsdefizite, was daran lag, daß auch die westdeutschen Journalisten erschwerten Zugang hatten oder, wenn sie den Zugang hatten zu entsprechenden Informationen, dann nur bedingt frei berichten konnten. Die Realverhältnisse sind somit in den Medien nur sehr bedingt wiedergegeben worden, aber meines Erachtens war auch der Blick der westdeutschen Journalisten etwas rosiger als der der DDR-Bevölkerung selber. Also zusammenfassend: Latentes Interesse der Bundesbürger an der damaligen DDR, aber eine geringe Bereitschaft, die Kenntnisse z. B. durch Reisen zu erweitern, die dann in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ja für jedermann möglich waren. Da gab es auch für Personen ohne Verwandte in der DDR Reisemöglichkeiten, diese

sind nicht entsprechend genutzt worden seitens der Bundesbürger. Selbst 1990, im Herbst 1990, war noch knapp die Hälfte der Bundesbürger noch nie in der DDR gewesen. Aber von den Ostdeutschen waren umgekehrt 97 % schon im Westen gewesen, also da hatten lediglich 3 % – meistens Ältere, die nicht mehr so reisefreudig waren – die Bundesrepublik nicht besucht. Umgekehrt lief das sehr viel langsamer an, und auch die Bereitschaft, in den nächsten 12 Monaten jeweils den anderen Teil Deutschlands zu besuchen, war mit 60 % bei den Ostdeutschen sehr viel stärker ausgeprägt als bei den Westdeutschen. Von denen hat nur ein Fünftel eine entsprechende Absicht geäußert. Der Wert für die Ostdeutschen war 1990 damit dreimal so hoch.

Jetzt noch etwas sehr Wichtiges. Wie haben die Ost- und die Westdeutschen sich gegenseitig gesehen? Hier ein Wert von 1990. Die Westdeutschen sehen die Ostdeutschen als obrigkeitshörig, leicht beeinflußbar, bescheiden, solidarisch, sich selbst hingegen als selbstbewußt, überheblich, demokratisch, fleißig und ehrgeizig. Der Witz ist, daß dieselben Positionen aber auch von den Ostdeutschen so geäußert werden. Sie sehen sich selber ebenfalls als bescheiden, leicht beeinflußbar, obrigkeitshörig, solidarisch, dazu noch politisch engagiert und die Westdeutschen auch als überheblich, selbstbewußt – das fleißig fehlt –, sie halten sie auch für geltungssüchtig, egoistisch und demokratisch. Wie gesagt, beide sehen Ost- und Westdeutsche zwar als unterschiedlich, das aber doch mit erheblicher Übereinstimmung an. Ein anderer Wert zur Grundeinstellung. Bei der Aussage, man sei schon immer der Meinung gewesen, der andere Teil Deutschlands sei Teil eines gemeinsamen Deutschlands, gab es 1990 relativ wenig Unterschiede zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen, 42 oder 40 %, aber ein anderes fremdes Land, das ist bis heute so, das sagen eben nur ein Fünftel der Westdeutschen und ein Sechstel der Ostdeutschen; man geht also davon aus, es kommt zur Verständigung. Allerdings hat die Systemidentifikation der Ostdeutschen in den Jahren zwischen 1990 und 1993 stark nachgelassen. Wir haben hier eine Akzeptanz des bundesdeutschen Systems mit 73 % in 1990 und nur noch 52 % in 1993; im Vergleich dazu der Wert für die westdeutsche Bevölkerung: Es sind 87 %, die, wenn auch zum Teil kritisch, das System bejahen. Und mit dieser veränderten Systemidentifikation geht eine verstärkte positive Akzeptanz des DDR-Systems im Rückblick Hand in Hand. Haben 1990 noch 29 % von sich selber gesagt, sie hätten dem System damals positiv gegenübergestanden, sind das in 1993 schon 43 %, also ein eindeutiges Indiz dafür, daß man jetzt, bei größerer Distanz zum bundesrepublikanischen System, die eigene frühere Einstellung zum DDR-System sehr viel positiver sieht, als das noch zum Zeitpunkt der deutschen Einheit der Fall war. Auch der Kommunismus lebt noch immer als eine gute Idee, die schlecht verwirklicht wurde: Immerhin 71 %, stabile Werte seit 1990. Während 1993 die persönlichen Beziehungen gegenüber der bundesdeutschen Bevölkerung sich weiter verbessert, die Kontakte sich vertieft haben, wird die Distanz zur Politik deutlich größer. 44 % der Westdeutschen, aber mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen waren im Jahre 1993 sehr besorgt, daß die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr dazu führt, daß viele Menschen auf der Verlierer-

seite des Lebens stehen. Die Ostdeutschen vermissen, das haben wir 1995 aus einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung erfahren, vor allen Dingen Sicherheit, soziale Fürsorge und entsprechende demokratische Rahmenbedingungen für diese Forderungen, während die Freiheitsrechte, die persönliche Freiheit nach wie vor für die Ostdeutschen eine nicht so wichtige Rolle spielen wie für die Westdeutschen. Diese ganze Entwicklung, diese Politikverdrossenheit, diese Distanz zum bundesdeutschen Politiksystem hat sich seither ständig in der Tendenz verstärkt. Das ist eine ernstzunehmende Entwicklung. Damit möchte ich schließen und bedanke mich für Ihr Interesse.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Frau Köhler für die Präsentation Ihrer Daten, die sich als eine gute Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Thomas verstehen lassen. Wir können diese als eine Grundlage für die gleich nun einsetzende Diskussion nutzen.

Ich hatte, meine Damen und Herren, darauf hingewiesen, daß ich einige wenige Bemerkungen zu dem Ablauf der heutigen Tagung machen möchte, einfach deshalb, weil das äußerst komplizierte und schwierige Thema der gegenseitigen Wahrnehmung natürlich auch von uns nur, aus verständlichen Gründen, selektiv behandelt und vorgetragen werden kann. Wahrnehmung ist und bleibt immer eine Selektion, weil wir die Komplexität des Politischen gar nicht voll erfassen können. Und gerade bei dieser Auswahl werden natürlich auch gewisse Schwachpunkte deutlich, daß bestimmte, ganz wesentliche Aspekte der gegenseitigen Wahrnehmungen hier gar nicht behandeln werden können. Zum Teil haben wir das allerdings schon in unserem ersten Bericht mit aufgenommen. Manches davon wird im zweiten noch zu berücksichtigen sein. Ich denke vor allen Dingen an das unsere Politik weit überschattende Problem der gegenseitigen Bedrohungen. Ein Phänomen, das bis in die Gegenwart hinein noch eine Rolle spielt, wenn ich an die Situation NATO-Öffnung nach Osten denke usw. Das kann hier gar nicht weiter vertieft werden. Das wäre ein solches Problem, und ich glaube, wir sollten uns im Zusammenhang mit den Wahrnehmungen im klaren darüber werden, daß gerade bei der gegenseitigen Wahrnehmung der beiden deutschen Staaten zunächst der grundsätzliche Unterschied darin besteht, daß wir es auf der einen Seite mit einer stark ausgeprägten nationalstaatlichen Betrachtungsweise zu tun gehabt haben und das vor den Hintergrund einer Demokratie im Bündnis, also pluralistisch unter Einbeziehung auch der Gesichtspunkte unserer Verbündeten. Auf der anderen Seite ein sehr stark ausgeprägtes monistisches Deutungsmuster, Resultante der ideologischen Perspektive, die zumindest auch bei Herrn Thomas immer wieder anklang. Bei den Wahrnehmungen sollte man generell vielleicht doch auch berücksichtigen, daß wir in der Bewertung sehr sehr vorsichtig sein müssen. Wenn man an bestimmte Publikationen der letzten Jahre erinnert, bei denen Überschriften im Hinblick auf Wahrnehmungsmuster der Vergangenheit u. a. lauten: „Galerie“ der entsprechend „Blamierten“ oder die „Lebenslüge der Bundesrepublik Deutschland“, da würde ich dringend davor warnen, so leicht-

fertig mit solchen Vokabeln umzugehen. Post festum, ein Zitat von Herrn Meckel haben wir schon gehört, ist es immer leichter zu sagen, wir haben recht, oder die anderen haben nicht recht behalten. Ich frage mich heute, im Jahre 1997, und das ist ja absolut aktuell, was in zwei Jahren im Hinblick auf den Euro als Wahrnehmung realistisch und was als weniger realistisch schließlich in die Geschichtsschreibung eingehen wird. Und subjektiv, glaube ich, sollte man bei den Wahrnehmungen noch eins stärker betonen. Ich habe leider aus Gründen der technischen Panne den Anfang der Ausführungen meines Kollegen Thomas nicht hören können, aber ich möchte folgendes sagen: Wir unterscheiden ja auf der einen Seite heute erkennbare Fehleinschätzungen aufgrund der nicht hinlänglichen Bewertungen oder nicht richtigen Bewertung der Daten, ich kann das nicht im einzelnen ausführen. Aber wir haben natürlich darüber hinaus auch klare subjektive Wahrnehmungsmuster, Resultate von bestimmten gezielten politischen Maßnahmen, ich denke dabei an die Integrationspolitik. Man hat bestimmte Wahrnehmungsmuster, die man propagiert, um damit eine bestimmte innenpolitische Wirkung zu erzielen auf die Bevölkerung. Aber auf der anderen Seite hat diese Integration natürlich gerade im deutsch-deutschen Deutungs- und Betrachtungsmuster eine sehr große Rolle gespielt, auch im Hinblick auf die jeweilige Ablenkung. Und etwas, was bei Herrn Thomas schon anklang, wird uns auch weiterhin zu beschäftigen haben: Es ist nicht nur subjektiv die Fehleinschätzung, daß man mit subjektiven Wahrnehmungsmustern eine spezifische Politik der Integration verfolgen will, sondern es gibt auch Bereiche, in denen man bewußt bestimmte Daten nicht zur Kenntnis nehmen will oder kann, ich sage aber bewußt: auch nicht will, etwa, das war bei Herrn Thomas schon angesprochen worden, die terroristischen Methoden, die in der DDR nach 1949 eingeführt worden sind, und wie sie bei uns im Westen wahrgenommen worden sind. Oder die mangelnde Wahrnehmung oppositioneller Strömungen in der ehemaligen DDR. Auch das war vielleicht taktisch eine bewußte Haltung. Und eine letzte Bemerkung. Die Schwierigkeit zwischen subjektiven und objektiven, also realistischeren Faktoren zu unterscheiden, auch darüber müßte man sich mehr Gedanken machen, als wir das hier können. Ich möchte das an einem einzigen Beispiel verdeutlichen, vor dem Hintergrund dessen, was ich mit den Stichwort Bedrohungssyndrom schon angedeutet habe. Vielleicht, meine Damen und Herren, wenn man die Wahrnehmungsmuster Ost und West nimmt im Hinblick auf das deutsch-deutsche Verhältnis, bezogen auch auf die Daten, die eben Frau Köhler hier vorgetragen hat, mag man post festum zu dem Ergebnis kommen können, daß wahrscheinlich die Bedrohung realer für die DDR-SED-Führung in der wirtschaftlichen Attraktivität, in der Überlegenheit des anderen Systems, obgleich man das nicht zugegeben hat, lag und weniger in dem, was man immer herausgestellt hat, und zwar auf beiden Seiten, nämlich in der militärischen Bedrohung. Ich sagte ja, das ist ein Kapitel sui generis. Auch darüber wird man später einmal zu befinden haben, ob man realiter wirklich beiderseits bedroht war oder ob man diesen Bedrohungsfaktor nicht auch sehr stark benutzt hat als Integrationsfaktor und auch als Moment für den Zusammenschluß Europas, für stärkere Rüstungsmaßnahmen, die aus der subjektiven Sicht möglicherweise

berechtigt zu sein schienen. Darüber hinaus muß man auch im Hinblick auf die Bilder, die werden uns ja heute nachmittag noch beschäftigen, differenzierter nachdenken, wenn ich an die verschiedenen propagierten Feindbilder denke, bis hin zum totalen Feind, und dann die Realität dagegenhalten. Das wäre vielleicht auch interessant gewesen bei Frau Köhler, ich weiß nicht, ob solche Daten vorliegen, wie weit eine Diskrepanz bestand zwischen dem propagierten Feindbild, „Klassenfeind“ auf der westdeutschen Seite und auf der anderen Seite. Wie weit z. B. die Jugend in der DDR von diesem propagierten Klassenfeindbild eigentlich doch Abstand genommen hatte, oder es gar nicht wahrgenommen hatte als wirkliches Feindbild. Wir haben das in Polen gesehen, wir haben das in der Sowjetunion prüfen können, daß die propagierten Feindbilder in der jungen Generation, die davon in erster Linie betroffen war, gar nicht so perzipiert wurden, wie es die politische Führung gern gesehen hätte. Soweit nur einige Bemerkungen.

Leider ist die Zeit doch begrenzt, und ich würde mich freuen, wenn wir jetzt noch in einer Dreiviertelstunde einige Fragen an beide, an Frau Köhler und Herrn Thomas, stellen könnten. Meine herzliche Bitte an die Mitglieder der Enquete-Kommission, daß sie zunächst einmal, sofern Sie Fragen haben, eine Frage stellen, und zwar an eine oder an einen von den Referenten und nicht gleich mit einem ganzen Katalog aufwarten, denn eine Dreiviertelstunde Zeit bedeutet, daß wir ja am Schluß noch ein wenig die Möglichkeit haben müßten, Antworten zu bekommen von Frau Köhler und Herrn Thomas. Zunächst also, ich glaube, Herr Kowalczuk, Herr Markus Meckel. Eine Frage, ich wäre dankbar, wenn Sie sich darauf konzentrieren könnten.

Abg. Markus Meckel (SPD): Leider können Sie mir nicht dankbar sein, weil ich zwei Fragen stellen möchte. Es gehört ja zu unseren Regelungen, daß wir auch diskutieren miteinander. Aber ich stelle jetzt wirklich zwei konkrete Fragen, und zwar, einmal: Ich kenne die methodische Schwierigkeit. Aber kann man Aussagen darüber machen, wie die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie im Osten Deutschlands vor 1989 war, in den ersten zwei Jahren nach 1990 und wie sie heute ist? Also die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie als System. Denn mein Eindruck ist, daß im Osten Deutschlands wie eben früher, vor 1989, Politik und System oft identifiziert werden, auch im Denken identifiziert werden, d. h. bei einer schlechten Politik gesagt wird, es sei ein schlechtes System. Aber das ist eine Vermutung. Das zweite. Gibt es durch Rückfragen oder durch Einschätzungen Erkenntnisse darüber, an welchen Themen und Kriterien die Bewertungen jeweils hängen, insbesondere die Bewertung im Westen gegenüber den Menschen und der Situation im Osten, aber auch andersherum, ich will jetzt nicht dieses ständige Stichwort Ossi/Wessi, weil das zu stark vereinfacht, aber an welchen Kriterien und Themen wird das festgemacht, wenn Bewertungen jeweils getroffen werden?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Meckel, das waren zwei Fragen, aber kurze Fragen, insofern, glaube ich, kann man es akzeptieren. Ich gehe davon aus, daß wir noch eine Liste haben, und

ich wäre dankbar, wenn wir diese Liste zunächst einmal abschließen könnten. Ob wir dann noch eine zweite Runde haben können, wird sich herausstellen. Als nächste stehen Herr Poppe, Herr Wilke, Herr Mocek, Herr Gutzeit, Herr Kowalczuk und Herr Faulenbach auf der Liste. Damit möchte ich diese erst einmal abschließen. Herr Poppe bitte als nächster.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Meine erste Frage geht an Herrn Thomas. Sie haben festgestellt, daß die Wahrnehmung der politischen Opposition sehr gering war in der Bundesrepublik. Andererseits lag ja eine Vielzahl von Informationen vor, wenn man einmal an die in der DDR akkreditierten Journalisten oder an die vielfältigen Besuche von Abgeordneten wie Petra Kelly oder an das Netzwerk Ost-West-Dialog denkt, das ganze Broschüren herausgegeben hat über die gegenseitigen Beziehungen. Offensichtlich ist ja weder von der DDR-Forschung noch vom „Zeit“-Feuilleton das, was dort vorlag, überhaupt aufgegriffen worden. Deshalb meine Frage: Ist es so gewesen, daß ein bestimmter Teil der westdeutschen Linken in dieser Frage eine Meinungsführerschaft hatte, der vielleicht ein Desinteresse bei einem großen Teil der Bevölkerung entgegenkam, also desjenigen Teils der Linken, der in irgendeiner Weise sich die DDR schöngesehen hat und der in besonderem Maße auch sich öffentlich bemerkbar gemacht hat? Denn es fällt ja auf, daß die von Ihnen Genannten eine günstigere Sicht auf die Verhältnisse in der DDR im Westen verbreitet haben, als der Bevölkerungsdurchschnitt nach den statistischen Zahlen hier selbst hatte. An Frau Köhler in dem Zusammenhang die Frage: Wie detailliert sind Ihre Informationen gewesen, die Sie der Bundesregierung übermittelt haben? Waren sie so in der Art, wie Sie sie hier vorgetragen haben, dann sind sie natürlich sehr allgemein und nicht besonders gut handhabbar für die speziellen Aufgaben der Politik gewesen. Wie hat, wenn sie detaillierter waren, die Bundesregierung reagiert, hat sie überhaupt reagiert? Und zum Schluß noch zu diesen Zahlen aus den 90er Jahren. Ich habe große Zweifel, ob man sie in dieser absoluten Weise benutzen darf, vor allen Dingen die Zahlen, in denen nachträglich 1990 oder 1993 sich die Einstellung so weit änderte, daß die Hälfte der Ostbevölkerung die DDR mittlerweile schon positiv sah, nachdem es vorher etwa 20 % waren. Muß man die Zahlen nicht als Relation sehen, Relation der Haltung zur Bundesregierung? Hat man sie nicht immer gemeinsam zu sehen, nicht als absolute Größen?

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe eine Anmerkung zu Herrn Thomas. Die Frage nach der Opposition in der DDR war ja nur eine Dimension, die die DDR-Forschung nicht in dem Maße interessiert hat, wie sie sie hätte interessieren sollen. Auch die Versuche, einen Überblick zu geben über die Entwicklung der Opposition – Stichwort Charta 77, Vorbereitung von Solidarność, die ungeheuer wichtige polnische Verfassungsdebatte von 1975, in der die Polen immerhin einschließlich der Kommunisten es abgelehnt haben, die ewige Freundschaft zur Sowjetunion in der Verfassung zu verankern –, alle die Versuche, so etwas in der Bundesrepublik einem größeren Publikum nahezubringen, und ich weiß, wovon ich da spreche, waren von relativ begrenztem Erfolg. Und vor allen Dingen würde ich noch einmal von Ihnen gerne wissen

wollen, wieso die Kollegen der DDR-Forschung diese Interdependenz zwischen der Opposition in Ostmitteleuropa und in der DDR, ja man muß fast sagen, ignoriert haben. In dem Zusammenhang zwei ganz praktische Probleme. Wer z. B. den Versuch unternahm, Robert Havemann im Westen zu publizieren, hatte als Konsequenz natürlich Einreiseverbot und anderes mehr. Wer auf der anderen Seite die Position von Robert Havemann von 1978 ernstnahm, hat wie ich mit dem Rowohlt-Verlag heftig streiten müssen, daß die Einschätzung von Robert Havemann: ich denke nicht daran, aus der DDR wegzugehen, wo man zusehen müsse, wie das Regime zusammenbreche, in dem Buch gedruckt wurde, weil diese Position 1978 so absurd und jenseits der Wirklichkeit erschien, daß die westdeutschen Lektoren gemeint haben, wir wollen Havemann schützen und diese Verrücktheit nicht drucken. Diese Frage der politischen Konsequenzen, die sich aus Wahrnehmungen ergeben, wie hoch veranschlagen Sie die Schwelle? Eine letzte Frage im Zusammenhang mit der Wahrnehmung. Sie haben über alle möglichen Wahrnehmungsmuster in der Geschichte in beeindruckender Weise referiert. Meiner Meinung nach fehlt in Ihrer Auflistung ein Wahrnehmungsmuster oder besser die Rechtslage in der Bundesrepublik, die in der Regel als propagandistischer Anspruch wahrgenommen wurde. Das war das Muster, das das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland über die deutsche Frage und ihre Offenheit formuliert hatte. Es waren ja gerade die Juristen, die Staats- und Völkerrechtler, die immer wieder darauf hingewiesen hatten, daß die deutsche Frage offen sei. Ich möchte an Andreas Hillgruber erinnern, der 1987 sein Buch über die deutsche Frage in der Weltpolitik damit abschloß, daß er kühl und nüchtern konstatierte, die Grundsituation Deutschlands ist immer noch die von 1945. Die Fragen sind offen, weltpolitisch, aber die Entwicklung in den beiden Gesellschaften sind so weit auseinandergesgangen, daß es durchaus fraglich ist, wie lange diese Frage gesellschaftlich noch offen ist. Diese Problematik der juristischen Normierung des Kernstaates Bundesrepublik war bis 1989 gewissermaßen eine Glaubens- oder eine Standpunktfrage, aber dann plötzlich 1989/90 wurde sie zu einer ganz praktischen Frage. Ich erinnere nur an die Debatte über Art. 23 oder Art. 146 vom Februar 1990. Das heißt, welche Bedeutung genoß diese juristische Wahrnehmung, diese Kernstaatkonstruktion in der Wahrnehmung der westdeutschen Politik oder auch in der westdeutschen Forschung? Das wäre meine Frage an Sie in dem Punkt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Wilke. Herr Mocek als nächster.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Ich habe zu jedem der beiden, wie ich finde, sehr informativen Vorträge eine Frage. Zunächst Herr Thomas. Sie sprachen davon, daß von 1970 bis 1989 eine starke Veränderung der Wahrnehmungsmuster stattgefunden habe, und nannten dabei die Konvergenztheorie. Meinen Sie wirklich, daß die Konvergenz von den Bürgern der DDR wahrgenommen wurde, also so etwas wie eine Konvergenz der beiden deutschen Staaten im Bewußtsein der Bürger sich niedergeschlagen habe? Ich würde das verneinen. Mich würde aber Ihre Antwort sehr interessieren. Frau Köhler, die gegenseitig-

gen Einschätzungen, die Sie brachten, selbstbewußt, überheblich und obrigkeitshörig, leicht beeinflusbar usw., ist das deutbar als Reflex auf Medienbilder? Sie hatten zu Ihren methodischen Voraussetzungen genannt: teilnehmende Beobachtung. Da müßte das doch beantwortbar sein, ob hier auf Medien reagiert wird, oder ob das wirklich die empirische Wahrnehmung des Bürgers in Ost und West war?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank, Herr Gutzeit als nächster bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Zuerst eine Frage an Frau Köhler.

(Hinweis: Das Folgende aus technischen Gründen – Bandfehler – unverständlich)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank, als vorletzter in der ersten Runde Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Frau Köhler, wir haben bei verschiedenen anderen Anhörungen schon des öfteren solche Untersuchungen präsentiert bekommen wie die, die Sie uns heute vorgestellt haben, und es wird Sie sicherlich nicht überraschen, daß da auch immer Widerspruch aufkommt bzw. eine gewisse Überraschung entsteht. Mich hat z. B. sehr überrascht, daß 70 % der ehemaligen Ostbürger der Meinung sind, daß die Idee des Kommunismus gut ist, aber nur schlecht ausgeführt wurde. Da könnte man noch andere Dinge anführen. Aber was ich nun überhaupt nicht glauben will, daß, wie Sie sagen, 1987 2,6 Millionen DDR-Bürger in den Westen fuhren. Da würde ich gerne einmal von Ihnen eine Präzisierung haben wollen, ob da auch Mehrfachreisen mitgezählt worden sind. (Zwischenruf) Mich würde aber in dem Zusammenhang interessieren, ob Sie auch Zahlen von 1997 haben. Das sind ja Zahlen von 1993 gewesen, die letzten, die Sie uns präsentiert haben, und da ist ja nun doch auch in den letzten vier Jahren eine ganze Menge passiert. Könnten Sie uns da auch noch einmal Angaben geben? Die zweite Frage, die ich habe, richtet sich an Herrn Thomas. Sie haben relativ eindrucksvoll diesen Wandel des DDR-Bildes in der Publizistik und in der Wissenschaft dargestellt und bekannte Namen genannt wie Richert, Lange oder Peter Christian Ludz. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, wie sich das Bild, das DDR-Bild, seit 1990 in der Öffentlichkeit gewandelt hat, auch in der Forschung. Ferner möchte ich wissen, welche wichtigen Faktoren Sie für einen Wandel sehen, sofern Sie der Auffassung sind, daß es einen Wandel gab, und zwar welche Faktoren es jenseits des Faktums gab, daß die Archive sich geöffnet haben. Dankeschön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Kowalczuk. Herr Faulenbach bitte noch als letzter in der ersten Runde.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe zunächst eine Verständnisfrage an Frau Köhler. Was haben Sie, bezogen auf die früheren DDR-Bürgerinnen und -Bürger, nach 1990 gefragt? Haben Sie gefragt: Wie beurteilen Sie heute das

DDR-System? Oder haben Sie gefragt: Waren Sie ein Anhänger des DDR-Systems? Das war nicht ganz klar in dem, was Sie hier vorgetragen haben. Vielleicht haben Sie beides gefragt, dann wäre es interessant zu wissen, inwieweit die Antworten auf beide Fragen miteinander zusammenhängen.

Dann eine mehr inhaltliche Frage, an Frau Köhler und auch an Herrn Thomas. Was dominiert aus Ihrer Sicht eigentlich, was die breite Masse der Bevölkerung angeht, das Bild der DDR bei den Westdeutschen? Ist es nicht doch, jedenfalls Ihre Umfragen legen den Eindruck nahe, letztlich das politische System, das eine dominierende Funktion hat, außer bei einem bestimmten kleinen Kreis? Und umgekehrt: Was dominiert eigentlich das Bild des Westens bei den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern? Ist es nicht, insgesamt gesehen, eher der Wohlstand? Könnte man dies, bezogen auf die Masse der Bevölkerung, sagen?

Dann eine letzte Frage an Herrn Thomas. Selbstbild und Fremdbild gehören erfahrungsgemäß zusammen. Inwieweit ist aus Ihrer Sicht das Selbstbild der Bundesrepublik phasenabhängig gewesen von der DDR? Oder gab es eine derartige Abhängigkeit in keiner Phase? Oder läßt sich sagen, daß sie am Anfang gering war und auf die Dauer noch geringer wurde? Doch sehr viel spannender ist die Frage, inwieweit das Selbstbild der DDR abhängig von der Bundesrepublik war? Ist vielleicht gerade soziale Identität in der Gegenüberstellung zur Bundesrepublik entwickelt worden, während die Herausbildung einer politischen Identität geradezu erschwert wurde durch die Existenz der Bundesrepublik, so daß wir eine gespaltene Reaktion auf den „Westen“ annehmen müßten? Also wie sieht das Wechselverhältnis von Selbstbild und Fremdbild aus?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Faulenbach. Ich möchte mich bei den Mitgliedern der Enquete-Kommission zunächst noch einmal bedanken, daß sie den Drang nach Fragen gezügelt haben, wiewohl Sie es auch nicht auf zwei gebracht haben, aber ich hoffe, daß wir das in der Zeit jetzt, wir haben noch 25 Minuten, in der Weise bewältigen können, daß Frau Köhler zunächst die Möglichkeit bekommt, die an sie gerichteten Fragen zu beantworten und dann Herr Thomas. Bitteschön Frau Köhler.

Dr. Anne Köhler: Es ist etwas schwierig, die Fragen jetzt wirklich hinreichend zu beantworten, denn dann brauchten wir den ganzen Nachmittag. Aber ich will ein paar Stichworte jeweils dazu geben, was ich mir hier notiert habe, der Reihe nach, wie die Fragen gestellt wurden. Also zunächst zu den Feindbildern der Jugend in der DDR. Die sind zwar etwas geprägt worden durch das System. Die Jugend in der DDR, also die unter 25-jährigen, war immer etwas systemfreundlicher als die Erwachsenen. Aber das kippte dann in dem Moment um, wenn die Jugend in das Berufsleben eintrat und mit den Realitäten konfrontiert wurde, und die Mehrheit der Jugend war auch stets gegen das System eingestellt. Also sie zeigten nur relativ eine größere Systemidentifikation im Vergleich zu den erwachsenen DDR-Bürgern, aber auch für sie galt die Orientierung an der Bundesrepublik. Politik und System sind sehr stark vermischt worden bei dem Normalbürger, das ist ganz klar, das System wird anhand der

erlebten Politik beurteilt, und insofern haben Sie da eine sehr starke Identifikation in den Urteilen. An welchen Themen Bewertungen festgemacht werden, das ist natürlich äußerst unterschiedlich. Das hängt von der aktuellen Situation ab, und das hängt vom Thema ab, also da kann ich leider keine generalisierende Antwort geben. Zu der Qualität der Analysen: Wir haben sehr ausführliche, umfangreiche, durch Zitate belegte, durch entsprechende historische Rückblicke, durch Zeitchronik usw. belegte Analysen geliefert. Die Gründe für die Verschlußsache waren, daß man davon ausgegangen ist, daß bei einer Publikation die Forschung im Handumdrehen eingestellt werden muß, weil dann die DDR-Seite natürlich protestiert hätte. Wir hatten einmal im Suhler Tagblatt so einen Warnschuß bekommen, da haben sie von uns einen Teil eines Fragebogens publiziert, das war etwa Anfang der 80er Jahre. Aber im Grunde war es der Umstand, daß man damit nicht die DDR provozieren wollte. Wir können jetzt nicht sagen, in welcher Sache, in welchem Maße diese Analysen ernstgenommen worden sind. Ich habe den Eindruck, sie sind eigentlich zu wenig berücksichtigt worden, und vermutlich hat sie der Osten viel aufmerksamer gelesen als der Westen. Zu den Analysen selber: Sie sind im Moment noch in München. Sie werden in den nächsten Wochen hier in Berlin archiviert und sind dann einsehbar. Sie können sich dann an unsere Münchner Tochtergesellschaft hier wenden, Infratest Berlin; Herr Hilmer sitzt dort, er ist der Geschäftsführer von Infratest Burke Berlin und kann Ihnen nach Bedarf Materialien zugänglich machen. Wir haben eine unendliche Bandbreite an Themen erfaßt, haben auch einen Schlagwortkatalog und haben archiviert, es ist also leicht auffindbar von den Themen her für den, der größeres Interesse hat. Das Bewußtsein der Konvergenztheorie war sehr wohl bei der DDR-Bevölkerung verbreitet, denn wir haben immer wieder festgestellt, wie weit der Wunsch nach der Wiedervereinigung vorhanden war; das haben wir in der Expertise über Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl für die erste Enquete-Kommission ausführlich niedergelegt. Da ist auch ausgeführt, welche Vorstellungen man hatte zu möglichen politischen Konstellationen und welche man für wünschenswert gehalten hätte, die erwartbare und die wünschenswerte. 1990, das war dann bereits eine Direkterhebung. Das Überraschende war für uns, daß eine hohe Übereinstimmung herrschte, wie man sich gegenseitig sah, die sicherlich durch die Medien mit geprägt worden ist, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß die Medien hier eine ganz entscheidende und nicht immer sehr glückliche Rolle gespielt haben, wenn man Ost und West gegenüberstellt. Aber dazu kommen dann auch eigene Erfahrungen in 1990, die man bei den ersten Begegnungen gemacht hatte und die dann vielleicht noch vordergründig waren, aber entsprechende Bilder noch einmal bestärkten, eben auch aus der selektiven Wahrnehmung heraus, vermutlich.

Dann Herr Kowalczuk. Ich weiß nicht, auf welche Daten Sie sich beziehen, wenn Sie sagen, wir haben öfter so etwas gehört. Diese Art von empirischen Daten über die DDR, die sind völlig singulär. Es gibt keine vergleichbare Forschung weltweit, und wenn Sie hier Daten vorgestellt haben aus der DDR-Forschung, da kann ich nur sagen, daß da doch eher nennenswerte Vorbehalte

zu machen sind, weil die von der Repräsentativität her, auch die Jugendstudien usw., die hier angeführt worden sind, große Einschränkungen verdienen. Da können wir uns auch noch einmal (Zwischenruf)...

Moment, nach der Wende haben sie geforscht? Auf welche Daten? Ach so, ich kenne die Daten nicht. Wir haben nach demselben Schema gefragt, wie wir während der 22 Jahre DDR-Forschung gefragt haben, um dazu auch Vergleichsdaten zu gewinnen; die sind auch dargestellt in dem erwähnten Bericht. Wir haben also nicht gefragt, wie man heute das System einschätzt, sondern, Herr Professor Faulenbach, die eigene Identifikation im Rückblick zu dem System erfaßt. Wir haben das als Gradmesser genommen zur im Grunde Verklärung dieses Systems und als Pendant zu der stärkeren Distanz, die sich jetzt gegenüber dem bundesrepublikanischen System einstellte, das zwangsläufig in Teilbereichen enttäuschen mußte, weil die vorherige kritiklose Zustimmung zu den angenommenen Qualitäten des bundesdeutschen Systems revidiert wurde. Und wir haben auch die Daten aus der Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung: Wenig bis gar kein Vertrauen in die Parteien hatten zu dem Zeitpunkt 1995 63 % der Ostdeutschen und 60 % der Westdeutschen, Vertrauen in die Regierung 48 % der Ostdeutschen, 43 % der Westdeutschen, gar kein Vertrauen 30 % der Ostdeutschen, die unzufrieden sind mit den Rahmenbedingungen der bundesdeutschen Demokratie. Da kann man natürlich sagen, 70 % sind zufrieden, das ist immer dieses berühmte Halbvoll oder Halbleer. Aber das sind eigentlich Daten, die vergleichsweise negative Tendenzen schon klar abzeichnen, und die 96er und 97er Daten werden Sie heute nachmittag hören.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Gut, vielen Dank Frau Köhler. Herr Thomas, bitteschön.

Rüdiger Thomas: Zuerst möchte ich auf die Frage nach der Demokratieakzeptanz der Ostdeutschen antworten, die ja Herr Meckel, Herr Poppe und Herr Kowalczuk angesprochen haben. Umfragen sind faszinierend, aber sie sind auch gefährlich, weil sie die Realität teilweise sehr einseitig abbilden. Der Punkt ist mir sehr wichtig. Ich sage, daß ich in dieser Frage eine ganz andere Wahrnehmung habe als Frau Köhler. Ich glaube, daß die Demokratieakzeptanz in der Bevölkerung in den neuen Bundesländern außerordentlich hoch ist, daß aber die Systemdistanz ebenfalls sehr groß ist. Damit meine ich, das haben Sie auch angesprochen, Herr Faulenbach, die Enttäuschung über eine unzureichende Leistung des politischen Systems in der Bundesrepublik im Vergleich zu den eigenen Erwartungen. Wenn man Demokratieakzeptanz mißt als die Übereinstimmung mit demokratischen Grundprinzipien, gerade auch mit liberalen Grundprinzipien, also Recht auf freie Meinungsäußerung, Demonstrationsrecht, Parteienwettbewerb, Chance des Machtwechsels, Verteidigung der Opposition, haben wir andere Umfragen, sie sind im „Datenreport 1997“ dokumentiert, die zu dem überraschenden Ergebnis kommen, daß Demokratieakzeptanz, so gemessen, in der früheren DDR-Bevölkerung sogar noch etwas höher liegt als in der westdeutschen Bevölkerung und einen Deckelwert von nahezu 95 % erreicht (a. a. O., S. 614). Unbestritten ist, und das hängt auch

damit zusammen, daß die Enttäuschung über die soziale Sicherungsleistung des westdeutschen Systems in der Bevölkerung in den neuen Bundesländern erheblich größer ist als in der westdeutschen Bevölkerung. Hier gibt es einen deutlichen Unterschied, übrigens auch in der Demokratiezufriedenheit. Hier sind die Werte aus dem Eurobarometer 62 % in Westdeutschland zu 38 % in Ostdeutschland (für 1994). Aber ich würde diesen niedrigen Wert einer Zufriedenheit mit der Demokratie in der ostdeutschen Bevölkerung eher darauf zurückführen, daß sie überhöhte Erwartungen hatten, als sie in die deutsche Einheit hineingekommen sind, und daß insofern dieser niedrige Wert eher eine bestimmte Enttäuschung, teilweise auch eine Frustration abbildet, als daß man daraus ableiten dürfte – das hat Frau Köhler nicht getan, aber das könnte in einer flotten journalistischen Berichterstattung herauskommen –, daß die Bevölkerung in den neuen Bundesländern im Hinblick auf ihre demokratische Gesinnung insgesamt unzuverlässiger sei als die westdeutsche Bevölkerung. Ich kann das aus Daten, die ich kenne, nicht bestätigen. Sie sollten diesen Punkt heute nachmittag genau im Auge behalten. Wenn das als Widerspruch erscheint, löst er sich meines Erachtens weitgehend dadurch auf, daß man hier tatsächlich zwischen Systemakzeptanz und Demokratieakzeptanz unterscheiden müßte.

Ein zweiter wichtiger Punkt war die Frage nach der Opposition. Herr Poppe, ich glaube, man müßte hier auch die Zeit genauer im Auge halten. Es war, denke ich, nicht nur ein Problem der Linken, die sicherlich in den 70er Jahren aus einer gewissen naiven Erwartung an eine Annäherung der Systeme Störfaktoren sozusagen beiseite zu drücken versucht hat. Es gibt gerade seit Mitte der 80er Jahre, denke ich, eher sogar in Teilen der Linken, ein gewachsenes Interesse an der Opposition. Ich habe nicht ohne Grund „Niemandland“ erwähnt, weil das ja im Grunde eine Wahrnehmung ist, die eher aus diesem linken Spektrum kommt. Ich denke, es ist weniger richtungsabhängig gewesen als wirklich personenabhängig, und es hing meines Erachtens entscheidend davon ab – das wird Herr Wilke mir bestätigen, und ich habe das auch in meiner eigenen Biographie registriert –, mit welchen Personen und mit welchen Gruppen man in der DDR kommuniziert hat. Ich behaupte, wer sich einmal intensiv auf diese oppositionellen Milieus eingelassen hat, dem mußten die Augen geöffnet werden. Und es war im Westen auch bei vielen, auch bei vielen DDR-Forschern, nicht einfach eine Frage des politischen Opportunismus, daß durch selektive Wahrnehmung bestimmte Dinge ausgeblendet worden sind, sondern es war vielfach auch der Umstand, daß sie der Suggestion der Kommunikation erlegen sind. Wenn Sie bedenken, daß viele westdeutsche Wissenschaftler Anfang der 70er Jahre erste Möglichkeiten hatten, mit ostdeutschen Sozialwissenschaftlern in Kontakt zu treten, dann hat ohne Zweifel die Furcht, daß solche Kontakte blockiert werden könnten, wenn politisch unerwünschte Themen angesprochen würden, eine große Rolle gespielt. Sie haben sich sozusagen selbst Tabus errichtet, sie haben aber nicht die Realität verfälscht, indem sie in der Wahrnehmung der Opposition die Partei der SED ergriffen haben. Wer in die politischen Archive geht, findet dort teilweise Fehl-

einschätzungen von Politikern, die weiter gehen als das, was man in der DDR-Forschung vertreten hat. Zur Konvergenztheorie: Ich denke schon, Herr Mocek, daß die Neigung, sich der Systemperspektive, der gesellschaftlichen Entwicklung in einer technizistischen Sicht zuzuwenden, in Deutschland eine große Suggestionskraft hatte, zumal in den 70er Jahren, als sozusagen die Reformillusionen verraucht waren, auch weil man sich mit diesem Sachzwangdenken gewissermaßen ein Stück weit suspendieren konnte von der Notwendigkeit, eigene politische Konzepte zu entwickeln. Ich bin in der Tat der Meinung, daß es eine Fehlwahrnehmung vieler Kritiker der alten DDR-Forschung ist, daß sie den sozialismuspezifischen Motivationshintergrund überschätzen und diesen technokratischen Ansatz, der eben auch im Industriegesellschaftskonzept zum Ausdruck kommt, dabei vernachlässigen. Deswegen habe ich das so stark akzentuiert. Es ist ja auch interessant, daß die Rezeption dieser Konvergenztheorie in der bundesdeutschen DDR-Forschung später erfolgt ist, als sie kreierte worden ist, damals ja auch mit Bezug auf erste Ansätze einer sowjetischen Wirtschaftsreform.

Hiermit wäre ich bei einer wichtigen Frage von Herrn Wilke. Ich glaube, daß es ein entscheidendes Manko der westdeutschen Kommunismusforschung war, daß die Osteuropaforschung und die DDR-Forschung viel zu wenig Verbindungen hatten. Ausnahmen gab es eigentlich hauptsächlich in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, wenn man hier einmal an Karl Thalheim erinnert, der auch im Forschungsbeirat, den ich eben erwähnt habe, eine wichtige Rolle gespielt hat.

Daß das Grundgesetz, das Wiedervereinigungsgebot ein wichtiges Wahrnehmungsmuster war, glaube ich nicht. Man mag das beklagen, aber ich denke schon, daß für die meisten die Wiedervereinigung über sehr lange Zeit eine illusionäre Perspektive war, daß Offenheit der deutschen Frage, sozusagen der Kern des Bundesverfassungsgerichtsurteils, demgegenüber eine Angelegenheit war, mit der die wenigsten Probleme hatten, wenn man einmal davon absieht, daß sich einige Politiker am Ende der DDR auf das Glatteis einer Diskussion über eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft begeben haben. Ein Punkt, den ich noch aufnehmen muß, ist die Frage nach dem DDR-Bild der Westdeutschen und nach dem Selbstbild der Ostdeutschen. Ich glaube, daß die DDR für die Westdeutschen im Hinblick auf ihr eigenes Selbstbild nur in der frühen Zeit eine wichtige Rolle gespielt hat. Aber vermutlich war hier die Sowjetunion stärker bedeutsam. Man wird nicht leugnen können, das kann man auch ganz nüchtern sehen, daß in der frühen Zeit, als das demokratische Bewußtsein in der Bundesrepublik nicht sehr stark ausgeprägt war, ein Freund-Feind-Denken und damit eben auch ein essentieller Antikommunismus eine wichtige Legitimationsgrundlage gewesen ist. Hier hat sich ja etwas gewandelt im deutsch-deutschen Beziehungsgeflecht. Herr Jacobsen hat von Bedrohungsvorstellungen gesprochen. Natürlich spielte in dieser frühen Zeit dieses Moment der Bedrohung eine große Rolle, wenn Sie an den Koreakrieg denken, auch an das Berlin-Ultimatum. Wichtig finde ich, daß man in diesem Zusammenhang auch daran erinnert, daß ja Anfang der 80er Jahre noch einmal ein merkwürdiger

Vorgang die deutsche Politik gemeinsam beschäftigt hat, nämlich die Frage, ob es im Hinblick auf die Vermeidung von unmittelbaren Bedrohungen nicht so etwas wie eine „Verantwortungsgemeinschaft“ geben könnte und geben müßte. Das hat vielleicht in der breiten Öffentlichkeit nicht so große Wirkungen gehabt wie die Friedensbewegungen, und die Frage der Korrespondenz der Friedensbewegungen Anfang der 80er Jahre in beiden deutschen Staaten ist meines Erachtens auch eine wichtige und bisher unerforschte Frage. Hier hat sich ja auch gezeigt, daß einige Intellektuelle in der DDR, ich denke an Günter de Bruyn und an die erste Berliner Begegnung zur Friedensförderung, mit ihrem Argument, man kann nicht alle Verantwortung an Kriegsrisiken der einen Seite zuschieben, in der Ost-West-Wahrnehmung doch eine wichtige Verschiebung herbeigeführt haben.

Daß in der DDR-Bevölkerung das Selbstbild sehr stark von der westdeutschen Beziehungsgesellschaft beeinflußt worden ist, würde ich nachhaltig behaupten, und daß diese Tendenz zugenommen hat, auch. Sie war in den 50er Jahren sicherlich weniger ausgeprägt. Interessant ist, daß, soweit es Untersuchungen über Selbst- und Fremdbilder in der DDR gegeben hat – mit den Einschränkungen, die man gegenüber sozialwissenschaftlicher Forschung in der DDR machen muß –, sich am Ende der DDR in der Jugendforschung gezeigt hat, daß das Fremdstereotyp der Bundesdeutschen positiver war als das Selbstbild der DDR. Das ist ein markantes Beispiel dafür, daß der Erosionsprozess in der Akzeptanz des DDR-Systems in den 80er Jahren, das kann man auch mentalitätsgeschichtlich zeigen, dramatisch fortgeschritten ist. Ich hoffe, ich habe jetzt keine Frage übersehen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Ja, vielen Dank auch Ihnen, Herr Thomas. Ich glaube, meine Damen und Herren, es war ein guter Auftakt für unsere Gesamtkonferenz, und es ist schon ansatzweise etwas von den Schwierigkeiten deutlich geworden, heute, aus unserer Sicht nun richtig einzuschätzen, wie die Wahrnehmungen damals gewesen sind im Hinblick auf das Verhältnis der beiden deutschen Staaten. Wir werden das heute nachmittag fortsetzen. Bevor ich Herrn Hiller das Wort zur Verabschiedung dieser ersten Runde gebe, möchte ich mich bei Frau Köhler und Herrn Thomas ganz herzlich bedanken für ihre Ausführungen und für die Beantwortung der Fragen. Herr Hiller.

Amtierender Vorsitzender Reinhold Hiller (Lübeck): Ja, meine Damen und Herren, mir bleibt gar nicht mehr viel übrig, als darauf hinzuweisen, daß die Mittagspause, wie im Programm vorgesehen, von 12.30 bis 13.30 Uhr dauert. Wir treffen uns dann 13.30 Uhr hier wieder. Im Hause gibt es nur Kleinigkeiten zu essen, unten in der Cafeteria oder hier im Vorraum. Eine schöne Mittagspause wünsche ich.

Amtierender Vorsitzender Reinhold Hiller (Lübeck): So meine Damen und Herren, jetzt haben wir dem Fernsehen unsere Reverenz erwiesen, wir treten

ein in den weiteren Verlauf der Anhörung. Ich begrüße ganz besonders Frau Professor Ursula A.J. Becher, Frau Ilse Spittmann-Rühle und Herrn Direktor Dr. Peter Busse. Da ich nur eine formale Funktion im Moment habe, als einziger im Raum befindlicher Abgeordneter, gebe ich jetzt gleich das Wort weiter an Herrn Fricke.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank Herr Hiller. Meine Damen und Herren, nach der so fruchtbaren Diskussion heute vormittag, die eine Grundlegung war für die heutige Anhörung, werden wir uns in den folgenden zwei Stunden im Rahmen unseres Generalthemas speziellen Aspekten wechselseitiger Wahrnehmung im geteilten Deutschland zuwenden, nämlich einmal dem Bild des jeweils anderen Landesteils in den Schulbüchern, zum anderen in der veröffentlichten Meinung in den Medien. Ihre Ergänzung finden diese Aspekte dann durch Erkenntnisse der DDR-Staatssicherheit zur Wahrnehmung des Westens im Meinungsbild der Bevölkerung der DDR. Ich begrüße dazu im Podium die Historikerin Frau Professor Dr. Ursula A.J. Becher. Sie hat sich in ihrer wissenschaftlichen Arbeit ausführlich mit Theorie und Didaktik der Geschichte und mit der Problematik von Geschichtswissenschaft und öffentlichem Diskurs auseinandergesetzt, ebenso mit der Geschichte des modernen Lebensstils. Seit 1992 ist Frau Professor Becher Direktorin des renommierten Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Dann heiße ich willkommen Frau Ilse Spittmann-Rühle, Publizistin in Köln, als Sachkennerin ausgewiesen durch ihre jahrzehntelange Tätigkeit als verantwortliche Redakteurin zunächst der Zeitschrift „SBZ-Archiv“, seit 1968 „Deutschland-Archiv“. Die Redaktion des Deutschland-Archivs hat Frau Spittmann bis Mai 1995 geleitet. Zu ihren zahlreichen Publikationen gehören zwei DDR-Lesebücher, die sie gemeinsam mit Gisela Helwig herausgegeben hat, die heute geradezu Dokumentationen für die Wahrnehmung der DDR in der alten Bundesrepublik darstellen. Drittens begrüße ich in dieser Runde Herrn Dr. Peter Busse, Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, so die umständliche Bezeichnung der im Umgangsdenglisch kurz sogenannten Gauck-Behörde. Herr Busse ist promovierter Jurist und seit 1995, seit August 1995, in seinem heutigen Amt tätig. Von ihm werden wir hören, wie das Ministerium für Staatssicherheit die Wahrnehmung des Westens im Denken und Fühlen der DDR-Bevölkerung einst eingeschätzt hat. Ich denke, ich halte mich mit keiner Vorrede auf, sondern bitte die Teilnehmer, die paar Experten hier im Podium zunächst, daß wir ihre Statements entgegennehmen, Kurzvorträge von jeweils etwa 15 Minuten Dauer, um danach den Mitgliedern der Enquete-Kommission Gelegenheit zu Meinungsäußerungen und zu Fragen zu geben. Frau Professor Becher, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Ursula A. J. Becher: Dankeschön. Ich spreche hier als Schulbuchforscherin, nicht als DDR-Forscherin, denn das bin ich nicht. Es geht um das Bild, das in den Schulbüchern der beiden, wie wir heute sagen, Landesteile vermittelt worden ist. Der Forschungsstand ist noch nicht sehr gut. 1986 hat

das Georg-Eckert-Institut eine umfangreiche Analyse über Deutschlandbild und deutsche Frage im historischen, geographischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht in der Bundesrepublik und in der DDR von 1949 bis in die 80er Jahre veröffentlicht. Es sind auch eine ganze Reihe Aufsätze erschienen, aber wir sind heute doch geneigt, sozusagen etwas stärker in die Tiefenstruktur hineinzugehen. Heute kann ich aber bei der begrenzten Zeit nur einen Überblick geben. Bei dem Vergleich der Schulbücher in der Bundesrepublik und in der DDR ist natürlich zu beachten, daß es riesengroße Unterschiede gibt, Unterschiede einmal in der didaktischen Konzeption, einfach schon in der äußeren Gestaltung. Aber viel wichtiger ist ein anderer Unterschied. In der DDR gab es pro Fach und Jahrgang ein einziges Schulbuch mit hohem Verbindlichkeitsgrad. In der Bundesrepublik gibt es viele konkurrierende Bücher für ein gegliedertes Schulwesen, das macht den Vergleich natürlich nicht einfach. Dazu kommt noch, daß es in der Bundesrepublik, speziell in den 70er und 80er Jahren, sehr üblich war, daß Lehrer außerhalb der Schulbücher sich weitere Materialien besorgten und in den Unterricht einbrachten. Also ich kann hier nur eine Schneise schlagen.

Ich beginne mit „Die Bundesrepublik in den Schulbüchern der DDR-Geschichte“. Ich muß vorausschicken, ich habe Schulbücher untersucht und Lehrpläne in der DDR für Geschichte und Staatsbürgerkunde, in der Bundesrepublik für Geschichte und politische Bildung, weil das wohl die Fächer sind, die hier für uns am interessantesten sind. Wenn ich das Bild der Bundesrepublik in den Geschichtsschulbüchern der DDR betrachte, so muß ich feststellen: Einmal nimmt die Bundesrepublik einen sehr geringen Raum ein, und die Perspektive, in der sie erscheint, ist die des Klassenkampfes, in dem die sozialistische DDR einer kapitalistischen, dem Imperialismus zugehörigen Bundesrepublik gegenübersteht. Diese Interpretationslinie entspricht der in der Geschichtswissenschaft der DDR vorherrschenden Formationstheorie, die man eigentlich als eine geschichtstheoretische Setzung ansehen muß, nach der sich die DDR nach ihrem Bruch mit dem Reaktionären auf der Stufe des Sozialismus, die Bundesrepublik jedoch auf jener des Kapitalismus befand. Nun hat es freilich in der Geschichtswissenschaft der DDR durchaus eine Entwicklung gegeben. Nach dieser Zweilinientheorie, von der ich gerade sprach, aus dem dieses Klassenkampfmuster zur Interpretation der Geschichte entstand, hat es in den 80er Jahren mit der Erbe- und Traditionsdebatte eine Konzeption gegeben, in der durchaus eine größere Thematik für die Geschichtswissenschaft möglich war. Aber diese Entwicklungstendenzen haben sich im Bildungsbereich überhaupt nicht ausgewirkt. Das Lehrbuch der Klasse 10, um das es hier vornehmlich geht, das die Zweistaatlichkeit zum Thema hat, ist auch anders als andere Lehrbücher nicht von irgendwelchen Gremien von Historikern verfaßt worden, sondern an der Parteihochschule, und das zeigt natürlich, daß politisch-ideologische Zielsetzungen eine große Rolle spielten. Die Bundesrepublik erscheint als negatives Gegenbild zur DDR. Sie hat keine eigene Bedeutung, und so bleibt auch das reale Leben in der Bundesrepublik ausgespart. Wenn ich diesen Befund jetzt noch mit etwas Leben füllen soll – meiner Un-

tersuchung liegen die Lehrpläne für die Polytechnische Oberschule von 1977 und 1988 und die Geschichtsbücher der Klassen 10 von 1983 und 1988 zugrunde –, dann zeigt sich, daß die Darstellung der Bundesrepublik, thesenhaft habe ich es schon gesagt, sehr stark holzschnittartig angelegt ist. Und gerade diesem Interpretationsmuster des Klassenkampfes entspricht auch die Themenauswahl. Solche Themen werden vorrangig aufgenommen, in denen die Konfrontation beider Systeme im Vordergrund steht. Es handelt sich um die Spaltung Deutschlands, den NATO-Beitritt, den Mauerbau. Und immer ist es eine Gegenfolie. Dazu zwei Zitate. Im Lehrplan von 1977 wird als Erkenntnis formuliert: „Die imperialistischen Kräfte in der Bundesrepublik entfachten eine zügellose Hetze und Verleumdung gegen die DDR. Sie versuchten, mit Mitteln der Sabotage, mit ökonomischem Druck und anderen Störversuchen die sozialistische Entwicklung zu beseitigen und ihre revanchistischen Ziele zu verwirklichen. Die Politik der SED und der Regierung der DDR richtete sich nunmehr darauf, in den Beziehungen zur BRD die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchzusetzen.“ In dieser Sichtweise werden dann auch andere Themen behandelt, etwa die Wirtschaft der Bundesrepublik, wie: „Die Bundesregierung war ausschließlich darauf bedacht, die Macht des deutschen Imperialismus zu restaurieren, eine demokratische Entwicklung in der BRD zu verhindern, und sie beschleunigte deshalb mit Unterstützung der imperialistischen Westmächte die Vorbereitung für eine Remilitarisierung.“ Das findet sich in dem Geschichtsbuch 1983, und dieses Bild bleibt den ganzen Zeitraum über vorherrschend. Etwa im Lehrbuch der Klasse 10 von 1988 hat zwar der Umfang der Darstellung der Bundesrepublik zugenommen, es wird etwa der NATO-Beitritt in aller Ausführlichkeit geschildert, aber um zum Schluß eine letzte Legitimation für die Spaltung in zwei deutsche Staaten zu finden: „Die Eingliederung der BRD in die NATO versperrte, wie in der Folge immer sichtbarer wurde, endgültig den vorher noch möglichen Weg zu einem friedliebenden demokratischen Deutschland, für das die SED und die Bürger der DDR alle ihre Kräfte eingesetzt hatten.“ Da die Lehrbücher verbindlich auf der inhaltlichen Grundlage der Lehrpläne zu verfassen waren, zeigt sich also auch hier, auch 1988 noch, durchgängig das Bild von der negativen Gegenfolie zur DDR. Keine Darstellung der schlechten BRD ohne Gegenüberstellung der guten DDR. So heißt es z. B. hinsichtlich der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO: „Endgültig hatten sich auf deutschem Boden zwei in ihrer Gesellschaft und Staatsordnung völlig gegensätzliche Staaten herausgebildet, die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische Bundesrepublik Deutschland. War bisher der Ruf aller fortschrittlichen Kräfte nach einen einheitlichen demokratischen und friedliebenden Deutschland realistisch und richtig, so erhielten nunmehr die revanchistischen Thesen der imperialistischen Spalter vom Offenhalten der deutschen Frage und ihre irreführende Losung von der Wiedervereinigung Deutschlands einen reaktionären konterrevolutionären Charakter.“ Das ist von 1988. Eine Alternative stellt die Darstellung der Bundesrepublik in ihrer „Einbindung in den imperialistischen Block“ dar, das ist ein Zitat, und so heißt es dann auch mit Blick auf die Nachkriegszeit: „Zu den internationalen Veränderungen zählte auch die Entwicklung der

BRD. Hier war die Restauration des Imperialismus weit vorangeschritten, die Westmächte verhinderten eine friedliche Regelung der Nachkriegsprobleme Deutschlands und waren im Verein mit dem westdeutschen Imperialismus im Begriff, die BRD fest in das imperialistische Paktsystem einzugliedern.“ Das ist die Linie, die während der ganzen Zeit nicht verlassen wird. Es gab durchaus Vorschläge, der Geschichte der Bundesrepublik mehr Aufmerksamkeit zu schenken und sie nicht allein in ihrem Verhältnis zur DDR zu betrachten. Es ist an der Technischen Universität Braunschweig vor einigen Monaten ein Promotionsverfahren abgeschlossen worden, in dem Heike Mätzing den Geschichtsunterricht der DDR nachvollzieht und eine Fülle von Quellen wiedergibt. Daraus geht hervor, daß in den Gremien selber schon Kritik geäußert worden ist, daß durchaus gesehen wurde, hier sei ein Ermüdungseffekt bei den Schülern. Müßte man nicht anders verfahren? Aber diese Diskussion wird immer abgeblockt, und von politischer Seite ist hier keine Veränderung erlaubt worden. Also es bleibt das dichotomische Grundraster einer guten DDR wider eine böse BRD offenbar für die Legitimationsbedürfnisse unverzichtbar. Wenn ich jetzt noch einen Blick auf die Staatsbürgerkunde werfe: In diesem Fach ist dieses dichotomische Modell noch weiter und gröber ausgeprägt. Zwischen der friedliebenden sozialistischen DDR und der aggressiven imperialistischen Bundesrepublik gibt es keine Vereinbarkeit. Ich will jetzt nicht im einzelnen auf das Fach Staatsbürgerkunde eingehen. Es wurde seit 1963 systematisch aufgebaut, hier wurde das Thema, das uns hier interessiert, in der siebten und neunten Klasse behandelt. In diesem Fach werden die deutsche Frage und die Bundesrepublik stellvertretend für alle imperialistischen Staaten dargestellt, und zwar als negative Antithese zur sozialistischen DDR. Diese ideologische Grundlage bleibt in den 80er Jahren erhalten, es zeigt sich eine ideologische Abgrenzung. In den Lehrplänen von 1984/85 wird in drei Unterrichtseinheiten wiederum auf die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Imperialismus, die in den grundsätzlich unterschiedlichen Macht- und Eigentumsverhältnissen gründet, hingewiesen, die Aggressivität des Imperialismus in der BRD beschworen, die die sozialistische Ordnung in der DDR rückgängig machen wolle, und der Nachweis gefordert, daß die SED eine Politik der Stärkung des Sozialismus und des Friedens betreibe. In der Staatsbürgerkunde wurde nicht allein auf kognitive Lernziele Wert gelegt, es ging nicht allein darum, ganz bestimmte Erkenntnisse zu gewinnen, sondern hier sollten auch die affektiven Identifikationen der Schüler erreicht werden, eine bestimmte Haltung sollte sich ausprägen. So heißt es: „Der Unterricht in Staatsbürgerkunde soll dazu beitragen, daß die unversöhnliche Haltung der Schüler gegenüber dem Imperialismus, insbesondere gegenüber dem BRD-Imperialismus weiter ausgeprägt wird“, und als Lernziel gilt, Abscheu und Haß der Schüler gegen den Imperialismus zu vertiefen. Das entspricht der Aufgabenstellung des Faches, das einen polemischen Stil hat. Die Auseinandersetzung mit der Ideologie und der Politik des Klassengegners müsse, heißt es, offensiv und parteilich geführt werden. Das ist das Bild, das sich bei der Durchsicht von Lehrplänen und Schulbüchern während dieses Zeitraums ergibt.

Ich werfe nun einen Blick auf das Bild, das von der DDR in den Schulbüchern der Bundesrepublik gezeichnet worden ist. Ich gehe zunächst auf die Geschichtsbücher ein. Hier habe ich vornehmlich die Sekundarstufe I betrachtet, die ja auch das Pendant zu der Klassenstufe ist, die ich in der DDR betrachtet habe. In den Geschichtsbüchern der Bundesrepublik sind im Laufe der Zeit immer dieselben wenigen Ereignisse aus der DDR-Geschichte erwähnt worden. Historische Situation 1945, Staatsgründung 1949, 17. Juni 1953, Mauerbau, das sind die Themen, die in den Geschichtsbüchern vorkommen. Die Perspektiven der Darstellung haben sich allerdings im Zeitraum geändert. In den 50er und 60er Jahren gilt das Hauptinteresse der Schulbücher der Begründung des demokratischen Systems und nicht der deutschen Frage. So bleibt die DDR ganz am Rande der Aufmerksamkeit und wird nur punktuell erwähnt. Die wenigen Informationen, die gegeben werden, werden in Werturteile gefaßt, und man merkt, es ist der Ost-West-Gegensatz, der den Blick auf die DDR bestimmt und antagonistische Bilder entstehen läßt. 1964 gibt es zwei Kapitel in einem Schulbuch. Die eine Überschrift heißt: „Die Sowjetzone als Satellit der UdSSR“ und das nächste Kapitel „Die Bundesrepublik als souveräner Staat“. Das zeigt in etwa die Blickrichtung. In den 70er und 80er Jahren ändern sich die Perspektiven der Darstellungen und die didaktische Konzeption der Schulbücher. Die Bundesrepublik wird selbstkritisch und fragt intensiver nach ihren Grundlagen und Zielen. Und die DDR wird dann in nüchterner und reflektierter Weise, allerdings auch etwas spröde, dargestellt. Veränderungen in der didaktischen Konzeption machen den Weg frei zu differenzierteren Bildern. Das Schulbuch will nicht allein einen memorierbaren Lernstoff vermitteln, sondern kontroverse Materialien bieten, mit deren Hilfe die Schüler selbständige Urteile bilden können. Freilich bleiben Darstellung und Materialien auf das Macht- und Herrschaftssystem der DDR konzentriert. Das innere Leben in der DDR ist ausgeblendet, so daß die Schüler und Schülerinnen nur die Strukturbedingungen des Lebens in der DDR, nicht das Leben selbst kennenlernen konnten. Sie erfuhren z. B., daß das Volk in der DDR unterdrückt werde, konnten aber aufgrund der Schulbuchtexte keine Vorstellung davon entwickeln, wie unter solchen Umständen gelebt und ein eigenes Selbstverständnis entwickelt werden konnte.

Jetzt werfe ich noch einen Blick auf das Bild, das in Politikbüchern vermittelt wird. Hier zeigt sich eine vergleichbare Entwicklung. Zunächst gibt es eine Phase der Nichtbeachtung, das ist die Phase, in der die wichtigeren Themen der Nationalsozialismus und die Einübung in die Demokratie sind. Dieses Thema spielt in den Politikbüchern eine große Rolle. Nach dieser Phase wird dann die DDR, vor allem nach dem Totalitarismuserlaß 1962, als die totalitäre Antithese zur freiheitlichen Bundesrepublik gesehen. In den 70er Jahren geben mehrere Schulbuchautoren das Totalitarismuskonzept auf, sie berichten sachlich und differenziert über die DDR und versuchen, Wandlungstendenzen deutlich zu machen. Die Schüler sollen also aufgrund der Materialien, die dann auch höchst kontrovers sein können, zu einem eigenen Urteil über Vorteile und

Nachteile beider Systeme kommen. Aber man bleibt bei Systemvergleichen, deren methodische Probleme auch nicht immer reflektiert werden.

Ich komme zu einer abschließenden Zusammenfassung. Wenn man die wechselseitige Wahrnehmung in den Schulbüchern vergleicht, kann man sagen, daß es sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik für Schüler und Schülerinnen kaum möglich war, in ihren Schulbüchern ein präzises Bild vom Leben im jeweils anderen Teil Deutschlands zu erhalten. Die in den 50er und 60er Jahren erschienenen Schulbücher vermitteln antagonistische Bilder. Der andere Teil Deutschlands ist die schlechte Antithese zum eigenen Selbstbild. In den DDR-Büchern bleibt dieses Darstellungsmuster während des ganzen Zeitraums unverändert. Die Bundesrepublik ist der aggressive, imperialistische, die sozialistische DDR bedrohende Staat. In der Bundesrepublik gibt der Ost-West-Gegensatz die Perspektive vor, die DDR ist Teil des Ostblocks, von dem Gefährdungen für den Westen ausgehen. Das ist das Bild, von dem wir ausgehen müssen. In der Bundesrepublik ändert sich, vielleicht nicht unbedingt das Bild, aber wohl der Blick in den 70er und 80er Jahren. Zwar werden in den Büchern zur Politischen Bildung Systemvergleiche weiter verwandt, die, methodisch unreflektiert, antagonistische Bilder hervorbringen können. Aber – das ist das Wichtige für die didaktische Konzeption dieser Bücher –, das Ziel der Darstellung und des Unterrichts war nicht, den Schülern ein fertiges Bild zu vermitteln. Die didaktischen Prinzipien verlangten von den Schülern und Schülerinnen eine argumentative Auseinandersetzung. In den Geschichtsbüchern wird zutreffend, nüchtern und differenziert, wenn auch nicht intensiv über die DDR berichtet, aber die Darstellung bleibt weitgehend auf das Macht- und Herrschaftssystem der DDR konzentriert. Das Leben der Menschen in der DDR wird nicht anschaulich. Ich habe freilich, ich kann ja jetzt nur Tendenzen anzeigen angesichts eines großen Schulbuchangebots, durchaus ein Politikbuch von 1986 gefunden, das genau das versucht, daß der Alltag der DDR mit allen möglichen Zeitungsausschnitten, Buchausschnitten usw. deutlich wird. Das hat es gegeben, aber auch da ist die Überschrift: „Die DDR – ein fremdes, unbekanntes Land.“ Die Frage, die sich vielleicht aufdrängt, ist die: Was haben diese Bilder vermocht, wie haben sie denn gewirkt? Das ist außerordentlich schwer zu sagen, da ist der Forschungsstand noch gering. Wir wissen sehr wenig von den Wirkungen der Bilder auf das Bewußtsein der Menschen, da müssen wir noch weiter forschen. Heute morgen haben wir schon mehreres gehört. Die Schulbücher waren ja nicht die einzige Informationsquelle, sondern es gab daneben das Fernsehen, es gab andere Bilder. Dazu kommt, die DDR-Schulbücher sind in einer so unjugendmäßigen Sprache verfaßt und stecken so voller Klischees, daß man kaum annehmen kann, daß sie die Schüler sehr überzeugt haben. Aber Genaueres wissen wir leider nicht. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank Frau Becher für Ihr interessantes Referat, das statt einer Viertelstunde 25 Minuten gedauert hat. Die Quintessenz Ihres Referates besteht, glaube ich, darin, daß manche Defizite in der wechselseitigen Wahrnehmung auch und gerade den Schulbüchern zu schulden sind, in der DDR absolut, in der Bundesrepublik alt zumindest re-

lativ. Ich bin gespannt, ob das in der Wirkung der Medien ähnlich ist, dazu wird uns jetzt Frau Spittmann vortragen. Bitteschön.

Ilse Spittmann-Rühle: Danke. Zu meinem Thema haben schon Frau Dr. Köhler und Herr Thomas sehr viel gesagt. Außerdem hatten Sie hier schon eine Anhörung über die Pressepolitik der DDR und Grundsätze der Pressepolitik, Zensur, Reglementierung und auch den Stasieinfluß. Das werde ich jetzt weitgehend vernachlässigen. Ich hoffe, daß es mir gelingt, Sie nicht mit Wiederholungen zu langweilen. Zu Anfang möchte ich etwas darüber sagen, wie in der DDR und in der Bundesrepublik man überhaupt an Medien der anderen Seite kommen konnte. Ganz am Anfang bis 1948 konnte man in allen vier Besatzungszonen die von den einzelnen Besatzungsmächten zensierten Zeitungen und Zeitschriften überall kaufen. Die sowjetische Militäradministration hat dann den öffentlichen Vertrieb der westlichen Presse für die Sowjetzone und Berlin im April 1948 verboten. Die DDR-Regierung hat das später übernommen. Einen öffentlichen Verkauf von westlichen Presseorganen gab es seitdem nicht mehr, bis zum Schluß. Westliche Periodika konnte man nur abonnieren, wenn sie auf einer vom Presseamt des Ministerrates zu genehmigenden Postzeitungsliste standen. Das waren nur wenige Titel, meistens Fachorgane, und jedes Abonnement mußte vom Politbüro und vom ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda genehmigt werden. Das galt selbst für Minister, Staatssekretäre, Blockparteien, prominente Politiker und Schriftsteller. Gunter Holzweißig gibt darüber in seinem Buch über die Pressepolitik der DDR eine ganze Reihe von Beispielen aus den Akten, die zum Teil sehr erstaunlich sind. Zum Beispiel enthält die Liste der Empfänger des „Spiegel“ von 1975 62 Institutionen und 10 Einzelpersonen, wobei die Einzelpersonen ganz offensichtlich durch irgendwelche Beziehungen dazu gekommen sind, da ist überhaupt kein System zu entdecken. Da sind also z. B. die Anneli Thorndike, Anna Seghers, Hermann Kant, der mußte es aber bezahlen. Die meisten Institutionen haben 1 Exemplar bekommen, z. B. auch das Presseamt und der Journalistenverband, das ZK der SED erhielt 32, der Zeitungsausschnittdienst 24 und das Ministerium für Nationale Verteidigung 10 Exemplare. Ansonsten waren es immer maximal 2 Exemplare, und das waren alles staatlich bezahlte Abonnements bis auf zwei – ich weiß jetzt den Zweiten nicht, Hermann Kant und noch jemand, die haben es bezahlt aus eigenen Devisenerlösen, der andere muß auch ein Schriftsteller gewesen sein. Bis zur Mauer konnte man westliche Druckerzeugnisse als Ostberliner und DDR-Bürger in Westberlin einkaufen, aber man mußte aufpassen, daß sie nicht entdeckt wurden, dann wurden sie beschlagnahmt. Ab 1977 wurde dann im Zuge der Verwirklichung der KSZE-Schlußakte und nach dem Beispiel anderer Ostblockländer ein begrenzter Verkauf von ausländischen Zeitungen und Zeitschriften in Devisenhotels der DDR, aber nur an Hotelgäste und gegen Devisen, zugelassen. Aus der Bundesrepublik waren das die Süddeutsche Zeitung, die FAZ, die Frankfurter Rundschau und der Tagesspiegel. Dann gab es außerdem noch illegale Bezugsmöglichkeiten für DDR-Bürger, die Hotelgäste kannten, Journalisten, Diplomaten.

Der Empfang von Westsendern war seit der Gründung der DDR strafbar. Das Weitergeben von Informationen aus westlichen Stationen wurde als Boykotthetze, Staatsverleumdung, staatsfeindliche Hetze und ähnliches bestraft. Gemeinschaftsempfang z. B. in Gaststätten war nach den gleichen Kriterien strafbar. Privater Empfang war aber schwer nachzuweisen, deshalb versuchte die SED ihn über auf Ostsender eingestellte Gemeinschaftsantennen einzudämmen. Nach dem Bau der Mauer gab es eine Zeit, wo die FDJ mit organisierten Rollkommandos nach Westen gerichtete Antennen von den Dächern riß, die sogenannten Ochsenkopfantennen, benannt nach dem westlichen Sender. Das alles hat nichts genutzt, die ganze Republik sah trotzdem Westfernsehen, und 1973, nach dem Grundlagenvertrag, paßte sich die SED-Führung dann der Realität an. Honecker hat in einer Rede auf einer ZK-Tagung im Mai 1973 so nebenbei gesagt: „Die westlichen Massenmedien, vor allem der Rundfunk und das Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland, die ja bei uns jeder nach Belieben ein- oder ausschalten kann...“ Das war das Signal, der Empfang war zwar immer noch verboten, aber er wurde nicht mehr bestraft.

Im Westen hat es, das hat man bei uns weitgehend vergessen, glaube ich, lange Zeit auch Beschränkungen, sogar ein Verbot der Ostpresse gegeben. Als Antwort auf das Verbot des freien Vertriebs im Osten hat 1948 der westliche Zeitungshandel einen Boykott der Ostzeitungen veranstaltet. Es wurde nur noch ein ganz geringes Kontingent für Regierungsstellen und bestimmte Institutionen bezogen. Die Staatsschutzgesetzgebung der Bundesrepublik hat dann den Bezug genehmigungspflichtig gemacht. Einzelpersonen mußten nachweisen, daß sie das nur zu beruflichen und nicht subversiven Zwecken brauchten. Ich selbst habe für unsere Mitarbeiter, unsere Autoren, eine Menge solcher Bescheinigungen, also Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausgestellt, mit denen sie dann die Genehmigung bekommen haben. 1964 in einer Zeit der Lockerung in der DDR, auf die ich noch komme, haben sich dann die Bestimmungen gelockert. 1968 gab die große Koalition in Bonn den Bezug von Ostzeitungen befristet frei, und im April 1971 sind die Beschränkungen restlos gefallen. Daraufhin gab es zunächst einmal einen gestiegenen Bedarf an Ostzeitungen beim Zeitungsvertrieb, aber die DDR hat sich geweigert, ihre Kontingente zu erhöhen. Da konnte man spekulieren, warum eigentlich. Bei elektronischen Medien gab es im Westen nie eine Einschränkung.

Die Methoden der DDR-Berichterstattung über die Bundesrepublik sind sich in 40 Jahren im Grundsatz gleich geblieben. Aufgabe der Medien allgemein war nicht die möglichst umfassende Information, sondern sozialistische Bewußtseinsbildung nach den Vorgaben der Partei. Für die Westberichterstattung bedeutete das, sie hatte ein Bild vom Westen zu liefern, das der Imperialismustheorie des Marxismus-Leninismus nicht widersprach. Danach war Imperialismus monopolistischer, parasitärer oder faulender und absterbender Kapitalismus, sein letztes Stadium. Eine negative Darstellung der Bundesrepublik war also programmiert. Alle Informationen wurden ideologisch gefiltert, was nicht ins Schema paßte, wurde ausgeschieden. Die Ostberliner Heimatredaktionen schreckten anfangs auch vor glatten Fälschungen nicht zurück, wenn

eine Information aus Bonn nicht in die Linie paßte. 1950 schied deshalb eine ganze Mannschaft mit Ausnahme des Chefs aus der Bonner ADN-Redaktion aus. Die drei Jungjournalisten, alles Westdeutsche, legten der Bundespressekonferenz ihre Originale vor und dazu die veröffentlichten Meldungen aus Berlin, um zu beweisen, daß nicht sie, sondern die Zentralredaktion die Fälschung begangen hatte, denn sie sollten deshalb von der Bundespressekonferenz ausgeschlossen werden. Bis 1987, also bis zum Honeckerbesuch in Bonn, hatten nur ADN, Neues Deutschland und das DDR-Fernsehen Korrespondenten in Bonn. Sie konnten sich völlig frei in der Bundesrepublik bewegen. Das war ein großer Vorteil gegenüber den Westmedien, die bis 1964 total aus der DDR ausgesperrt waren und erst 1973 ständige Korrespondenten nach Ostberlin schicken konnten. In den 70er Jahren, in den Jahren des Beginns der Ostpolitik, änderte sich der Ton in der DDR-Presse, er wurde sachlicher und vor allem korrekt in den Bezeichnungen. Die wirtschaftlichen Erfolge wurden zur Kenntnis genommen, allerdings entsprechend kommentiert, aber immerhin wurden sie zur Kenntnis genommen, was lange Zeit nicht der Fall gewesen war.

Die Zeit zwischen 1949 und 1989 kann man unter dem Gesichtspunkt dieses Themas hier ganz grob in zwei Phasen einteilen, die Zeit vor der Mauer und die Zeit nach der Mauer, also die Hochzeit des Kalten Krieges und die Entspannungsjahre. Das Datum 13. August 1961 ist wie die meisten historischen Zäsuren ungenau. Es kam erst noch zu einer weit gefährlicheren Zuspitzung des internationalen Ost-West-Konflikts, der Kubakrise im Oktober 1962, bevor ein deutlicher Wandel in der internationalen Politik eintrat. Die beiden Supermächte mußten einsehen, daß sie mit einer Fortsetzung der militärischen Konfrontation die andere nicht in die Knie zwingen konnten. Angesichts der Gefahr der gegenseitigen atomaren Vernichtung leiteten Kennedy und Chruschtschow den Übergang zur Systemkonkurrenz mit friedlichen Mitteln ein, die dann schließlich auch die Beziehungen der beiden deutschen Staaten veränderte. Genaugenommen war der Kalte Krieg damals zwar nicht zu Ende, aber seine heiße Phase war abgeschlossen. Aber für Deutschland erscheint mir der Mauerbau als die politisch und psychologisch plausibelste und nachhaltigste Zäsur. Hier war es die Mauer und nicht die Kubakrise, die einen Bewußtseinswandel auslöste.

Zunächst zum Kalten Krieg. Er wurde nicht nur politisch und ökonomisch geführt, sondern auch mit Mitteln der Pression, der Infiltration, Konspiration und Subversion, vor allem aber mit den Mitteln der Propaganda. Die Propaganda gewann mit zunehmender Abschottung des sowjetischen Machtbereichs eine herausragende Bedeutung und mit ihr auch die Medien als wichtigstes Transportmittel. Anfangs waren es vor allem die Printmedien und der Hörfunk. In den 60er Jahren eroberte dann allmählich das Fernsehen den ersten Platz. Der Kalte Krieg war zu großen Teilen ein Medienkrieg, man denke nur an die Rolle, die der Rundfunk bei den Aufstandsbewegungen des 17. Juni in der DDR oder auch in Ungarn 1956 spielte. Jede Seite hatte ihre fremdsprachigen Informations- und Propagandastationen. Die östlichen Regime empfanden die

westlichen Sender als so gefährlich, daß sie sich jahrzehntelang kostspielige Störsender leisteten. Das Klima des Kalten Krieges prägte auch weiter Form und Stil der journalistischen Arbeit in beiden Teilen Deutschlands, jedenfalls was Ost-West-Fragen betraf. Die Zweilagertheorie, die Andrej Schdanow bei Gründung des Kominform 1947 als neue sowjetische Doktrin verkündete, traf den Kern der aktuellen Machtsituation, nämlich zwei sich feindlich gegenüberstehende Lager, wenn man die ideologische Interpretation des Ostens hier einmal beiseite läßt. Jede Seite hatte ein fest formatiertes Feindbild, das als Folie für die Urteilsfindung diente. In der DDR-Propaganda verkörperte die Bundesrepublik die reaktionärsten deutschen Traditionen wie Militarismus, Imperialismus und Antikommunismus, sie war ein Hort alter Nazis, was u. a. mit einer jahrelangen Kampagne gegen Staatssekretär Globke untermauert wurde, der Staat der Hitlergeneräle, der Junker und Ostlandreiter. Die Adenauerregierung betrieb den nationalen Ausverkauf Deutschlands an die angloamerikanischen Monopole, die Westdeutschland wie eine Kolonie ausbeuteten und gegen das östliche Friedenslager aufrüsteten. Die westdeutsche Arbeiterklasse wurde zum nationalen Befreiungskampf aufgerufen, gegen die „Vasallenregierung in Bonn“. Ein zweiter Hauptfeind war die SPD, die in das Lager der Reaktion desertiert war und deren Überreste in der DDR als feindliche Agenten entlarvt und bestraft werden mußten. Die nach Anlaufen des Marshallplans rasch anwachsende westdeutsche Wirtschaftskraft wurde ebenso ignoriert wie der allgemein steigende Lebensstandard und die in harten Auseinandersetzungen errungenen Sozialleistungen in Westdeutschland. Aufgehellt wurde dieses Szenario dann nur von linken Querdenkern in den Gewerkschaften und der SPD, die man in der DDR nie geduldet hätte, und sogenannten fortschrittlichen nationalen Kräften aus dem Bürgertum und der Friedensbewegung, die für ein neutrales Gesamtdeutschland zwischen den Blöcken eintraten. Sie waren Beispiele für nationalen Widerstand in der Bundesrepublik.

In den Medien der Bundesrepublik andererseits war die DDR eine sowjetrussische Kolonie, von Moskau ausgeplündert und mit Gewalt in ein fremdes Unterdrückungssystem gezwungen. Stichworte wie Terror, Geheimpolizei, Spitzelsystem, Flucht in die Freiheit charakterisierten das SED-Regime. Anhalten der Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern, verursacht durch die überzogenen Reparationsforderungen der Sowjets und das von Moskau übernommene Zentralplansystem, bestimmten den Lebensstandard. Die Vorstellung von den armen Brüdern und Schwestern in der Zone hielt sich auch dann noch hartnäckig, als die Verhältnisse sich längst gebessert hatten.

Im Wettbewerb der Medien zog die DDR fast immer den kürzeren. Das lag nicht nur an der hölzernen Sprache, der langweiligen Aufbereitung und den Holzhammermethoden, das lag vor allem an der Unglaubwürdigkeit der DDR-Propaganda. Die gleichgeschalteten DDR-Medien vergewaltigten die nachprüfbare Realität so offensichtlich, daß Ihnen nicht einmal dann geglaubt wurde, wenn sie die Wahrheit berichteten. In den Westmedien suchte eine große Mehrheit der DDR-Bürger nicht nur vorenthaltene Information, sondern auch ihre eigene Lebenswelt, ihre Probleme und Meinungen, die von den plurali-

stisch strukturierten, interessant gemachten Westmedien zutreffender beschrieben wurden als von den eigenen Medien. Die Wirksamkeit der ideologisch überfrachteten SED-Propaganda hingegen wurde in Bonn überschätzt. Die Erfahrungen von Millionen Heimatvertriebenen und DDR-Flüchtlings mit dem Kommunismus wirkten nachhaltig immunisierend und stabilisierten zusammen mit dem Erfolg der sozialen Marktwirtschaft die antikommunistische Grundstimmung in Westdeutschland. Bis zur Mauer ähnelten sich die Feindbilder hüben und drüben in ihrer Eindimensionalität und Schwarzweißzeichnung. Jede Seite definierte die andere als ein der Fremdherrschaft unterworfenen Unterdrückungssystem mit einer relativ kleinen Führungsschicht und einer großen Masse von Unterdrückten. Auf beiden Seiten wurden die eigenen Feindbilder benutzt, um innenpolitische Kritiker zu diskriminieren oder zu kriminalisieren. Auf beiden Seiten grassierte die Furcht vor Agenten, Spionen und Saboteuren. Tatsächliche, aufgebauschte oder auch erfundene Beispiele für Sabotageakte in der DDR, kommunistische Unterwanderung in der Bundesrepublik bewiesen die Gefährlichkeit des jeweils anderen. Dabei geriet die menschliche Sphäre, der gewöhnliche Alltag abseits der Politik aus dem Blick. Veränderungen wurden nicht mehr wahrgenommen, das Differenzierungsvermögen schwand. Im Bewußtsein der Bevölkerung bildeten sich zwei Stereotypen heraus. DDR – gleich Unfreiheit und Armut, Bundesrepublik – gleich Freiheit und Wohlstand. Dieses Grundmuster ist ungemein widerstandsfähig geblieben, weil es natürlich einen wahren Kern hatte, aber es hat nach der Wende zu vielen falschen Erwartungen und Enttäuschungen geführt. Es ist da eigentlich erst noch einmal richtig wieder aufgelebt, z. B. in dem Glauben auf beiden Seiten, die Bundesrepublik könne überhaupt alles regeln und in kürzester Zeit im Osten den westdeutschen Lebensstandard herstellen.

Die Berliner Mauer brachte kräftig zu Bewußtsein, daß die Politik des Kalten Krieges festgefahren war. Der Prozess des Umdenkens kam in Gang angesichts der Pattsituation der Großmächte. Ein Strategiewechsel war nötig, und das hieß Verzicht auf unerreichbar gewordene Ziele zugunsten eines auf gemeinsamen Regeln fußenden Nebeneinander. Die 60er Jahre wurden damit zur Inkubationszeit der Entspannungspolitik, die schließlich zum Netz der Ostverträge führte. In dieser Zeit kam im Westen den Medien besondere Bedeutung zu. Hier wurde die von Präsident Kennedy nach der Kubakrise formulierte Strategie des Friedens diskutiert und überlegt, wie diese neue Konzeption in eine aktive deutsche Ostpolitik umgesetzt werden konnte. Die Medien trugen damit wesentlich zu einem Stimmungswandel in der Öffentlichkeit bei, der schließlich die widerstrebende Politik in Bewegung brachte. Im Zuge dieser Prozesse änderte sich allmählich auch das westdeutsche Bild vom anderen deutschen Staat, was eine wesentliche Voraussetzung für eine neue Politik war.

In der Tat hatte sich in der DDR in der ersten Hälfte der 60er Jahre eine Menge getan. Den entscheidenden Strategiewechsel von der deutschen Einheit zur Zweistaatentheorie hatte die Sowjetunion schon 1955 mit der Souveränitätserklärung für die DDR und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn

vorbereitet. Für die DDR war damit das deutsche Provisorium beendet, sie wollte von nun an als mit der Bundesrepublik gleichberechtigter Staat anerkannt werden. Zunächst noch sah sie sich als innenpolitischen Gegner der Bundesrepublik, der im Bündnis mit der westdeutschen Arbeiterklasse eine Veränderung der Machtverhältnisse in Bonn anstrebte. Erst nach der Kubakrise wurde diese offensive Strategie weitgehend zurückgenommen. Die Bundesrepublik wurde vom innenpolitischen Feind zum außenpolitischen Gegner, dessen Politik bekämpft, dessen innere Ordnung aber nicht mehr aktiv in Frage gestellt wurde. Bonns deutschlandpolitische Forderungen und Prinzipien konnten nun als Einmischung in die innere Angelegenheit eines anderen Staates zurückgewiesen werden. Alleinvertretungsmaßnahme, Revanchismus, Friedensgefährdung waren jetzt die Schlagworte, mit denen die SED die Bundesrepublik definierte. Mit diesem Kurs auf Zementierung der Zweistaatlichkeit setzte sich die SED zwar in Widerspruch zur Mehrheit der Bevölkerung, aber die Mauer zog einen Schlußstrich unter die Hoffnung auf Wiedervereinigung auf absehbare Zeit. Die Menschen mußten sich notgedrungen arrangieren und in dem ungeliebten Staat einrichten. Aber sie wollten nun, nachdem also die Bundesrepublik als Störfaktor keine Rechtfertigung mehr für die Mangelwirtschaft war, auch Ergebnisse ihrer Leistungen sehen. Und viele Intellektuelle der neuen Elite verbanden mit der Mauer die Erwartung, daß nun endlich mit dem Aufbau der überlegenen, freiheitlichen und schöpferischen Gesellschaft begonnen werde, die die sozialistische Utopie versprach. In diesem Klima startete 1963 das Reformprogramm des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS), das über den wirtschaftlichen Bereich hinaus die DDR-Gesellschaft modernisieren sollte. Die Ökonomen sollten sich am Weltniveau orientieren, gleich in welcher Himmelsrichtung es zu finden war. Das war im Kern die Absage an das sowjetische Wirtschaftsmodell, denn das Weltniveau war meistens Westniveau. Jeans und Beat waren plötzlich erlaubt, Schlager wie „Wovon träumst Du Isabell“ verrieten ein neues, sehr privates Lebensgefühl oder jedenfalls seine offizielle Akzeptanz. Die Medien prangerten Bevormundung und Gängelei der Jugend als Erziehung zur Heuchelei an, machten sich über Funktionäre mit bürokratischem Führungsstil lustig. Auch die Westmedien konnten nun Reisekorrespondenten in die DDR schicken. Die ersten waren die vier „Zeit“-Redakteure, darüber wurde ja hier schon gesprochen. Eine Annäherung besonderer Art ereignete sich im Fernsehen. Ulbricht erlaubte einem amerikanischen Fernsehjournalisten, ihn auf seinem traditionellen Rundgang auf der Rostocker Ostseewoche mit einer damals brandneuen Handkamera zu begleiten, die auch aus größerer Entfernung Originaltöne aufnehmen konnte. Mit dem amerikanischen Journalisten bestand eine geheime Abmachung über einen Fernsehfilm für den WDR, weil westdeutsche Anstalten in der DDR keine Drehgenehmigung erhielten. Beim Besuch des berühmten Rostocker Fischkochs sagte Ulbricht laut und deutlich in die Kamera, man solle dem Amerikaner vom WDR auch einen Fisch reichen. Er wußte über den Zweck dieser Drehreise also Bescheid und billigte sie.

Die Reisekorrespondenten fanden eine andere Landschaft vor als in den 50er Jahren. Die Menschen waren freier, selbstbewußter, normaler. Familie, Heim und Garten waren wichtig, die nächste Urlaubsreise. Sie waren stolz auf ihre wirtschaftlichen Leistungen, die unter so viel schwereren Bedingungen erbracht wurden als im Westen, sie waren stolz auf ihre Sportmannschaften, insbesondere auf die olympischen Erfolge der DDR. Über den Sport lief wahrscheinlich zuerst eine gewisse Identifikation mit dem Staat. Die staatlichen Sozialleistungen wurden, obwohl sie als selbstverständlich empfunden wurden, durchaus auch als Errungenschaften genommen. Insbesondere die obligate kostenlose Vorsorge im Gesundheitswesen wurde geschätzt, das wird sie übrigens heute noch. Die westlichen Bezeichnungen Zone oder Sowjetzone wurden immer weniger akzeptiert, immer mehr Menschen fühlten sich dadurch in ihrem Stolz verletzt. Von den westdeutschen Massenmedien wurde dieser Wandel erstaunt wahrgenommen. Die manchmal etwas naive Begeisterung für bestimmte Erscheinungen in der DDR zeigte vor allem, daß vorher große Unkenntnis geherrscht hatte. Man bemühte sich nun, einen anderen Ton zu finden, traditionelle Sendereihen, die hießen „Wir sprechen zur Zone“ oder „Diesseits und jenseits der Zonengrenze“, wurden in „Ost und West“ oder ähnlich umbenannt. Diese Zeit ging sehr abrupt zu Ende, als Chruschtschow stürzte, der das von der Sowjetunion aus gebilligt hatte. Das war sicherlich in seinem Interesse, denn das Ganze spielte im Vorfeld seines geplanten Bonn-Besuches, der dann nicht mehr stattfand. Aber das Klima hatte sich trotzdem gewandelt.

Die differenzierte Wahrnehmung der DDR hat im Westen ein gut Teil zur hohen Akzeptanz der sozialliberalen Koalition und der Ostpolitik beigetragen. Gleichzeitig verfestigte sich aber das Denken in Status-Quo-Kategorien. Wenn in der DDR das Leben allmählich leichter und besser wurde und andererseits keine Aussicht auf eine friedliche Veränderung der Machtverhältnisse im Osten bestand, dann brauchte man nicht mehr zu permanenten Anstrengungen zur Wiedervereinigung verpflichtet zu sein, sondern man konnte sich um die Sicherung und Vermehrung des in harter Arbeit erreichten Wohlstandes kümmern. In den DDR-Medien wurde diese Grundstimmung lange Zeit nicht wahrgenommen, sie schlugen weiter Abwehrschlachten gegen den westdeutschen Revanchismus und übersahen zunächst sogar, daß Kohl seine Amtszeit mit einer indirekten Absage an die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates einleitete. Als Folge der Vermittlung eines Milliardenkredites durch Strauss an die DDR nahmen die innerdeutschen Beziehungen dann aber bald einen ungeahnten Aufschwung. Die DDR bezahlte Wirtschaftshilfe mit politischen Konzessionen, insbesondere auf dem Gebiet des Reiseverkehrs. Heute wissen wir aus den Archiven, daß die Erfolgsgeschichte der deutsch-deutschen Beziehungen in den 80er Jahren schon im Zeichen des Verfalls stand. Der Wegfall der äußeren Existenzbedrohung setzte im Innern der DDR seit Jahrzehnten angestaute gesellschaftliche Widersprüche frei, an denen die DDR im Herbst 1989 zugrunde ging. Im Westen hatte man die Reformfähigkeit der DDR-Führung ebenso überschätzt wie die Anpassungsbereitschaft der Bevöl-

kerung, und das, obwohl die Informationsmöglichkeit des Westens in der DDR so gut war wie nie zuvor seit der Mauer. Kaum jemand konnte sich vorstellen, daß die Sowjetunion die DDR kampfflos hergeben könnte.

Ich wollte noch etwas sagen zu den Westmedien, zu den westlichen Korrespondenten in der DDR, aber ich denke, das können wir vielleicht auch in der Diskussion nachtragen. Ich muß Schluß machen.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank Frau Spittmann, ich muß leider immer ein bißchen, ich bitte dafür um Verständnis, auf die Uhr schauen, die Zeit läuft uns davon. Ihr Referat zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß Sie die Entwicklung des Medienbildes in beiden deutschen Staaten immer in den Kontext der politischen Entwicklung gestellt haben, was notwendigerweise Auswirkungen auf die jeweils wechselseitigen Wahrnehmungsmuster haben sollte. Ich denke, daß wir in der Diskussion darauf zurückkommen. Jetzt darf ich zunächst Herrn Dr. Busse bitten zu seinem Statement.

Dr. Peter Busse: "Erkenntnisse des MfS zur Westwahrnehmung in der Bevölkerung der DDR". Dieses Thema muß bei mir Stückwerk bleiben, ich bin erst vor drei Wochen aufgefordert worden, hier vorzutragen, aber ich will es trotzdem versuchen. Drei Punkte will ich behandeln: Erstens, Aufgaben des MfS zur Kanalisierung der Westwahrnehmung in der Bevölkerung; zweitens, Aussagekraft der Stimmungsberichte; und drittens, Feststellungen des MfS in Stimmungsberichten und anderen Mitteilungen.

Zu 1:

Die Westwahrnehmung berührte sicher ein politisches Schlüsselproblem des SED-Staates. Mit der Staatsgründung mußte die SED die gesamtdeutsche Orientierung der Bevölkerung abschwächen und dem kleineren deutschen Teilstaat eine eigene historisch-politische Legitimität verleihen. Die Legitimität der DDR sollten der Antifaschismusanspruch und der Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden ermöglichen. Doch schon der 17. Juni 1953 zeigte, daß die DDR die eigene Bevölkerung nicht hinreichend an sich binden konnte. Seit den 50er Jahren wurde der westdeutsche Staat neben seiner freiheitlichen Verfaßtheit insbesondere auch wegen seines wirtschaftlichen Aufstiegs für die Ostdeutschen attraktiv und immer attraktiver. Auch nach dem Mauerbau behielt der Westen seine Anziehungskraft. Nun waren es zunächst die Medien, Rundfunk, Fernsehen, die Besucher aus der Bundesrepublik und die Geschenkpakete, die eine sinnliche Wahrnehmung des Westens ermöglichten. Es begann ein Kampf gegen die „Feindsender“, das wurde schon vorgetragen. Mit dem Beginn der Entspannungspolitik wollte die SED eine Verstärkung ihrer Abgrenzungspolitik, die Wahrnehmung des Westens durch die DDR-Bevölkerung in die Muster ihrer Klassenkampfadeologie umlenken. Aber der Strom der westdeutschen Besucher, die ostdeutschen Reisenden in dringenden Familienangelegenheiten und vor allem die Rentner mit ihren Berichten aus der Bun-

desrepublik ermöglichten eine innerdeutsche Kommunikation, die sich nicht in die ideologischen Vorgaben einfügte. Allein die kontinuierlich ansteigende Ausreisewelle bis 1989 beweist, daß es der SED-Propaganda nie gelungen war, die Westwahrnehmung der gesamten Bevölkerung zu manipulieren.

Dieser für die SED unbefriedigende Zustand verlangte den umfassenden Einsatz des MfS. Dem konspirativen Organ kamen mehrere Aufgaben zu:

1. Das MfS sollte die Stimmungslage erforschen und darüber die Entscheidungsträger informieren.
2. Die Ost-West-Kommunikation sollte möglichst kontrolliert werden.
3. Der Informationsfluß aus dem Westen sollte behindert und nach Möglichkeit auch gesteuert werden.
4. Der Westwahrnehmung sollte durch gezielte Propaganda und durch Desinformationskampagnen entgegengewirkt werden.
5. Das MfS sollte Bekundungen des Einheitswillens und Proteste gegen die Mauer verfolgen.
6. Mit Hilfe der MfS-Agenten sollte Einfluß auf die westdeutsche Politik genommen werden, um die DDR im Innern zu stabilisieren.

In diesem Zusammenhang interessiert vor allem die konspirative „Meinungsforschung“ des MfS. Meine Behörde verfügt in ihren Archivbeständen, Sie wissen das, über umfangreiches Material über diese Funktion des MfS. Die Stimmungslage der Bevölkerung wurde systematisch vom MfS beobachtet und registriert. In der Regel wurden dazu die IM-Berichte ausgewertet, aber auch die Telefon- und Postkontrollen lieferten in den 50er Jahren und später ausgiebig Material für die Stimmungsberichte. Die so gewonnenen Informationen wurden, abgesehen von weiteren Zwischenbearbeitungen, durch die Auswertungs- und Kontrollgruppen, die AKG's, verdichtet und wiederum aufbereitet über die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, die ZAIG in Berlin, an Partei- und Staatsfunktionäre gegeben.

2. Zur Aussagekraft dieser Stimmungsberichte

Mit dem Verarbeitungssystem der Informationen war eine reduktionistische Redaktion verbunden. Diese Berichte waren sprachlich weitgehend ritualisiert. Es ging bei dieser Berichtstechnik um die Anpassung der Wirklichkeit an die Ideologie. Den meisten MfS-Offizieren war es unvorstellbar, daß ein Mensch von selbst auf Kritik an der DDR verfallen, es keine Kritik geben konnte, die nicht als Kritik von außen hineingetragen wurde. Fast immer wurde in diesen Stimmungsberichten einleitend von den Berichterstattern versichert, daß grundsätzlich in der DDR alles in Ordnung sei. Oft wurde die generelle Zustimmung der Bevölkerung zur Politik der SED-Führung betont. So hieß es beispielsweise: „Insgesamt überwiegen in allen Bezirken und Bevölkerungs-

gruppen die positiven zustimmenden Meinungsäußerungen.“ Die ungünstigen Nachrichten wurden anschließend schön verpackt geliefert. Sie waren dann aber auch sehr deutlich und weitestgehend ungeschminkt. So boten die Berichte ein Zustimmungsgefälle, in dem drei Gruppen besonders auffallen. Diese Gruppen wurden nicht näher quantifiziert, wohl aber lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, daß die angezeigte Akklamation stark eingeschränkt war.

Die in diesen Berichten häufig zuerst genannte zustimmende Gruppe bestand aus den progressiven Kräften, den Funktionären, SED-Mitgliedern und anderen loyalen Gruppen. Deren Haltungen sollten offensichtlich vermitteln, daß die Kernbereiche der Gefolgschaft unbeschadet waren. Ein Teil von ihnen hatte sicher auch das Feindbild „Westen“ tief verinnerlicht. Trotzdem wurden bisweilen auch kritische Äußerungen und Zweifel innerhalb dieser Gruppe übermittelt. Der Hauptteil der zur Politik der SED kritischen und ablehnenden Meinungsäußerungen wurde einer nur unzureichend abgrenzbaren Gruppe zugeschrieben. Dieser Bevölkerungsteil muß aber doch wohl relativ groß gewesen sein, da in die Texte trotz aller Beschönigungen und Abschwächungen oft generalisierende Bemerkungen eingeflossen sind. Dazu gehörten Angaben wie: „in der Regel angezweifelt“, „in breiten Kreisen der Bevölkerung“, „in allen Schichten der Bevölkerung“ oder „mehrheitlich“. Haltungen und Meinungen dieses Bevölkerungsanteiles können als nahezu repräsentativ für eine Mehrheit der Ostdeutschen gelten. Als dritte Gruppe wurden oft besonders „feindlich-negative“ Personen oder Gruppen erwähnt, die dem MfS als Dauerkritiker, offene Gegner, Ausreiseartragsteller oder Oppositionelle bekannt waren. Obwohl sie als Minderheit und Einzelgänger gekennzeichnet wurden, fanden sie besondere Aufmerksamkeit. Häufig wurden sie auch in den verdichteten Informationen wörtlich zitiert. In den Lage- und Stimmungsberichten scheinen trotz vieler Verzerrungen die tatsächlichen Meinungsbilder im Lande doch durch.

Anlaß für das Erarbeiten von solchen Stimmungsberichten waren u. a. besondere politische Ereignisse, Besuche von westdeutschen Politikern, Entscheidungen der Regierung, z. B. Einführung der Forumschecks, gesetzliche Neuregelungen, neue Verordnungen, insbesondere im Reiseverkehr, besondere Krisen, die Versorgungsmängel sowie internationale Entwicklungen.

Manchmal hinterlassen die MfS-Berichte den Eindruck, daß die Verfasser im MfS der Parteiführung Botschaften über Mißstände übermitteln wollten, die nach ihrer Meinung dringend abgestellt werden mußten. Da sie offenbar selbst häufig in ideologische Schwierigkeiten kamen, betonten sie möglicherweise bestimmte „Widersprüche“ der DDR-Wirklichkeit.

Die Stimmungsberichte sind nicht nach den Kriterien wissenschaftlich empirischer Untersuchungen angefertigt worden. Trotzdem können sie wohl eingeschränkt als repräsentativ angesehen werden. Da sie der möglichst realistischen Information der Entscheidungsträger dienten, sollten sie hinreichend die Lage widerspiegeln. In die Texte wurden grundsätzliche Erörterungen und

Einschätzungen, wörtliche oder möglichst inhaltsgetreue Einzeläußerungen und sogenannte „Gerüchte“ mit aufgenommen. In das Material flossen gelegentlich statistische Angaben ein, die einen hohen Aussagewert haben. Diese Angaben wurden der Öffentlichkeit natürlich sonst vorenthalten, z. B. Art und Menge der Geschenksendungen. Es bestanden Statistiken, die in den Stimmungsberichten mitgegeben wurden. Bisher gibt es keine umfassende wissenschaftliche Aufbereitung dieses Materials und damit des hier gestellten Themas. Wohl aber lassen sich Grundzüge und Konturen erkennen. Hier müssen Stichproben zu ausgewählten, allgemeinen und politischen Konstellationen genügen.

Ich will Ihnen einige Feststellungen in den Stimmungsberichten vortragen. Haltung der Bevölkerung zur Einheitsfrage als erstes: Nach dem Mauerbau 1961 gab es in der DDR zahlreiche Bekundungen des Einheitswillens. Sicher waren die immer wieder vorkommenden Proteste gegen die Mauer sehr riskante Einzelfallerscheinungen. Zum 25. Jahrestag des Mauerbaus 1986 registrierte das MfS 26 solcher Tatbestände. Es wurden Losungen angeschrieben wie: „Wir wollen frei sein. Nieder mit der Mauer!“, „Wehrt Euch Deutsche! Scheiß Mauer, wir wollen frei sein wie 48.“, „25 Jahre 13.8. – Mauer Verrat“. Diese Unternehmungen spiegelten Haltungen, die wohl viele andere Menschen seinerzeit teilten. Vor allem aber drückten sich die Wünsche nach einer Vereinigung, einer engen Verbindung oder wenigstens nach einer weitgehenden Freizügigkeit in Deutschland in vielen abgeleiteten Forderungen und Erwartungen aus. Das MfS war zu jeder Zeit über diese Sachlage informiert und hat seinerseits der SED-Führung Bericht erstattet.

Vertrauen in die westdeutsche Politik: Nachdem an eine Wiedervereinigung in absehbaren Zeiträumen nicht mehr zu denken war, hat die Bevölkerung die Entspannungspolitik Anfang der siebziger Jahre nahezu euphorisch begrüßt und größte Erwartungen an zwischendeutsche Vereinbarungen geknüpft. Im Zentrum standen damals Hoffnungen auf bessere Reisemöglichkeiten und Erleichterungen für die Übersiedlung. Anlässlich des Treffens Stoph-Brandt in Erfurt im Jahre 1970 heißt es in dem MfS-Stimmungsbericht: „Im breiteren Umfang und mit ansteigender Tendenz werden aus allen Bezirken und Bevölkerungsschichten Spekulationen und illusionäre Vorstellungen über den Verlauf und die Ergebnisse des Erfurter Treffens bekannt. Derartige Auffassungen werden insbesondere in Kreisen von Handwerkern und selbständigen Gewerbetreibenden, unter Rentnern, unter Bewohnern des Grenzgebietes, unter Jugendlichen, unter der Bevölkerung Berlins und der umliegenden Bezirke sowie von Personen mit aktiver Westverbindung vertreten. Häufig in Anlehnung an westliche Nachrichten wird verbreitet, Brandt würde sogenannte menschliche Erleichterungen und Fragen der Familienzusammenführung als grundsätzliche Probleme behandeln und auf dem Erfurter Treffen anstreben, darüber entsprechende Vereinbarungen zu treffen.“

Die Ostdeutschen glaubten, daß nur die bundesrepublikanischen Politiker ihre Interessen an der deutschen Frage wahrnahmen. Der DDR-Regierung beschei-

nigten sie überdies deren Abhängigkeit von Moskau. Nach dem Treffen Brandt/Stoph stellte das MfS fest: „Folgende Tendenzen sind vorherrschend: Anlehnung und Begrüßung der Bonner Ostpolitik hinsichtlich der Politik der kleinen Schritte. Zustimmung zur Verhandlungskonzeption der Bonner Regierung und Forderung, die DDR solle Kompromisse eingehen und menschliche Erleichterungen sowie humanitäre Maßnahmen befürworten. Die DDR solle die 'starre Haltung' aufgeben. Die Bundesregierung hätte bei den Verhandlungen über die Postschulden auch Entgegenkommen gezeigt. Über die 'Mauer' hinweg lasse sich schlecht verhandeln, 'geheime' Wahlen wären günstiger, um 'die Situation zu klären'... Aus weiteren Einzeldiskussionen ist ersichtlich, daß versucht wird, die Brandt-Regierung aufzuwerten.“ Auch das noch. Anfang der 80er Jahre waren zwar die ersten großen Hoffnungen auf Erfolge der zwischen-deutschen Politik sehr abgeschwächt. Aber nach wie vor wurde auf Verhandlungen gesetzt und in Moskau der Grund für die Stagnation gesehen. Als 1984 Honecker aus Moskau über einen scharfen Artikel in der Prawda energisch gemahnt wurde, nicht in die Bundesrepublik zu reisen, äußerten sich viele Bürger kritisch zu dieser sowjetischen Politik, die zeige, „daß die DDR nicht selbständig handeln könne“. Die Menschen erwarteten „Senkung des Reisealters, weitere Erleichterungen im Reiseverkehr“. Als 1987 SED und SPD das Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ veröffentlichten, kam es in oppositionellen Kreisen zu heftiger Kritik an dem Papier, weil die SPD nach ihrer Meinung zu stark auf die SED zugegangen sei. Aber in der Bevölkerung wurden wieder neue Erwartungen geäußert. Im entsprechenden MfS-Bericht heißt es: „In Einzelfällen wird die Meinung vertreten, man müsse sich auf eine völlig neue Denkweise einstellen. Die DDR werde nicht umhinkommen, noch mehr Informationsreisen in die BRD zu gestatten, damit sich 'auch der einfache DDR-Bürger' ein objektives Bild vom Leben in der BRD machen könne. Auch werde sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eine 'weitere Öffnung' erforderlich machen“.

Zum Stellenwert westdeutscher Politiker: Westdeutsche Politiker hatten nach den MfS-Erkenntnissen ein hohes Ansehen bei den Ostdeutschen. Ihre politische Rolle, ihre Besuche in der DDR und ihre Äußerungen wurden allenthalben aufmerksam verfolgt und diskutiert. Der wohl beliebteste Politiker war lange Zeit Willy Brandt, weil sich in seiner Regierungszeit wesentliche Veränderungen und Verbesserungen im Reiseverkehr ergaben. Über die Reaktionen auf seinen Rücktritt im Zusammenhang mit den Aktivitäten des MfS wurde berichtet: „Allgemein wurden die ersten Reaktionen der Bevölkerung der DDR dadurch charakterisiert, daß die Vorgänge in der BRD Verwunderung, Überraschung, zum Teil auch eine gewisse Bestürzung über den Rücktritt Brandts auslösten. In größeren Kreisen der Bevölkerung wurde teilweise offen, mitunter jedoch auch nur im internen Kreis, das Bedauern über diese Entwicklung in der BRD, vornehmlich das Abtreten der Person Brandt vom Posten des Bundeskanzlers, ausgedrückt“. Die DDR-Bürger waren durch die Medien über die westdeutsche Politik im allgemeinen gut informiert und verfolgten auch die parteipolitischen Vorgänge mit Interesse. Als der bayerische Ministerpräsident

Strauß, der in der DDR-Propaganda jahrelang als schlimmster Feind behandelt wurde, Kontakte zu Honecker aufnahm, richteten sich auch auf ihn Hoffnungen für Verbesserungen. Wohl gab es einige ideologische Verwirrungen, die sich in einem MfS-Bericht wie folgt niederschlugen: „Relativ häufig besteht Unverständnis darüber, daß seitens der DDR einem solchen Mann, der seit langem als Feind der DDR bekannt und dessen Wirken jetzt noch gegen die DDR gerichtet ist, die Einreise gestattet wird und er bereits zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit mit Genossen Honecker sprechen durfte; das bedeute eine politische Aufwertung von Strauß und es bestehe die Gefahr, daß unsere Politik nun nicht mehr so recht glaubwürdig wirke. Es wird unterstellt, daß Strauß noch nicht die Bedeutung habe, daß er immer mit Genossen Honecker verhandeln müsse. Damit werte die DDR diesen Erzfeind der DDR nur auf.“ Das zu dem Vertrauen und den Hoffnungen in Bezug auf bundesrepublikanische Politiker.

Die Medien der Bundesrepublik wurden soweit möglich, einiges ist eben gesagt worden, genau beobachtet. Die DDR-Bürger haben nicht nur über Jahrzehnte westdeutsches Fernsehen und Radio aufgenommen, sondern haben auch die unterschiedliche Sprache wahrgenommen. Sie konnten zwischen östlicher Propaganda auf der einen Seite und westlicher Meinungsvielfalt durchaus unterscheiden. Als Honecker 1984 der „Saarbrücker Zeitung“ ein Interview gab, waren selbst zuverlässige Kader höchst irritiert, da sich der SED-Chef nicht an die DDR-Sprachregelungen hielt und selbst familiäre Westbindungen unterhielt. Über Äußerungen von Volkspolizisten und Mitarbeitern des Staatsapparates berichtete das MfS wie folgt: „Wie kam das Interview zustande? Welche Beziehungen bestehen zwischen Genossen Honecker und Erich Voltmer – das war der Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung – Was will die BRD-Seite mit der Veröffentlichung des Interviews erreichen? Ist es nicht so zu verstehen, daß die im Interview aufgeworfenen Probleme in erster Linie als eine Antwort auf aktuelle innenpolitischen Fragen für die DDR-Bevölkerung zu werten sind? Warum dann der 'Umweg' über eine BRD-Zeitung? Warum gebrauchte Genosse Honecker im Interview häufig westliche Termini ('Schießbefehl', 'Ostverträge'); diese sind bei uns nicht üblich; und warum machen wir in einer BRD-Zeitung solche 'Zugeständnisse' in den Formulierungen?“ Das aus dem Stimmungsbericht.

Ich will noch etwas sagen zum Vergleich des Lebensstandards. Wichtig waren natürlich die Wirtschaftskraft und die D-Mark. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen der SED wußte die DDR-Bevölkerung immer, daß die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik der sozialistischen Ökonomie weit überlegen war. Als die westlichen Währungen als Zahlungsmittel in den Intershops verwendet werden konnten, wurde dies auch von denen wahrgenommen, die sonst kaum Kontakte in die Bundesrepublik hatten. Die Bevölkerung reagierte darauf mit unzähligen Witzen, wie etwa: „In der DDR ist es wie im Westen, für Westgeld bekommt man alles.“ In einem Stimmungsbericht steht dann unter anderem, der Staat müsse ihnen, gemeint sind die Bürger, die keinen Zugang zur D-Mark hatten, die keine Westverwandten hatten, die ihnen die D-Mark

zukommen ließen, wenigstens einen finanziellen Ausgleich in freikonvertierbarer Währung zahlen.

Zusammenfassend: Bei aller Vorläufigkeit läßt sich aus den Materialien des MfS ablesen, daß dieses Organ zu jeder Zeit über die tatsächliche Fixierung der DDR-Bürger auf die Bundesrepublik durchaus informiert war. Es wußte, daß alle Propaganda und alle abgrenzenden Maßnahmen kaum Wirkungen erzielten. Es wußte, daß es eine innere Spaltung Deutschlands nicht gab, und es spricht für die völlige Ignoranz der SED-Politik, daß sie trotz des Wissens um die gesamtdeutsche Orientierung kein Politikkonzept entwickelt hat, das auf diese Interessen Rücksicht nahm. Die Ostdeutschen konnten zwar nicht mit einer schnellen Wiedervereinigung rechnen, hofften aber doch jederzeit auf die westdeutsche Politik. Diese sollte Reisemöglichkeiten und andere Verbesserungen schaffen. Die Ostdeutschen haben wohl zu großen Teilen die politische Verfaßtheit der Bundesrepublik akzeptiert. Sie waren von der wirtschaftlichen Kraft, dem Lebensstandard beeindruckt. Viele Bereiche fanden sie faszinierend, Technik, Lebensweise, Unterhaltungskultur und so weiter. Aus den MfS-Berichten geht hervor, daß es neben dem Wunsch nach Freizügigkeit vor allem ein materielles Interesse der Ostdeutschen am „Westen“ gab. In welchem Maße die Westwahrnehmung durch ihre teilweise mediale Vermittlung bestimmte überzeichnete Idealbilder geschaffen hat, läßt sich aus den MfS-Akten nicht unmittelbar erschließen. Dies ist aber schon deswegen anzunehmen, weil manche Enttäuschung in Ostdeutschland nach der Wende sich doch mit einer gewissen Illusionierung des „Westens“ zu DDR-Zeiten erklären ließe. Auch die lange Trennung und die unterschiedlichen Lebenssituationen haben sich auf mentale Prägungen ausgewirkt. Einiger Unmut, der heute in Ostdeutschland über die Vereinigung geäußert wird, geht wohl vorwiegend auf diese mentalen Differenzen zurück. Das verbreitete Gefühl unter Ostdeutschen, im Vergleich mit den Westdeutschen benachteiligt zu sein, gab es schon in der DDR. In einer Bevölkerung, die sich nicht auf Rechte verlassen konnte, sondern in einem System von leistungsunabhängigen Privilegienzuteilungen lebte, mußten Zweifel am eigenen Selbstwert aufkommen. Das MfS meldete schon 1978, daß sich die DDR-Bürger als „Menschen zweiter Klasse“ fühlten. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank Herr Busse für Ihre Ausführungen, die sich nicht zuletzt dadurch als besonders wertvoll erweisen, daß Sie Originalzitate aus den Stimmungsberichten aus der DDR hier eingeflochten haben. Stimmungsberichte, die meines Erachtens, mit Ausnahme der Stimmungsberichte des Jahres 1989, bis heute noch nicht veröffentlicht worden sind. Dafür bin ich Ihnen besonders dankbar. Ich darf nun die Diskussion, die Runde der Meinungsäußerungen und Fragen, durch die Abgeordneten und Sachverständigen der Enquete-Kommission eröffnen. Mir liegt eine Rednerliste vor, die voraussichtlich zwei Runden umfassen wird. Ich habe zunächst das Wort zu erteilen dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Abgeordneten Eppelmann, dann folgen der Abgeordnete Vergin, der Sachverständige Kowalczuk, Sachverständiger Jacobsen und der Abgeordnete Elm. Sind noch Wortmeldungen da? Also Herr Maser in der zweiten Runde, ferner Herr

Faulenbach, Herr Burrichter, Herr Mocek und Herr Hiller. Vielen Dank, dann darf ich die Rednerliste schließen. Dann haben wir genau zwei schön ausgewogene Runden, und ich darf Herrn Eppelmann bitten, das Wort zu nehmen.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Dankeschön, ich habe zwei Fragen. Eine an Herrn Direktor Dr. Busse und eine an Frau Professor Becher. Die erste an Herrn Busse. Man erzählt sich in Berlin, daß der Professor und Rechtsanwalt Vogel bei Honecker einmal Klage darüber geführt hätte, die an ihn herangetragen worden sei, daß Leute, die bei einer Amnestie rausgekommen sind, zu DDR-Zeiten, daß die relativ kurz danach zum großen Teil wieder inhaftiert gewesen seien, daß das politische Fälle gewesen seien. Honecker hatte sich das in sein berühmtes grünes Notizbüchlein eingeschrieben und versprochen, sich darum zu kümmern. Als die beiden sich das nächste Mal gesehen haben, hat der Genosse Honecker dem Genossen Vogel gesagt, er habe sich inzwischen mit dem Genossen Generalstaatsanwalt unterhalten, und der habe gesagt, das seien natürlich keine Politischen gewesen, sondern das seien alles Chaoten gewesen, die der DDR Schlimmes zufügen wollten. Auf dem Hintergrund dieser Geschichte, von der ich nicht weiß, ob sie tatsächlich passiert ist, meine Frage: Ist aus den Akten zu erkennen, ob es nur Mißtrauen der Staats- und Parteiführung gewesen ist, sich solche Berichte zuliefern zu lassen durch die Staatssicherheit, oder war das auch ein Stück Neugierde, um Befindlichkeit und Empfindungen der Bevölkerung mitzubekommen? Wie ist die Partei- und Staatsführung mit diesen Informationen umgegangen? Ist man denn darum bemüht gewesen, die berechtigten Belange und Interessen und Beschwerden der Bürger ernstzunehmen und entsprechend zu handeln? Möglicherweise haben Sie darauf eine Antwort gegeben, sie ging aber nicht aus Ihrem kurzen Text hervor. Dann würde mich etwas interessieren, was die Schulbücher und den Unterricht angeht, und zwar auf dem Hintergrund dessen, was ich in Eisenhüttenstadt erlebt habe bei der öffentlichen Veranstaltung, die die Enquete-Kommission da durchgeführt hat. Zwei Zitate, damit alle, die nicht dabei waren, wissen, wie luxuriös wir da miteinander haben reden können und informiert worden sind: Unsere Schulbücher sind alle wunderbar gewesen, die Schulbücher in der Deutschen Demokratischen Republik. Wir haben nur vorzügliche und engagierte Lehrer gehabt, und die Lehrer heute sind viel schlechter als die, die von morgens früh bis abends spät sich zu DDR-Zeiten nur um die Kinder bemüht haben. Ich würde Sie gerne fragen wollen: Was wird wie heute in den Schulbüchern und den Schulen der neuen Bundesländer über die Zeit zwischen 1945 und 1990 in der DDR unterrichtet?

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Eppelmann. Herr Vergin bitte.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Ich möchte mich auch an Frau Professor Becher wenden. Ich habe inzwischen den Text noch einmal nachgelesen, und ich erinnerte mich, daß Sie zum Schluß kurz angedeutet haben, daß man über die Wirkung der Schulbücher im Grunde genommen wenig sagen kann. Deswegen meine generelle Frage: Gibt es denn überhaupt Untersuchungen über die Wir-

kung von Schulbüchern? Man kann ja auch seine Zweifel haben, ob Schulbücher die Wirkung erzeugen, die man sich erhofft. Das Zweite, Ihr Institut, das ja eine recht lange Tradition hat, hat ja auch in der Zeit vor der Wende Schulbuchkonferenzen, zum Beispiel mit Rumänien, Polen und anderen Ostblockländern, durchgeführt. Können Sie in aller Kürze einige Dinge sagen, wie dann diese Länder mit den Schulbüchern umgegangen sind, und ob nach der Wende diese bilateralen Konferenzen wieder durchgeführt werden? Insbesondere würde mich dabei interessieren, ob diese Länder inzwischen den sogenannten freischreibenden Schulbuchautor kennen, oder ob dort immer noch das System einer zentralen Curriculumvorgabe besteht, was andere Länder ja durchaus kennen. Zu dem, was Sie, Herr Eppelmann, schon angesprochen haben, zu diesem Eisenhüttenstadt, wo eine solche Euphorie über die früheren Zustände an den Tag kam. Kann das Bild über die DDR-Schulbücher, das so positiv dargestellt wurde, auch so in den Blick gekommen sein, weil heute auch in den neuen Bundesländern eben sehr viel mit dem gearbeitet wird, was man unter dem Thema „Zettelpädagogik“ zu betrachten hat? Das heißt, daß das Schulbuch wesentlich mehr in den Hintergrund tritt und die Zettelvorgabe durch den Lehrer erfolgt. Daher entsteht nun der Eindruck, es war vorher alles in bester Ordnung, jetzt müssen sie Mappen sammeln und haben kein vernünftiges Buch mehr. Das wäre eine Erklärungsmöglichkeit. Ich bin mir auch nicht sicher, ob es so ist. Das ist zunächst einmal dieser Fragenblock.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Vergin. Herr Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine erste Frage schließt direkt an eine Frage von Herrn Vergin an, an Frau Becher gerichtet. Angesichts der Tatsache, daß in bestimmten osteuropäischen Ländern, zum Beispiel in Polen oder Ungarn, teilweise auch in der Sowjetunion, eine viel differenziertere Geschichtswissenschaft existierte als beispielsweise in der DDR, würde mich interessieren, inwiefern sich das auch in den Schulbüchern niedergeschlagen hat. Oder andersherum gefragt: Inwiefern es dort auch in den Schulbüchern die von Ihnen so beschriebene Dichotomie gab zwischen gut Ost und schlecht West. Die zweite Frage, eine Informationsfrage, die sich auch an Sie richtet: Inwiefern ist Ihnen bekannt, daß es in der DDR in Kreisen der Opposition Schulbuchuntersuchungen gab, Studien zu den Schulbüchern? Sind Ihnen die bekannt, haben Sie damit gearbeitet? Und die dritte Frage, die sich auch an Sie richtet: Worin würden Sie denn die größten Veränderungen seit 1990 sehen? Ich meine nun nicht, daß jetzt diese ehemaligen VEB-Schulbücher abgeschafft worden sind, sondern Veränderungen auch in den West-Lehrbüchern. Sie haben ja selber erwähnt, daß zum Beispiel im Verlauf der 70er Jahre die Totalitarismustheorie aus den Schulbüchern verschwand. Inwiefern gab es da nun eine Veränderung, oder inwiefern haben neuere Forschungsergebnisse der jetzigen DDR-Forschung schon Eingang in die Schulbücher gefunden, oder inwiefern werden Opposition und Widerstand der DDR jetzt in dem Schulunterricht thematisiert? Ich frage es auch vor dem Hintergrund der Tatsache, daß eine ganze Reihe von ehemaligen SED-Historikern und SED-Geschichtsdidaktikern seit

1990 ganz eifrig an den neuen Schullehrbüchern mitarbeiteten. Meine letzte Frage richtet sich an Herrn Busse. Gegenwärtig erleben wir ja wahrscheinlich die letzte große Desinformationskampagne des Ministeriums für Staatssicherheit. Der justitiell verurteilte Kriminelle, Markus Wolf, marschiert durchs Land und durch die Medien und preist seine Memoiren, und vor diesem Hintergrund würde mich einfach interessieren, inwiefern in Ihrer Behörde Kenntnisse über tatsächliche Strategiepläne von Desinformationskampagnen bekannt geworden sind. Denn wir haben zwar über die Westwahrnehmung der Bevölkerung gesprochen, wie das MfS praktisch darüber reflektiert hat, aber das MfS war ja nicht nur bemüht, das selber wahrzunehmen und praktisch in seinen Archiven abzulagern, sondern hat natürlich versucht, ganz aktiv selbst auf die Westwahrnehmung der Bevölkerung Einfluß zu nehmen. Das würde mich interessieren, inwiefern da Strategiepläne bekannt geworden sind.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Kowalczuk. Eine Informationsfrage: Sind denn die Schulbuchuntersuchungen der Opposition heute zugänglich?

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich denke schon.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Also, die werden zumindest zugänglich, denke ich mal. Aber sie sind bisher nicht veröffentlicht. Vielen Dank. Herr Professor Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Eine Frage an Frau Becher und eine an Herrn Busse. Selbstverständlich konnten Sie nur einige wichtige Aspekte im Zusammenhang mit dem Thema erwähnen. Aber nun gibt es ja heute in Deutschland einige Neunmalkluge, die behaupten, sie alleine hätten das Banner der Einheit Deutschlands hochgehalten in der Zeit des geteilten Deutschlands. Wie sieht es und wie sah es aus, und das ist ja eine Kernfrage unserer Arbeit, in den Schulbüchern mit diesem Anspruch auf Verwirklichung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit? Was hat man über die Präambel hinaus an Andeutungen skizziert beziehungsweise zusammengefasst in westdeutschen Schulbüchern? Im Hinblick auf die ostdeutschen wäre interessant festzustellen, ob es in den 70er Jahren eine Variation gab, die uns Honeker geboten hat, als er davon sprach, daß durchaus die Einheit Deutschlands denkbar wäre unter dem Vorzeichen des Sozialismus. Wenn der Sozialismus anklopft und die Arbeiterklasse im Westen sich entsprechend verhält, werden wir, DDR, uns so und so verhalten. Gibt es Wandlungen, die Einheit Deutschlands unter sozialistischem Vorzeichen anzustreben?

Herr Busse, zu Ihnen nur die eine Frage. Es ist ja hochinteressant, wenn man einmal die Interna vergleicht, die Sie hier skizzenhaft vorgetragen haben, mit den Meldungen aus dem Reich in den 30er und 40er Jahren. Wie sich die Bilder gleichen! Daß sich also auch damals die politische Führung durchaus über die Vielfältigkeit der Stimmungen in Deutschland im klaren war, aufgrund sorgfältiger, detaillierter Berichte. Und nun im Hinblick auf die Berichterstattung, von der Sie gesprochen haben: Gibt es Hinweise darauf, daß das MfS

auch erkannt hat eine gewisse Kooperation zwischen oppositionellen Kreisen in der DDR mit Westdeutschland? Sie haben davon gesprochen, die sind beobachtet worden. Aber, wenn sie die beobachtet haben und Details darüber damals zusammengefasst haben, müßte es doch auch möglich sein zu klären, ob sie erkannt haben, daß innerhalb der oppositionellen Strömungen Alternativmodelle diskutiert worden sind. Ich erwähne nur einmal stichwortartig das „Österreichmodell“. Es war ja keineswegs so, als die Einheit Deutschlands 1990 dann Realität wurde, daß das von vornherein klar war unter den westdeutschen Vorzeichen. Es gab durchaus auch Varianten, auch im Westen, die besagten, ob man nicht, bevor es später einmal zu einer Gesamtvereinigung komme, zu einer Österreichlösung gelangen könne, das würde ja den Menschen schon helfen, nämlich ein zweites unabhängiges Deutschland. Ob darüber etwas in den Akten steht, würde mich interessieren.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Jacobsen. Als letzter in dieser Runde Herr Dr. Elm.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich habe bei Frau Professor Becher und Frau Spittmann-Rühle gehört, daß vor allem für die 50er und frühen 60er Jahre diese Wechselseitigkeit an scharfen Feindbildern bis zu manchen Analogien in der Art und Weise der Auseinandersetzung genannt wurde. Meine Frage an beide schließt an ähnliche Aussagen an, die sie getroffen haben zur Periodisierung des Bildes der DDR in den westdeutschen Schulbüchern oder Medien, speziell diese Veränderung, die in den 60er Jahren wohl begonnen hat und in den 70er und 80er Jahren, wie Sie recht ähnlich sagten, zu differenzierteren und sachlicheren Urteilen, auch über bestimmte Hauptereignisse bis hinein in die Sicht des Alltages in Ostdeutschland, über die DDR führte. Meine Frage: Haben Sie auch bemerkt, haben Sie den Eindruck, daß in den 90er Jahren in der aktuellen Debatte diese differenzierteren Einschätzungen der 70er und 80er Jahre kritisch beurteilt werden, und wie sehen Sie heute die damaligen Entwicklungen, zum Beispiel, Herr Kowalczuk hat es angesprochen, die damalige Zurücknahme der Totalitarismuskonzeption? Was, meinen Sie, war damals begründet, entsprach den Zeitverhältnissen, den damaligen Voraussetzungen, den damaligen Erkenntnismöglichkeiten und dem Bild, was man gewinnen konnte? Was würden Sie aber im Rückblick heute vielleicht als einseitig und verkürzt betrachten? Eine zweite Frage an Frau Spittmann, Sie nannten die SED- und die DDR-Polemik im Falle Hans Globke und gegen ehemalige NS-Verbrecher in der Bundesrepublik. Wenn ich aber neue Forschungsergebnisse in der Bundesrepublik nehme, ist es nicht so, daß in hohem Maße nicht das, was überzogen war, nicht das, wofür es politisch instrumentalisiert wurde, aber daß wesentliche Sachverhalte, das Beispiel Globke und andere ähnliche Fälle betreffend, und vor allem auch, was die Kontinuität von Tätern des Dritten Reiches in den 50er, 60er Jahren in der Bundesrepublik angeht, daß das in hohem Maße jetzt geschichtsnotorisch wird, und wie sehen Sie das mit heutigem Blick auf die damalige Polemik?

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Elm. Ich darf zunächst Frau Professor Becher um Antworten bitten in dieser ersten Runde.

Prof. Dr. Ursula A. J. Becher: Ich gehe zunächst auf die Frage ein, die Herr Eppelmann und Herr Vergin eigentlich beide gestellt haben, die nach den Schulbüchern heute in den neuen Bundesländern. Da ist die Sachlage so gewesen, daß nach der Wende westdeutsche Schulbücher an ostdeutsche Schulen verschenkt worden sind, denn sonst waren ja keine da außer denen, die ich Ihnen vorgestellt habe, und die waren ja nun wirklich nicht zu gebrauchen. Und da hat sich durchaus unter den Bürgern der neuen Bundesländer Kritik angemeldet. Ich habe mal ein Gespräch mit einer hochmotivierten Lehrerin aus Dresden gehabt, und sie sagte mir: Da ist ja mein ganzes Leben, besteht das denn nur aus der Gründung der DDR, dem 17. Juni, dem Mauerbau und 1989? Da muß noch mehr gewesen sein. Also sie vermißt das, was ich vorhin kritisierte, indem ich sagte, über die DDR wird in den Schulbüchern wenig mitgeteilt. Als Problem wird bei diesen westdeutschen Schulbüchern empfunden, daß sie keine fertigen Bilder vermitteln, vom Schüler Anstrengung erwarten selbst zu denken, selbst mit Quellen umzugehen, also in Quellenkritik eingeführt zu werden und so weiter. Das ist mental außerordentlich schwierig. Die ostdeutschen Schüler sind gewohnt, früher war es halt so, daß ihnen gesagt wird, was richtig ist. Jetzt stehen sie davor und fragen, was ist denn nun genau richtig. Das führt dazu, daß, wie Sie schon sagten, neue Schulbuchprojekte in Aussicht genommen sind, sie sollen ohne diese Konzeption gemacht werden. Die Produkte kenne ich im einzelnen noch nicht. Zur Wirkung von Schulbüchern. Ich sagte schon, man müßte Psychologen dazu haben, man müßte die Tiefenstruktur der Texte untersuchen und so weiter. Es gibt eine große Untersuchung von Bodo von Borries in Hamburg, *Youth and History*, und da sind auch Fragen zum Schulbuch gestellt. Und da sagen die Schüler, das Schulbuch ist ganz und gar unwichtig. Das interessiert uns gar nicht. Wenn sie dann einige Zeit später gefragt werden, was ist denn für euch zuverlässig, dann ist es doch das Schulbuch. Da sehen Sie eine ambivalente Haltung. Auf der einen Seite: So, na ja, das Schulbuch brauchen wir nicht, und auf der anderen Seite wird es als zuverlässiges Medium angesehen und bekommt dadurch eine gesteigerte Bedeutung, wenn es sozusagen eine Art sanktioniertes Wissen enthält. Herr Vergin fragte nach der Wende in den osteuropäischen Ländern, und Sie haben auch in die Richtung gefragt. Wir haben im Georg-Eckert-Institut Konferenzen und sehr intensive Kontakte mit Rußland, mit Polen, mit Tschechien und mit den baltischen Ländern, besonders Lettland und Litauen. Da ist es nun so, daß in der Tat die alten Schulbücher wirklich total abgeschafft worden sind. Es gibt eine Menge Schulbücher, die neu geschrieben wurden, und die sind auch ausgesprochen interessant. Es gibt dort eine wirkliche Neuorientierung. Natürlich kann man immer noch einzelne Schulbücher kritisieren, aber der Weg dahin ist, glaube ich, richtig. Auch in den baltischen Ländern, wo anfänglich erste Schulbücher die großen nationalen Helden herausgestellt haben, was ja psychisch sehr nachvollziehbar ist. Aber diese Tendenz ist jetzt über-

wunden, und es ist jetzt doch eine reflektierte, auch multiperspektivisch angelegte Darstellung. Das gilt für die Länder, die ich genannt habe. Für Rußland gibt es ein privatwirtschaftlich organisiertes Institut, in dem Professoren von der Universität arbeiten und sehr viele Schulbücher für alle möglichen Fächer schreiben. Ein paar ganz interessante Sachen liegen schon vor. Wir haben nächste Woche eine Konferenz über die Frage, wie der Sozialismus, die sozialistische Vergangenheit dargestellt wird. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt. Sie sprachen von den Schulbuchuntersuchungen der Opposition. Die kenne ich nicht. Es würde mich außerordentlich interessieren, sie zu bekommen. Es ist ja so, daß das Georg-Eckert-Institut vor der Wende nicht mit der DDR Schulbuchkonferenzen durchführen konnte, denn wir sind ein internationales Institut, wir hätten damit die DDR sozusagen als eigenen Staat anerkannt. Wir haben aber die Sammlung der DDR-Schulbücher, und wir haben auch eine ganze Reihe von Interessenten, die Dissertationen zu dieser Thematik schreiben. Ja, Herr Jacobsen, mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, so ganz plötzlich angesprochen, kann ich Ihnen das nicht in allen Einzelheiten sagen. Ich gehe davon aus, daß es genannt wird, das wohl. Da müßte ich noch einmal genau forschen, wieweit es wirklich realisiert ist. Und Sie hatten die Frage gestellt nach der Totalitarismustheorie. Das gibt mir doch noch die Gelegenheit, auf etwas Wichtiges hinzuweisen. Die Lehrer und die Lehrer der Lehrer, die in den 60er, 70er Jahren unterrichtet haben, haben den Geschichtsunterricht im Nationalsozialismus erlebt. Sie hatten die große Erfahrung, daß Geschichtsunterricht ein Gesinnungsfach ist und instrumentalisierbar. Daher war für viele, die zu dieser Zeit gearbeitet haben, der Gedanke prägend, wir müssen dieses Fach sozusagen argumentativ begründen, damit es solche Zumutungen abweist. Nun gab es in der Bundesrepublik drei Erlasse. Der erste war der über die Ostkunde von 1956, dann gab es den Totalitarismuserlaß 1962, und 1978 gab es „Die deutsche Frage im Unterricht“. Alle drei Erlasse wurden höchst kontrovers diskutiert, sowohl an der Universität wie unter den Lehrern, und zwar weil sie eine politische Instrumentalisierung von oben fürchteten. Man muß, glaube ich, sehr diesen Hintergrund bedenken, wenn man diese Fragen erörtert.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Frau Becher. Herr Eppelmann hat eine kurze Nachfrage.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Und zwar deswegen, weil für meinen Eindruck meine mir sehr wichtige Frage an Sie nicht beantwortet worden ist. Vielleicht liegt es daran, daß Sie die Konferenz noch nicht hatten. Mich interessiert tatsächlich die Antwort auf die Frage, was wird heute in den neuen Bundesländern über die Deutsche Demokratische Republik gelehrt.

Prof. Dr. Ursula A. J. Becher: Über das, was im Unterricht gelehrt wird, kann man überhaupt nichts sagen, das weiß ich nicht. Und bei Büchern ist es ebenso, außer daß die Bücher westdeutsche sind, zum großen Teil, und daß „Volk und Wissen“ ein Geschichtsbuch für die neuen Bundesländer entwickeln wird, das noch nicht fertig ist. Und was die Lehrer jetzt tun, ob sie, wie

einige von Ihnen vermuten, eigene Materialien einbringen, das weiß ich nicht. Die Grundlage jedenfalls sind die uns bekannten Schulbücher aus Westdeutschland.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ja, bitte Herr Vergin. Aber wir müssen jetzt auf die Zeit achten.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Heißt das, daß die Wiedervereinigung sich bisher nicht niederschlägt in der Geschichte und Gemeinschaftskunde der deutschen Bücher?

Prof. Dr. Ursula A. J. Becher: Sie hat die große Wirkung gehabt, daß der Geschichtsunterricht anders organisiert ist, was die Inhalte betrifft. Wir beschäftigen uns sehr viel mehr mit der Zeitgeschichte. Das 20. Jahrhundert nimmt jetzt einen großen Raum ein. Das ist zum Beispiel schon eine große Veränderung. Man hat heute einen anderen Blick auf die Periodisierung, im Wissen um 1989. Das kann man sehr wohl sehen. Dann haben die meisten Schulbücher, nur einige Schulbücher sind neu, im Grunde noch einmal Kapitel angefügt über die Wende von 1989 und das, was sie bedeutet für Europa.

Herr Elm, ich habe nicht ganz verstanden, was Sie gemeint haben mit der Periodisierung. Also der erste Teil Ihrer ersten Frage.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ja, die Aussage, so habe ich es doch richtig herausgehört, daß es in den 70er und 80er Jahren zu differenzierteren sachlichen Urteilen über die Entwicklung der DDR kam. Mein Problem ist, ich habe den Eindruck, daß jetzt in den 90er Jahren, im Rückblick sozusagen, dieser damalige Prozess der Versachlichung, der Differenzierung zurückgenommen, kritisiert wird, und es begegnen uns wieder Wertungen, Urteile, die an die 50er und frühen 60er Jahre erinnern.

Ilse Spittmann-Rühle: Das stimmt insofern, glaube ich, als man heute sehr viel mehr weiß, auch über innere Vorgänge in der DDR, daß man manches, was heute als Schönfärberei angesehen wird, nun wieder zurücknimmt. Wenn man an diese beiden „Zeit“-Bücher denkt, über diese beiden Reisen von den Zeit-Redakteuren, das war eine absolute Beschönigung. Das haben wir damals schon zum Teil so gesehen, und heute weiß man es erst recht, weil man auch viel genauer Bescheid weiß. Zum Teil war es auch inszeniert. Die sind ein bißchen naiv rangegangen. Die haben vieles geglaubt, was ihnen vorgespielt wurde. Das ist das eine, und das andere ist, daß natürlich heute zum Teil auch die Schlachten von gestern wieder geschlagen werden. Das kann man wohl auch so sehen. Was den Totalitarismus angeht, das Problem bei der Totalitarismuskonversation war doch, das war eine Theorie, die gemacht worden ist durch Analyse des Nationalsozialismus, was ja vorbei war. Wenn Sie so wollen, in-between eine tote Gesellschaft. Darf ich ausreden?

(Zwischenruf)

Sie wurde dann auch angewendet auf den stalinistischen Kommunismus. Sie hatte, was die Grundstrukturen angeht, zu dem Zeitpunkt nicht unrecht. Aber,

das war ein statisches Bild; es richtete sich aus an Idealtypen, an idealtypischen Vorstellungen. Deshalb, weil sie eine statische Theorie war, konnte sie die Veränderung nicht erfassen. Das war die eigentliche Ursache dafür, daß man in den 60er Jahren, als sich die Politik allmählich veränderte, davon abgerückt ist. Das waren auch Schlachten, die da geschlagen worden sind, das muß man dazu sagen. Wenn man heute wieder darauf zurückkommt, dann einfach deshalb, weil in den 70er und 80er Jahren so viele politische Dinge im Vordergrund standen – das wollte ich auch in Bezug auf die Westmedien vorhin sagen –, politische Interessen, auch politische Wünsche und Ziele, daß man vieles, was so nicht mehr stimmte für die zeitgenössische DDR und den zeitgenössischen Kommunismus, wegdrückte. Heute weiß man sehr viel mehr zum Beispiel über das innere Repressionssystem, das Thema hier. Und zwar sehr sehr viel mehr und schlimme Dinge, und so kommt das wieder. Ja, und dann also die SED-Propaganda gegen die Nazis. Wissen Sie, mein Vorwurf, der hier drin steckte, war ja nicht, daß Sie eine Kampagne gemacht haben, sondern daß Sie die Bundesrepublik nur unter solchen Kriterien gesehen haben wie umgekehrt wir auch. Das war nicht mein Vorwurf, sondern eine Beschreibung der Dinge. In der Bundesrepublik ist zum Beispiel diese Globkeaffäre immer differenzierter betrachtet worden, auch weil man einiges wußte, weil da was hinter den Kulissen mit der Kirche gespielt hat. Ich habe es trotzdem nicht für richtig gehalten, selbst wenn man Globkes subjektive Einstellung in Betracht zog, daß man ihn in diese Position, in diese herausgehobene Position gebracht hat. Das war der Bundesrepublik schädlich, na gut, andere haben das anders gesehen. Nur hat man hier immer sehr differenziert darüber geurteilt und Sie nicht. Das ist also, wenn schon überhaupt, ein Vorwurf. Außerdem muß ich daran erinnern, Herr Elm, erstens haben Sie auch eine ganze Menge erfunden, Sie hatten eine ganze Fälscherwerkstatt im MfS, darüber haben zwei dieser Fälscher inzwischen ein Buch geschrieben. Außerdem hatten Sie auch Nazis.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Frau Spittmann. Damit die noch auf der Rednerliste stehenden Herren noch eine Chance haben, habe ich erstens mit dem Vorsitzenden vereinbart, daß die Diskussion um zehn Minuten verlängert werden kann. Zweitens, die Bitte an Sie, Herr Dr. Busse, sich möglichst kurz zu fassen.

Dr. Peter Busse: Herr Eppelmann, Sie fragen: Wie wurden die Stimmungsberichte zur Kenntnis genommen, mit Mißtrauen, Neugierde, und wurden die Bürger ernstgenommen? Neugier mag auch mitgespielt haben, aber das Mißtrauen war wohl vorherrschend, und ernstgenommen wurden die Bürger nur insoweit, als man Maßnahmen einleitete gegen die Bürger und nicht für die Bürger. Es wurden Schlüsse daraus gezogen, wie man auch die Verbindungen und so weiter abstellen konnte, nicht wie man in den Verbindungen etwas verbessern konnte, und so weiter, da gibt es sicher viele Beispiele. Diese Informationskampagnen wurden sicher im Großen und im Kleinen gestartet, ohne daß ich Ihnen nun einzelne so plastisch vorführen könnte. Zur Frage ganz kurz von Herrn Professor Jacobsen, daß da in der Hauptabteilung XX eine ganze Menge aus dem Bereich da ist, den Sie angesprochen haben, Verbindungen

über andere Probleme, da haben wir eine ganze Menge gefunden. Herr Poppe hat vorhin aus Kenntnis seiner Vorgänge, glaube ich, auch heftig genickt, daß er bei sich auch so etwas gefunden hat.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Busse. Ich darf die zweite Fragerunde eröffnen, das Wort hat Herr Maser. Sie können über alles sprechen, nur nicht über 90 Sekunden.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich bin sehr froh, daß wir in der Diskussion auf das kommen, was uns in dieser Anhörung eigentlich interessiert, nämlich die Nachwirkung; wir waren ja zunächst sehr stark retrospektiv. Zunächst zu der Frage der Schulbücher. Dazu ist schon einiges gesagt worden. Mich würde interessieren, ob wir auch ganz kurz etwas zu der Rolle der Lehrer sagen können. Die besten Schulbücher nutzen natürlich überhaupt nichts, wenn die Lehrer, die einst in Staatsbürgerkunde und anderen Fächern brilliert haben, heute nur leicht „gewendet“ und dermaßen rasch überholt den Unterricht nach den neuen Büchern machen. Wenn man immer mal wieder mit Schülern in den neuen Bundesländern in direktem Kontakt ist, wie in den letzten Tagen gerade wieder, dann erlebt man, wie problematisch das dann wird. Und wenn man über Schulbücher und ihre Auswirkung redet, wird man natürlich auch über die Persönlichkeiten der Lehrer, die das vermitteln, was in den Schulbüchern enthalten ist und wie sie das vermitteln, reden müssen. Eine Frage an Frau Spittmann. Ich habe mir hier einen Satz notiert: Grundmuster bleiben lebendig aus der Medienlandschaft Ost/West bis zur Mauer. Hier würde ich natürlich nun gerne hören: Wie bewährt sich das im einzelnen, wenn man sich etwa den ORB ansieht oder die Presselandschaft und so weiter. Ich habe schon den Eindruck, daß sich hier dieses Wort „Grundmuster bleiben lebendig“ auf eine vielleicht unerwartete Weise doch bestätigt. Vielleicht können Sie hier noch etwas dazu sagen.

An Herrn Busse habe ich die Frage: Sie haben eigentlich nur ganz kurz über die Entstehung dieser Stimmungsberichte gesprochen. Welche Rolle haben bei der Erstellung dieser Berichte die IM gespielt? Wir hören ja heute oft die Version: Ja, wir haben mit der Stasi geredet, weil wir die informieren wollten, die sollten direkte Informationen haben, die sollten wissen, was die Menschen denken, fühlen und so weiter. Läßt sich nach Ihren bisherigen Studien beobachten, daß Berichte der IM hier verarbeitet worden sind? Wie sind sie verarbeitet worden? Hat das eine Rolle gespielt? Vielleicht auch etwas zur Qualität der IM-Berichte, wenn die da eine Rolle gespielt haben. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Maser. Nun Herr Professor Faulenbach in gewohnter Kürze.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Busse, Sie haben gesagt, die Westwahrnehmung in der Bevölkerung sei von der Stasi verzerrt wiedergegeben worden. Es habe so etwas wie eine logisch-verzerrte Wahrnehmung gegeben. Können Sie sagen, auf welcher Ebene die Verzerrungen stattfanden? War das schon der Fall bei der Wahrnehmung von „Realität“ durch die IM? Oder han-

delt es sich um eine schrittweise Reduktion und Verzerrung, wobei auf den höheren Ebenen die ideologische Filterfunktion verstärkt einsetzte? Oder handelt es sich um einen durchgängigen Zug bei der Wahrnehmung der Westorientierung in der Bevölkerung?

Zu Frau Spittmann. Sie haben das Bild des Westens in den DDR-Medien seit den 70er Jahren nicht mehr thematisieren können. Die Sprache ist offenbar eine andere geworden. Wurde das Bild des Westens in den DDR-Medien in den 70er Jahren gleichsam spiegelbildlich zum Bild der DDR im Westen differenzierter? Oder dominierte seit den 70er Jahren die Reaktion auf die Medien des Westens?

Schließlich zu Frau Professor Becher, die eindrucksvoll dargestellt hat, wie wenig gefüllt die Bilder des Lebens im Westen und im Osten jeweils gewesen sind. Zum Bild der West-Schulbücher noch einmal gefragt: Haben wir es hier nicht mit einem generellen Manko sozialhistorischer Forschung bezogen auf die Zeitgeschichte zu tun, das sich hier ausgewirkt hat auf das DDR-Bild in den Schulbüchern? Was das Bild der DDR-Bücher von der Bundesrepublik angeht, so würde mich interessieren, inwieweit außer dem Imperialismusbegriff der Vorwurf einer mangelnden Bewältigung des NS in den Schulbüchern der 80er Jahre noch eine Rolle gespielt hat. Und wie kam – das wäre ja im Hinblick auf die Nachwirkung wichtig – die parteienstaatliche Realität der Bundesrepublik in den Schulbüchern der DDR in den Blick?

Zuletzt noch die Bemerkung: Ist nicht generell zu berücksichtigen, daß wir auch im Bereich der Geschichtswissenschaft erst jetzt den Versuch machen, ein Bild zu entwerfen, das die DDR-Erfahrungen, die bundesdeutschen Erfahrungen und ihre Verschränkungen jeweils aufgreift, so daß wir im Hinblick auf die Schulbücher einräumen müßten, daß diese auch nicht viel weiter sein können als die Historiker an den Universitäten und Forschungsinstituten?

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Faulenbach. Herr Professor Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Zwei Fragen an Frau Becher. Sie haben mit Ihrem Befund, daß in den 70er, 80er Jahren in den Schulbüchern der BRD die Totalitarismustheorie zurückgegangen ist, mir Probleme aufgegeben. Ich kann das nämlich aus eigenen Erfahrungen nicht bestätigen. Es gibt ja doch verschiedene Bundesländer mit jeweils unterschiedlichen Ausgaben, und ich weiß nicht, ob Ihr Befund generell für die Bundesrepublik galt. Ich möchte das daher noch einmal problematisieren, weil ich der Auffassung bin, daß, wenn man nicht mehr mit einem platten Totalitarismus arbeitet, sondern mit einem differenzierten, daß damit jede totalitäre Fragestellung aus der Untersuchung ausgeblendet ist. Es ist ja gerade so, daß immer wieder die Forderung erhoben wird auf dem Hintergrund der industriellen Entwicklung, die Totalitarismustheorie weiter auszdifferenzieren. Herr Mampel hat vor kurzem noch festgestellt, daß dieses Theorem eigentlich noch gar nicht die theoretische Reife hat, um es als Totalitarismustheorie zu bezeichnen. Ganz abgesehen davon,

daß ich der Auffassung bin, daß es nicht *die* Theorie gibt, sondern verschiedene Facetten. Das zum einen. Zum anderen, Sie haben den Lehrplan der DDR 1983, ich betone 1983, zitiert und schreiben, als Ziel des Unterrichts gilt Abscheu und Haß, Zitat: Abscheu und Haß der Schüler gegenüber dem Imperialismus zu vertiefen. Wir haben in der Enquete-Kommission im umfänglicheren Sinne mit der Feindbildproblematik zu tun. Ich denke, die steckt hier dahinter. Jetzt machen Sie mich aber insofern nachdenklich, als Ihr implizit gegebener Befund über die Wirkung der Schulbücher, von dem Sie gesagt haben, holzschnittartig, im Grunde genommen wirkungsproblematisch impliziert. Oder gar wirkungslos? Interpretiere ich Sie richtig, wenn ich sage, daß der Versuch des Systems, über die Schulbücher Feindbilder zu erzeugen, nicht geglückt ist? Würden Sie mir noch recht geben, wenn ich sage, daß auch andere Versuche unter Umständen deswegen so schwierig sind, weil in unserer Informationsgesellschaft eigentlich diese Feindbilderzeugung nicht mehr klappen kann? Auch die DDR war bereits unter bestimmten historischen Gesichtspunkten eine solche Informationsgesellschaft.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Schönen Dank, Herr Burrichter. Herr Professor Mocek.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Ja, auch noch einmal zu Frau Becher, ich fürchte aber, daß sie das alles gar nicht mehr schaffen wird. Mir ist dieses dichotomische Modell selbst nicht ganz klar. Es war doch so, daß beide deutsche Staaten in einem feindlichen Kontext zueinander standen. Wie war es denn den Schülern zu erklären, ganz konkret bezogen auf die Lehrersituation, daß im Ernstfall Deutsche auf Deutsche schießen werden? Das kann man doch nicht irgendwie mit Geschichtsmodellen umgehen, nicht wahr? Jedes Land lag im Trefferbereich des Atomertschlages der anderen Seite. Das mußte doch den Schülern irgendwie gesagt werden. Und da müßte man doch irgendwie auch etwas finden, weshalb die eine Seite gegen die andere in der Wertigkeit und im Anspruch zumindest etwas geltend macht. Wie sollte denn der Schulbuchschreiber über diese Hürde drüber weg und das etwa gar negieren wollen? Das sehe ich gar nicht ein. Vielleicht haben Sie mal in die Unterrichtshilfen reingeschaut, ob es dazu Erläuterndes, was über den groben Holzschnitt hinaus ging, gab. Die BRD hatte im DDR-Schulbuch keine eigene Bedeutung, schreiben Sie auch in Ihren Thesen, sagten es auch. Also ich finde, gerade das Gegenteil war der Fall. Die BRD war in diesen Schulbüchern die Fortsetzung eines falschen, für ganz Europa gefährlichen Kurses des alten Deutschlands. Sie war eigentlich die Alternative zu DDR. Sie stand immer, diese Alternative, bedeutungsvoll gegen, und war doch nicht etwa bedeutungslos. Ich kann diesen Satz überhaupt nicht verstehen.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank! Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich will da mal anknüpfen. Frau Becher, Sie haben die Themenkomplexe genannt, die vorrangig auf beiden Seiten in den Schulbüchern vorkamen. Das hat mich sehr überrascht, daß das auch

auf Gegenseitigkeit so dürftig ist, was an den Schulen geboten wurde. Deshalb meine Frage, ob sich im Laufe der Zeit dort etwas geändert hat. Zum Beispiel gibt es ja das Wort, von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen. Zu verschiedenen Zeitpunkten ist dieses Wort gefallen. Dieses muß doch zu einer Änderung der Feindbildsituation, insbesondere in der DDR, geführt haben. Die offizielle Politik war zumindest in den Worten anders wahrnehmbar in dieser Zeit. Sie versuchte sich hochzustilisieren als Friedenswächter in Europa, so habe ich das jedenfalls partiell in Erinnerung. Die zweite Frage, die ich an Sie habe: Wie wurde in den Schulbüchern der DDR die Entspannungspolitik in den 70er und 80er Jahren reflektiert und erläutert?

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Hiller.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Und in der Bundesrepublik, selbstverständlich.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Und nun, last but not least, Herr Professor Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe zwei Fragen. Eine an Herrn Busse. Sie haben kurz gesagt, daß das MfS auch versucht hat, im Westen die Wahrnehmung über die DDR und die Verhältnisse aktiv zu beeinflussen. Können Sie uns kurz ein paar Angaben machen, wie man sich das vorzustellen hat. Zum zweiten, an Frau Spittmann, ich fand Ihren Aufriß, die wechselseitigen Bilder an den Konjunkturen vor allen Dingen der bundesdeutschen Deutschlandpolitik festzumachen, beeindruckend. Ich brauche mich ja nur zu erinnern, daß es so war, wie Sie es dargestellt haben. Wobei die DDR-Medien-Situation meiner Meinung nach eigentlich falsch bewertet ist in dieser Gleichsetzung, weil ich glaube, daß wir es in der Regel mit SED-Sprachlenkung in allen Formen der Medien zu tun hatten, die unserer Differenzierung auf westlicher Seite im Grunde gar nicht entsprach. Was nun den berühmten Alltag der Deutschen im anderen Teil des Landes angeht, glaube ich, muß man wenigstens hier für das Protokoll anmerken, daß hier die Rolle und Bedeutung von DDR-Literatur für das DDR-Bild in der Bundesrepublik gesehen werden muß. Ich glaube, das ist viel viel wichtiger als Schulbücher und ist auch in vielen Fällen wichtiger gewesen, wirkt auch immer noch nach, wichtiger als das, was in den Medien lief.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Manfred Wilke. Ich darf im Podium die Antworten abfragen in umgekehrter Reihenfolge, das heißt zunächst Herrn Dr. Busse bitten.

Dr. Peter Busse: Welche Quellen wurden für diese Stimmungsberichte ausgeschöpft? Im Prinzip alle Möglichkeiten, die man überhaupt hatte, in erster Linie natürlich auch die IM-Berichte. Ganz besonders wurden die Postsendungen ausgewertet, die Abteilung M wurde über die Jahre hinweg immer wieder angewiesen, in diesem Bereich eine ganze Menge zu tun, Telefonkontrollen auch. Anpassung der Wirklichkeit an die Ideologie: Ich glaube, das ist mehr in

den AKG's und in der ZAIG erfolgt. Dort wurde das ja verdichtet und weitergegeben, und da ist diese Anpassung an die Ideologie passiert.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Busse. Frau Spittmann.

Zwischenruf: Die aktiven Maßnahmen des MfS im Westen?

Ilse Spittman-Rühle: Die Grundmuster, Herr Maser. Ich hatte eigentlich im Sinn dabei, wenn ich sage, daß die heute wieder aufleben, daß dieses Osten: Unfreiheit und arm und Westen: Freiheit und reich, insofern wieder auflebt, als sowohl der Osten als auch der Westen, 1990 und noch länger fest davon überzeugt war, daß der Westen das ganze Problem mit der Wiedervereinigung knick-knack lösen wird. Sie werden sich erinnern, ich will die blühenden Landschaften nicht zitieren. Aber das war ja ganz allgemein so. Das war vor allen Dingen bei den Ostdeutschen so, dieses „Jetzt geht's aber los, jetzt kriegen wir die DM und also westliche Verwaltung und Gesetze und damit ist alles geregelt“. Ich glaube, daß ein ganz großer Erfolg der SED in dieser Abschürfung besteht. Denn bei allen Bemühungen und allen auch späteren Erleichterungen und Verbesserungen hat sie dazu geführt, daß man sich wirklich fremd geworden ist, einfach weil das zwei verschiedene Systeme waren, zwei Lebenswelten, die sich auch ganz auf das private Leben ausgewirkt haben. Wir wußten es nicht, wir wußten nicht genug, wir wußten immer irgendwas, aber wenn wir jetzt gucken, dann war es die Oberfläche. Wie das demokratische System wirklich funktioniert, wußten die Ostdeutschen nicht und sind zum Teil entsetzt, wie das funktioniert. Soviel Bürokratie, das höre ich immer wieder, hat es noch nie gegeben. Diese ganzen schwierigen Rechtsgeschichten, daß man sich um jede Versicherung selber kümmern muß, daß das alles so in Einzelheiten zerfällt, um die man sich alle selber kümmern muß, das war in der DDR nicht, da gab es eine Zentralversicherung. Für jedes eigentlich eine zentrale Stelle, das meiste regelte der Betrieb. Da ist eine Riesenenttäuschung da. Von anderen Sachen will ich gar nicht reden. Das habe ich eigentlich gemeint. Aber, es ist jetzt auch natürlich ein bißchen variiert, dieses Ost/West-Grundmuster, sehr viel mehr, als das früher war: Wir sind die Underdogs im Osten, die Benachteiligten, wir schaffen das nie, wie lange sollen wir eigentlich noch warten, zumal es im Westen immer schlechter wird, der Westen verändert sich zum Negativen, wir sind immer die Gelackmeierten. Während im Westen natürlich immer noch so eine Stimmung ist: Was wollen die eigentlich, da haben sie nun die Freiheit, da haben sie nun viel bessere Einkaufsmöglichkeiten und und und. Wir schicken da so viel Geld rüber, da sind die immer noch undankbar. Wieweit sich das im Rundfunk und in der Presse auswirkt, ich glaube, da kann man nicht die Presse sagen, ORB sagen, das tut mir furchtbar leid, ich lebe in Köln, ich kann den leider nicht empfangen. Ich weiß von meiner Familie, daß im ORB sehr viel mehr die Alltagsprobleme und Alltagsnöte der Menschen zu Worte kommen als im Westen. Das ist ganz klar. Was die Presse angeht, die teilt sich ein bißchen. Die Ostpresse, die jetzt vom Westen beherrscht wird, von westlichen Verlagen, westlichen Journalisten, die hat ein anderes

Bild als beispielsweise „Neues Deutschland“ oder „Junge Welt“. Da kann man manchmal auch lesen, wo man nur mit den Ohren schlackert, was woanders gar nicht erscheint. Die 70er Jahre, Herr Faulenbach, man kann natürlich noch viel mehr Perioden bilden. Vor allen Dingen bis Anfang der 70er Jahre, auch noch bis Mitte der 70er Jahre eigentlich, war alles gefährlich, was aus dem Westen kam. Alles, was an politischen Initiativen war. Ich erinnere mich noch, ich glaube, das war 1967, wie Ulbricht gesagt hat, die Ostpolitik der großen Koalition ist Aggression auf Filzlätschen. Die wollen uns so hintenherum ver-einnahmen. Das hat sich allmählich geändert. Man hat dann sogar noch zu Ulbrichts Zeiten, das war Otto Reinhold, eine neue Theorie entwickelt, nämlich die des staatsmonopolistischen Kapitalismus, um diese neuen Entwicklungen und auch Beziehungen irgendwie einzufangen, denn es paßte absolut nicht in die alte Imperialismustheorie mit dem faulenden und absterbenden Kapitalismus. Der war noch höchst lebendig, der Kapitalismus, nach dem staatsmonopolistischen Muster war der zwar auch zum Absterben verurteilt, aber er lebte nun noch sehr viel länger als vorgesehen, und zwar deshalb, weil er Instrumentarien und Regularien entwickelt hatte, um die spontan entstehenden Krisen in den Griff zu kriegen, also ein gewisses Planungsinstrument einbrachte. Das war eine Theorie von Otto Reinhold. Reinhold hat die wahrscheinlich gar nicht auf Befehl gemacht, sondern weil ihm selber klar war, daß man so mit den anderen Sachen nicht mehr operieren konnte.

Zwischenruf: Er hat sie auf Befehl gemacht. Das ist nicht von alleine gekommen.

Wie auch immer. Das war die Grundlage dafür, daß man auch in den Medien, in der Öffentlichkeit die Bundesrepublik und den Westen etwas anders beurteilte. Nicht mehr mit diesen früheren Klischees, sondern auch etwas differenzierter. Nach dem NATO-Doppelbeschluß, der Raketenkrise, ist ja die DDR zusammen mit anderen osteuropäischen Staaten ein bißchen auf Konfrontation zu den Russen gegangen. Diese Politik paßte ihnen gar nicht, weil sie eine Verschärfung sahen, die den Beziehungen dieser Länder zum Westen schaden mußte. Da wurde die Berichterstattung über die Sowjetunion auf bestimmten Feldern sogar ausgesprochen feindlich.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Frau Spittmann. Frau Becher steht vor der undankbaren Aufgabe, vieles in Kürze zu beantworten.

Prof. Dr. Ursula A. J. Becher: Herr Maser hatte auf die Wichtigkeit des Lehrers hingewiesen. Da haben Sie natürlich vollkommen recht. Schulbücher kann man zwar lesen, Schüler konnten sie lesen. Aber was, wenn die Lehrer einen anderen Unterricht geben? Das ist wohl wahr. Also die Rolle des Lehrers und die Bedeutung des Lehrers. Da haben wir in Deutschland, und zwar in ganz Deutschland, wirklich das Problem, daß wegen der eingeschränkten Haushaltslage in den Bundesländern ja kaum Lehrer eingestellt werden, daß die Lehrer überaltert sind. Es sind unter ihnen sicher sehr gute Lehrer, das will ich damit nicht bestreiten, aber der Diskurs der Generationen kommt nicht vor,

und dieser wäre ganz wichtig auch hinsichtlich der Interpretation hier. Faulenbach hat sicher recht, wenn er sagt, daß die Sozialgeschichte ein Defizit innerhalb der Zeitgeschichte ist. Diese Kritik würde ja für die Politikbücher weniger zutreffen, die den Alltag zum Thema machen, was den Westen betrifft. Darauf bezog sich meine Kritik. Was Sie sagten über die Nichtaufarbeitung der NS-Herrschaft, stimmt sicher, denn wenn man diese DDR-Bücher liest, kann man diese Lektüre nach einer Weile gar nicht mehr durchhalten, weil immer ein Schlagwort auf das andere folgt. Da heißt es fortwährend der Faschismus, der Imperialismus und der Kapitalismus. Das sind solche Worthülsen, daß die Frage berechtigt ist, die mir auch gestellt wurde von Herrn Burrichter, ob denn der Versuch geglückt sei, dieses Feindbild zu erreichen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wirklich diese Wirkung erreicht wurde. Angesichts allein der Sprache, die angewandt worden ist. Natürlich hatte Herr Burrichter recht, ich habe große Linien gezogen und konnte auf Differenzen nicht eingehen. Sie haben auch darin recht, daß die einzelnen Bundesländer sich schon unterscheiden. Wenn hier von Totalitarismus die Rede war, ist von dem Totalitarismuserlaß von 1962 die Rede, der nun doch sehr holzschnitthaft ist, und daß es daneben andere Totalitarismustheorien gibt, da haben Sie natürlich vollkommen recht. Sie hatten eigentlich die Frage an mich gestellt, ist nicht ein dichotomisches Modell notwendig, so habe ich Sie verstanden. Wenn Sie sehen – ich hatte ja die Systemvergleiche genannt, die bis zuletzt behandelt wurden –, dann werden natürlich Vergleiche gemacht. Man muß reflektiert vorgehen. Ich hatte einige positive Beispiele genannt. Im anderen Fall sind sie einfach nicht zutreffend und werden von den Schülern auch als Versuch der Indoktrination empfunden. Sie wunderten sich, daß die Bundesrepublik (in den DDR-Büchern) so wenig behandelt wird. Das entsprach nicht Ihrer Erfahrung, so sagten sie. Aber: Thema Geschichtsbücher, der größte Anteil im Buch 1988 sind 20 Seiten von 336, auf denen die Bundesrepublik überhaupt vorkommt. Das liegt zum Teil daran, daß die Bundesrepublik als Teil des Imperialismus betrachtet wird. Sie spielt nicht die Hauptrolle. Daran zu erinnern ist ganz wichtig. Die USA ist die Führungsnation, daneben ist die Bundesrepublik ganz unwichtig. Herr Hiller hatte die Frage gestellt, ob sich die Feindbildsituation in der DDR nicht im Zusammenhang der Entspannungspolitik geändert habe. Von Entspannungspolitik ist zwar die Rede, aber immer nur so, daß die Bundesrepublik ihren Feindbildcharakter nicht verliert, sondern die friedliebenden Kräfte in der DDR und die Politik der SED sind auf Frieden ausgerichtet, so ist das dargestellt. Man muß sagen, daß, wenn man die letzten Veröffentlichungen sieht, im Grunde ein Gegendiskurs geführt wurde. Gerade im Volksbildungsbereich sind keinerlei Aufweichungserscheinungen zu sehen.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Frau Becher. Vielen Dank, Frau Spittmann. Vielen Dank, Herr Busse, für Ihre Beiträge hier im Podium. Ich danke auch allen Teilnehmern der Diskussion und gebe das Wort zurück an den Vorsitzenden, den Abgeordneten Herrn Eppelmann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, liebes sachverständiges Mitglied. Es ist immer wieder, jetzt fehlt mir das passende Wort, auch amüsie-

rend, Ihre Gesichter zu beobachten. Man merkte es, daß Sie nicht bloß zuhören, sondern zum Teil sind die Wahrnehmungen, die geäußert worden sind, auf Ihren Gesichtern gewesen. Auch wenn so einzelne Vokabeln wiedergekommen sind, war es prachtvoll, in Ihre Gesichter sehen zu können. Wollte ich Ihnen bloß mal so sagen. Ansonsten liegen wir für unsere Verhältnisse gut im Rennen. Da wir außerdem Professor Faulenbach als Moderator für das letzte Drittel haben, bin ich guten Mutes, daß wir, obwohl wir 20 Minuten später in unsere nächste Runde reingehen, dennoch unser Klassenziel erreichen werden. Also meine Hoffnung ist, 16.10 Uhr hier pünktlich wieder zu beginnen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren. Wir kommen zum Schlußteil unserer heutigen Anhörung. Wir haben uns in den vergangenen Stunden mit der Vergangenheit auseinandergesetzt. Wir müssen nun die Gegenwart stärker in den Blick nehmen. Wir wollen vor allem versuchen, im Hinblick auf die „Therapie“ einige Vorstellungen zu entwickeln. Bevor wir aber zu Vorschlägen für die „Therapie“ kommen, müssen wir noch einmal versuchen, einiges an empirischem Material in die Diskussion einzuführen.

Ich darf Ihnen deshalb die beiden Referenten vorstellen, die jetzt zunächst ein knappes Referat halten werden. Da ist einmal Professor Dr. Hans-Dieter Klingemann. Er ist Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und Direktor am Wissenschaftszentrum in Berlin für Sozialforschung. Er hat zahlreiche Publikationen veröffentlicht, forscht gegenwärtig auf dem Gebiet des Wandels und der Konsolidierung demokratischer Systeme und führt vor allem eine breit angelegte Studie über Werte und Wertewandel in Mittel- und Osteuropa durch. Zum anderen wird referieren Herr Professor Dr. Richard Münchmeier. Er ist Professor für Sozialpädagogik an der Freien Universität Berlin. Er ist jüngst in der Öffentlichkeit besonders hervorgetreten als Leiter der 12. Shell-Jugendstudie „Zukunftsperspektiven – gesellschaftliches Engagement – politische Orientierungen“. Ich darf Sie bitten, in der hier nötigen Knappheit Ihre Ergebnisse über die Befindlichkeiten und politischen Orientierungen im heutigen Deutschland vorzutragen. Ich weiß, daß die Kürze der Zeit eine Zumutung ist, ich muß Sie trotzdem bitten, sich an den Zeitrahmen zu halten. Bitte sehr, zunächst Herr Professor Dr. Klingemann.

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann: Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe mich über die Einladung gefreut, zumal die Breite des Themas, das mir gestellt wurde, „politische Orientierung“, einen Interpretationsspielraum läßt, der sozusagen mir auch gestattet, mich über etwas zu äußern, das mir gegenwärtig in meinen Forschungen tatsächlich am Herzen liegt. Und die fünfzehn Minuten verbieten ohnehin, daß Ihnen hier sozusagen ein Überblicksartikel abgeliefert wird. Zum zweiten will ich versuchen, Sie so wenig wie möglich mit Zahlen und abstützenden zusätzlichen Entschuldigungen, daß das eine oder das andere ja auch nicht zutreffen möge, zu behelligen. Ich werde die Gelegenheit nutzen, um etwas zuzuspitzen, um Ihnen in der Diskussion, wenn Sie dazu Fragen haben, dann auch im Detail zu antworten.

Vorhin hat es hier geheißt, die Grundmuster bleiben lebendig. Dies ist in einem weiteren Sinne auch die Frage, die ich hier stellen möchte. Ich möchte fragen, warum die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, im Mai 1997 – das ist die Umfrage, auf die ich mich stützen werde – einen historischen Tiefpunkt erreicht hat. Nur knapp die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, genau 49 %, kam hier zu einem positiven Urteil. Vor sechs Jahren, kurz nach der Wiedervereinigung, waren noch mehr als zwei Drittel mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden. In der alten Bundesrepublik lag dieser Anteil immer knapp an der 80 %-Grenze. Die Bürger, die in den neuen Bundesländern leben, und die Bürger, die in den alten Bundesländern leben, schätzen die Situation deutlich unterschiedlich ein. Während in den alten Bundesländern die Bürger noch zu etwas mehr als der Hälfte, nämlich 53 %, glauben, daß die Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, sehr gut oder zufriedenstellend ist, sind es in den neuen Bundesländern nur etwas knapp mehr als ein Drittel, 35 %, die dieses meinen. Das heißt umgekehrt, daß etwa zwei Drittel der Bürger und Bürgerinnen in den neuen Bundesländern mit der Art und Weise, wie unsere Demokratie funktioniert, nicht zufrieden sind. Ich meine, dieser Befund ist bedeutsam, weil er darauf schließen läßt, daß die Bürger die demokratischen Institutionen in unserem Lande, wenn das so weitergeht, nicht mehr in der gleichen Weise unterstützen werden, wie das früher als selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Woran liegt das? Welche Folgen hat das?

Es gibt eine Reihe von Erklärungsversuchen, warum die Bürger in den neuen Bundesländern die Demokratie und das Funktionieren der Demokratie schlechter einschätzen als die in Westdeutschland. Es wird zumeist damit erklärt, daß sie sozusagen den demokratischen Sozialismus auch internalisiert haben, das heißt, daß sie von einem Grundmuster der Beurteilung ausgehen, das eben in der DDR so realisiert wurde. So lauten die prägnanten Formulierungen: „Vereint und doch verschieden“, oder „Spaltung der Deutschen“, oder es ist die Rede von den zwei politischen Gemeinschaften in Deutschland, hier auf ein kulturelles Interpretationsmuster gestützt. Ich werde dazu kurz noch etwas erklären. Es spricht einiges dafür, daß sich die Wertmuster der Bürger in den alten und in den neuen Bundesländern unterscheiden. Zum Beispiel, wenn man danach fragt, welches Gewicht denn Freiheit oder Gleichheit haben soll, dann sind die Bürger in den neuen Bundesländern sehr viel stärker der Meinung, daß Gleichheit und nicht Freiheit an erster Stelle zu stehen habe. Und wenn Sie etwa fragen, und das ist ja durch die „Frankfurter Allgemeine“ und unsere Kollegin Noelle-Neumann in die öffentliche Meinung eingedrungen, ob der Sozialismus eine gute Idee war, die nur schlecht ausgeführt wurde, dann finden Sie auch, daß in den neuen Bundesländern mehr als drei Viertel der Bevölkerung dieser Meinung sind, aber es sind auch in der alten Bundesrepublik über 60 %, die das meinen. Also, es spricht durchaus etwas dafür, daß die Bürger in den neuen Bundesländern sich in ihrem Demokratie-Verständnis von denen in den alten Bundesländern unterscheiden.

Wir haben in der Umfrage, die ich angesprochen habe, folgendes angesehen. Wir haben die Verfassung der DDR von 1974 hergenommen, das Grundgesetz hergenommen und haben dann Rechtsstaat, die liberalen Freiheitsrechte, die demokratischen Grundinstitutionen und die sozialen Rechte, die dort kodifiziert sind, thematisiert und gefragt: Gehört das denn zur Demokratie dazu? Dann haben wir gefragt, bis zu welchem Maße diese Zielvorstellungen in der Politik der Bundesrepublik heute realisiert sind. Die Ergebnisse sind für mich faszinierend; ich will sie hier ganz kurz festhalten. Numero eins, das Demokratieverständnis der Ost- und Westdeutschen unterscheidet sich nur in Nuancen. Man sollte meinen, und das ist auch der Fall, daß die sozialen Rechte von den Bürgern in der ehemaligen DDR stärker betont werden, das hatte ja schließlich auch Verfassungsrang, während es im Grundgesetz so nicht zu finden ist. Aber die Unterschiede liegen nur bei fünf Prozentpunkten und nicht mehr. Was die Elemente der Demokratie betrifft, kann man eigentlich nicht von einem großen Unterschied zwischen den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer sprechen. Zum zweiten, wenn Sie sich ansehen, wie die Bürger meinen, daß diese Elemente, diese zentralen demokratischen Normen bei uns realisiert sind, dann kann einem, je nach dem Fell, das er sich zugelegt hat, auch durchaus angst und bange werden. Ich hatte ja versprochen, keine Zahlen vorzulegen. Aber wenn die Bürger in den neuen Bundesländern zu 61 % der Meinung sind, daß die Gleichheit vor dem Gesetz zu wünschen übrig lasse, dann ist das etwas, was mich nachdenklich stimmt. Und wenn ich mir ansehe, daß 60 % der Bürger in den neuen Bundesländern meinen, daß die freie Berufswahl nicht gewährleistet ist oder daß in Bezug auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit nur 57 % meinen, daß sie realisiert sei, dann muß man sagen, hier ist ein Befund, der zumindest diskussionswürdig ist. Nebenbei, wenn Sie fragen, ein Parlament, das die Interessen der Bürger vertritt, ein Parlament gehört zur Demokratie, das meinen die meisten, aber nur 31 % in Gesamtdeutschland sind der Meinung, daß wir das tatsächlich haben, und der Prozentsatz liegt in den neuen Bundesländern bei 24 %.

Ich fasse zusammen und sage, das Demokratieverständnis der Bürger in den alten und den neuen Bundesländern ist weitestgehend ähnlich. Die Urteile darüber, wie diese demokratischen Normen jeweils realisiert sind, sind in Teilen sehr bedenklich, und das gilt vor allem für das Urteil der Bürger in den neuen Bundesländern. Nun sind das Demokratieverständnis und die Werte eine Möglichkeit, zu erklären, warum die Bürger denn so unzufrieden sind mit dem Funktionieren der Demokratie. Der gängige Erklärungsansatz ist, wie hieß das vorhin so schön, die Grundmuster bleiben lebendig: Der demokratische Sozialismus ist in den Köpfen, und weil die Bundesrepublik Deutschland eher das liberale Demokratiemodell und eben nicht das des demokratischen Sozialismus realisiert hat, deshalb sind die Bürger in den neuen Bundesländern unzufrieden. Eigentlich eine eingängige These, Noelle-Neumann sagt das ja auch immer wieder und belegt sie mit Daten.

Es gibt allerdings auch eine andere Möglichkeit, die Unzufriedenheit in Deutschland insgesamt und in den neuen und in den alten Bundesländern zu

erklären. Diese alternative Erklärung könnte schlicht in einer Leistungsbeurteilung der Politik und dem Erscheinungsbild von Politik in der Bundesrepublik liegen, also in der Wahrnehmung etwa einer andauernden Leistungsschwäche der Politik und in der Wahrnehmung mangelnder Integrität so mancher Politiker. Wir haben diese Alternative versucht empirisch zu überprüfen. Wir haben gefragt nach der Zufriedenheit der Bürger mit den Leistungen der Bundesregierung, wir haben gefragt nach der Vermutung, inwieweit Inhaber öffentlicher Ämter etwa der Bestechung oder der Korruption zugänglich sind. Das möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten. Das ist etwas, was doch auch zu denken gibt. Daß fast keiner oder nur einige Inhaber eines öffentlichen Amtes an Bestechung und Korruption beteiligt seien, das meinen nur 47 %. Das heißt, 53 %, und zwar in den alten, in den neuen Ländern und in Gesamtdeutschland, sind der Meinung, daß die Integrität nicht vollständig gegeben ist. Zum zweiten, die wirtschaftliche Lage wird katastrophal beurteilt, und da unterscheiden sich wiederum die Bürger der alten und der neuen Bundesländer überhaupt nicht. Wenn Sie, wie gesagt, die Einschätzung der Leistungen der Bundesregierung betrachten, dann sind in der Republik 21 % zufrieden, und zwar unisono, egal, ob sie nun vielleicht den demokratischen Sozialismus im Kopfe haben oder eben nicht, 21 % in den alten und in den neuen Bundesländern und in der Bundesrepublik insgesamt. Preisfrage ist natürlich, ich schenke mir hier wieder die Feinheiten und die technischen und methodischen Anmerkungen: Was ist es denn nun, ist es die Ideologie, oder ist es die Leistungsbeurteilung, die zu diesem Mißvergnügen an der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland im Augenblick funktioniert, geführt hat?

Das Resultat ist relativ eindeutig. Es ist nicht die Ideologie, es ist die Leistungsbeurteilung. Wir haben eine Analyse durchgeführt, die das ziemlich eindeutig belegt. Am Ausgangspunkt stand eine Frage: Warum sind die Deutschen mit der Art und Weise, wie die Demokratie heute in der Bundesrepublik funktioniert, nicht zufrieden? Woran könnte das liegen? Diese Frage findet eine eindeutige Antwort. Es liegt nicht daran, daß die Bürger in den neuen Bundesländern etwa nostalgisch ihrem demokratischen Sozialismus nachtrauern, sondern es liegt daran, daß sie wie die Westdeutschen ein Leistungsdefizit und ein Defizit im Erscheinungsbild der deutschen Politik wahrnehmen. Ich bedanke mich.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Klingemann. Es folgt sofort Herr Münchmeier. Bitte sehr.

Prof. Dr. Richard Münchmeier: Sehr geehrter Herr Vorsitzende, meine Damen und Herren. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einige wenige Befunde aus der neuesten Shell-Studie vorzustellen. Dies hat den Vorteil, daß die Daten relativ frisch sind, ungewöhnlich frisch für übliche Verhältnisse, sie sind erhoben worden Ende November, Anfang Dezember im letzten Jahr. Erlauben Sie also einen relativ aktuellen Blick auf die Situation junger Menschen im vereinten Deutschland und die Einstellungen und Orientierungsmuster in Ost und West. Die Daten, die ich Ihnen vorstellen möchte, basieren auf einer repräsen-

tativen Erhebung von 2.100 jungen Menschen zwischen zwölf und vierundzwanzig, also eine altersmäßig relativ breite, von der Größe der Stichprobe her nicht allzu opulente, aber doch immerhin für Aussagen, die ich hier treffen möchte, repräsentative Stichprobe. Ich kann sehr gut anschließen an das, was Herr Klingemann zuletzt gesagt hat. Seine These wird glänzend bestätigt, auch durch unsere Befunde. Ich werde Ihnen nachher dazu noch einiges zeigen. Zunächst aber eine Erweiterung dieser These. Die Menschen beschäftigen sich im allgemeinen weniger mit der politischen Idee von Demokratie, sondern sind ausgelastet mit der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme und erwarten sich hierfür von der Politik Rahmenbedingungen, Ressourcen und Hilfestellung. Wenn die Menschen das Gefühl haben, daß sie mit wachsenden Problemen in der Bewältigung ihrer alltäglichen Lebenssituation belastet werden und gleichzeitig von der Politik, ich formuliere bewußt so pauschal, im Stich gelassen werden, dann, so scheint es, vergrößert sich ihre Unzufriedenheit.

Ganz am Anfang unseres Fragebogens, also auf einem Fragebogen an taktisch besonders günstigem Platz und ohne jede Vorgabe unsererseits, haben wir Jugendliche aufgefordert, offen zu benennen: Was sind deiner Meinung nach die Hauptprobleme Jugendlicher heute? Wir haben nicht gefragt nach Problemen der Gesellschaft, wir haben nicht gefragt nach Problemen der Zukunft, wir haben gefragt nach Problemen der Jugendlichen. Die große Überraschung, was Sie hier jetzt auch sehen können, ist, daß die Jugendlichen antworten, indem sie Probleme, Zukunftsprobleme der Gesellschaft benennen: Arbeitslosigkeit, Finanznot, Verlagerung der Arbeitsplätze ins Ausland etc. etc.. Selbst wenn man junge Leute fragt, was ihrer Meinung nach die Probleme Jugendlicher seien, dann antworten sie mit dem Verweis auf die heute in den Medien, in der Politik und überall diskutierten Grundprobleme gesellschaftlich politischer Zukunft. Wir finden zugleich einige charakteristische Unterschiede zwischen Ost und West. In Bezug auf Arbeitslosigkeit finden wir keinen Unterschied, das liegt im Zufallsbereich. Wohl aber finden wir hier einen Unterschied: Lehrstellenmangel wird fast doppelt so häufig in Ostdeutschland benannt, wohl ein Reflex der realen Situation. Mangelnde Freizeitgelegenheiten werden ebenfalls wesentlich häufiger als von westdeutschen Jugendlichen benannt, ähnlich Kriminalität, wie gesagt, hier ist die Wahrnehmung jeweils abgefragt, die sind keine Experten, sind weder Kriminologen noch Wirtschaftswissenschaftler, sie geben wieder, wie sie die Welt wahrnehmen. Bei Geldproblemen finden wir einen Vorsprung in Ostdeutschland und hier ein Cluster, den wir mit diesen Schrägstrichen versucht haben zu beschreiben: Zukunftangst/ Perspektivlosigkeit, in Ostdeutschland immer noch eine drastischere Geschichte als in Westdeutschland. Das Erstaunlichste bei dieser Frage liegt ohne Zweifel im Umstand, daß junge Menschen, ich wiederhole es noch einmal, gefragt nach Jugendproblemen, antworten, indem sie gesellschaftliche Probleme benennen, und zwar gesellschaftliche Zukunftsprobleme. Was Herr Klingemann schon gesagt hat, zu dieser Wahrnehmung der Zukunft gehört die Wahrnehmung, daß Politik keine Wirksamkeit verspricht, daß Politik augenscheinlich unfähig ist in den Augen der jungen Menschen, die Probleme in den Griff zu

kriegen. Wir können sagen, so gut wie alle sind überzeugt, daß die Arbeitslosigkeit immer weiter wachsen wird, das Zukunftsproblem sein wird. So gut wie hundert Prozent sind davon überzeugt, daß es nicht gelingen wird, dieses Problem in den Griff zu kriegen. Ich denke, wenn man über Demokratieverdrossenheit, ein Wort, das mir ehrlich gestanden nicht gefällt, diskutiert, dann muß man diesen Hintergrund der Lebenslagen der Menschen mit in den Blick fassen. Sie sind keine Verfassungsrechtler, sie sind keine Menschen, die irgendeiner politischen Philosophie anhängen, sondern Menschen, die ihren Alltag bewältigen müssen und aus dieser Situation heraus die Demokratie betrachten.

Da haben wir die berühmten Shell-Fragen nach der Einschätzung der gesellschaftlichen Zukunft, nur so zur Erinnerung, was passiert ist im Jahre 1992. 1991 war die Zahl derjenigen, die eher zuversichtlich in die gesellschaftliche Zukunft geblickt haben, relativ hoch. Sie sehen den deutlichen Anstieg. Diesen positiven Anstieg haben vor allem die jungen Menschen in Ostdeutschland hervorgerufen, und entsprechend ist dieses inzwischen wieder zurückgegangen. Im Moment halten sich die Positiven und die eher düster Blickenden so ziemlich genau die Waage. Der Rückgang von ehemals 72 auf jetzt nur noch 50 %, wir können sagen, immerhin 50 %, wie man will, beruht vor allem darauf, daß in Ostdeutschland die jungen Menschen ihre ursprünglich positive Einschätzung korrigiert haben. Hier haben wir ziemlich genau die Angleichung Ost und West. Hier haben wir also keinen Unterschied mehr. Auch wenn wir nach Frauen Ost, Frauen West, Männer Ost, Männer West zerlegen, finden wir keine Unterschiede mehr.

Eine in der Jugendsoziologie allgemein anerkannte Frage, die für Ihre Arbeit eine große Relevanz besitzt, ist die Frage: Fühlst du dich eher als Erwachsener oder eher als Jugendlicher? In dem Moment, wo das Erwachsenwerden schwierig wird, gibt es eine wachsende Tendenz, sich eher als Jugendlicher zu fühlen. Zum Beispiel antworten Studierende, Studenten in aller Regel, sie fühlten sich als Jugendliche; Studentsein ist die klassische alimentierte Lebensform, ökonomisch abhängig, jedenfalls nicht selbständig. Dieser Status der vorläufigen oder eingeschränkten Selbständigkeit ist leichter zu ertragen, wenn man sagt, ich bin ja noch jung, das Erwachsenenleben kommt erst, als umgekehrt. Hier haben Sie wieder einen Vergleich, alte Bundesländer/neue Bundesländer, männlich/weiblich jeweils. Sie können unschwer sehen, daß in den neuen Bundesländern eine größere Bereitschaft darin besteht, sich noch als Jugendlichen wahrzunehmen. Dies ist sozusagen ein Reflex, eine Verarbeitungsleistung, eine psychische Verarbeitungsleistung, Schwierigkeiten des Erwachsenenlebens so zu kompensieren, daß man sagt, na ja, ich muß ja noch nicht, ich bin ja noch ein Jugendlicher. Genau den gleichen Effekt erzielen wir, wenn wir fragen: Wie schnell willst du erwachsen werden? Da gibt es eine Skala von eins bis zehn. Zehn ist ganz schnell. Und da sehen wir alte Bundesländer: 4,9, immer noch unter dem theoretischen Mittelwert, eins plus zehn ist elf, geteilt durch zwei ist 5,5, das wäre der theoretische Mittelwert, sie liegen also darunter. Aber die Jugendlichen in den neuen Bundesländern liegen noch

einmal drastisch darunter. Nur die Studierenden, die klassische alimentierte Lebensphase, erwachsen sein und doch nicht erwachsen sein, nur die wünschen sich ein noch langsames Tempo des Erwachsenwerdens. Die Jugendlichen in den neuen Bundesländern gleich darüber mit 4,1, also ein ganz deutliches Signal.

Interessant war in der Shell-Studie, die wir jetzt abgeschlossen haben, die Frage nach gesellschaftlichem Engagement, nach der Bereitschaft sich zu engagieren, sich politisch zu betätigen, Mitglied in Gruppen zu werden. Hier finden wir ebenfalls erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West. Das sind zunächst die formellen Gruppierungen gleich welcher Art, also solche Organisationen, zu denen man dann gehört, wenn man eine Art Mitgliedstatus erwirbt. Das bedeutet nicht unbedingt, daß man einen schriftlichen Aufnahmeantrag stellen muß, es sind aber Institutionen, wo man die, die dazugehören, und die, die nicht dazugehören, sehr deutlich voneinander unterscheiden kann. Die Bereitschaft Mitglied zu werden ist über die Zeitverläufe nicht unbedingt stabil, vor allem bei den Frauen nicht. Wenn wir zuerst den Ost- West-Unterschied betrachten, dann sehen wir, daß die faktische, von den Jugendlichen bekundete Mitgliedschaft in formellen Organisationen sehr viel niedriger liegt als in Westdeutschland. Wenn wir es noch geschlechtsspezifisch differenziert betrachten, dann können wir sehen, daß insbesondere die Frauen in Ostdeutschland einen Nachholbedarf haben, wenn man so frech überhaupt reden darf, daß sie aber dabei sind, diesen Nachholbedarf inzwischen mit großem Tempo auszugleichen. Die Bereitschaft sich zu engagieren ist geringer als in Westdeutschland, und das hat verschiedene Gründe. Gefragt haben wir natürlich auch nach der Parteienaffinität. Es geht auf diesem Schaubild von oben, CDU, SPD, Bündnis. Wenn Sie zunächst einmal auf die Kategorie „Keine“ gucken: Keine Partei steht mir alles in allem genommen näher, dann sehen wir, daß in Ostdeutschland die Zahl derjenigen, die das bekundet, und es ist kongruent zu Ihrem Ergebnis, Herr Kollege, ungefähr 50 % beträgt, 47 % ist unser Ergebnis. Es hält sich in dem Rahmen, wie andere Studien das auch benannt haben. Egal, um welche Gruppierung es sich handelt, Sie sehen, in Ostdeutschland ist die Affinität zu diesen Gruppierungen immer etwas niedriger als in Westdeutschland, unter der Maßgabe, daß die Mehrheit sowieso sagt, da will ich nichts mit zu tun haben. Ein ähnliches Profil erhalten wir bei der Befürwortung institutionalisierter politischer Aktivitäten. Das sind die, die in eine Partei eintreten oder in der Jugendorganisation einer Partei mitarbeiten, im Vorstand, im Ortsverein irgendwelche Tätigkeiten übernehmen etc. etc., also die ganze Vielfalt der Möglichkeiten, die es institutionalisiert gibt in unserem Lande, mitzutun, politische Aktivitäten auszulösen. Und da haben wir wieder einen doch erheblichen Unterschied zwischen Ost und West. Ostdeutschland zeigt deutlich geringere Werte im Vergleich zu Westdeutschland. Man darf nicht alles auf den Unterschied Ost/West zurückführen, der Bildungsstand spielt auch eine sehr große Rolle. Man muß sich hüten, daß man nicht einlinear redet, als ob man alles nur durch Ost- West-Unterschiede erklären könnte. Das ist nämlich nicht der Fall.

Ich möchte Ihnen noch ein letztes Problem vorführen. Es ist sehr sehr gefährlich, wenn man Ihr Thema angeht auf der Ebene von Meinungsforschungsbeurteilungen. Darunter verstehe ich eine Forschung, die einzelne Items abfragt, also einzelne Fragen oder Statements stellt und dann um Zustimmung oder Ablehnung bittet, die dann Statement für Statement, Item für Item interpretiert. Das ist deshalb hochriskant, weil das Antwortverhalten situativ hoch anfällig ist. Passiert heute irgendetwas und geht durch den Fernseher, antworten die Menschen morgen vielleicht in der Tendenz schon etwas anders. Deswegen sind wir in der seriösen Sozialforschung längst dazu übergegangen, Skalen zu bilden. Wir fassen also zwölf, acht, sechs oder auch mal zwanzig Items zu einer Skala zusammen und berechnen dann Skalenmittelwerte, also den Mittelwert aus all diesen Items, weil wir hoffen, daß sozusagen die Fehler, die immer drin sind in solchen Geschichten, sich dadurch sozusagen ausgleichen, stabilisieren. Wir bewegen uns sozusagen auf sichererem Gelände, auf ganz sicherem nicht. Wir haben in der letzten Shell-Studie fünf solcher Skalen aus den qualitativen Studien heraus völlig neu konstruiert. Eine dieser Skalen heißt „politische Anomie“, ich lese Ihnen mal vor, welche Items da drin sind: Es ist heute alles so in Unordnung geraten, daß niemand mehr weiß, wo er eigentlich steht. Oder: Die Dinge sind heute so schwierig geworden, daß man nicht mehr weiß, was los ist. Oder: Heute ändert sich alles so schnell, daß man oft nicht weiß, woran man sich halten soll. Oder: Den meisten Menschen fehlt ein richtiger Halt und so weiter, und so weiter. Sie ahnen, wofür diese Überschrift „Anomie“ steht. Wenn wir jetzt wieder vergleichen, können wir deutlich sehen, daß die jungen Menschen in Ostdeutschland einen erheblich höheren Skalenmittelwert auf dieser Anomieskala erreichen. Es ist nur eines der Beispiele, die man nennen könnte. Andere sprechen von Orientierungslosigkeit, den Ausdruck finde ich auch brauchbar, in einem bestimmten Zusammenhang vielleicht nicht ganz so glücklich. Offensichtlich nehmen viele junge Leute ihre derzeitige Situation in einer gewissen Ratlosigkeit wahr. Auf gut bayerisch: Wie man es macht, ist es sowieso falsch, irgendetwas muß man machen. Anomie ist das Gefühl, daß man ein Problem sieht, das man nicht ganz durchschauen kann, dessen Abhilfe man sich aber auch nicht vorstellen kann, gleichzeitig aber weiß, daß man handeln muß. Also in einer Umwelt sich bewegt, die extrem schwer kalkulierbar ist, die extrem wenig Perspektiven oder Halt anbietet. Zur Beschreibung der Befindlichkeit in Ostdeutschland ist, denke ich, ein solcher Befund als vorläufiger Befund sicherlich sehr gut geeignet. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Münchmeier. Vielen Dank auch noch einmal an Herrn Klingemann. Wir wollen jetzt nicht in eine intensive Diskussion dieser beiden Referate eintreten. Ich möchte nur die Möglichkeit geben, ausgesprochene Verständnisfragen zu stellen, ansonsten möchte ich die Referate im Zusammenhang mit den anderen Beiträgen diskutieren lassen. Es gibt eine Verständnisfrage. Herr Jacobsen, bitte sehr.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Klingemann, eine Frage zu der Diskrepanz, die Sie aufgezeigt haben. Auf der einen Seite das mangelnde Vertrauen in demokratische Institutionen, Stichwort Parlament, Regierung und Parteien. Nehmen wir Ihre Zahlen als real an. Wie verstehen sich dann diese Zahlen vor dem Hintergrund der Tatsache, daß bei der Verwirklichung demokratischer Werte die Zahlen sehr viel höher liegen, von 90 bis 60? Wer aufgrund der Umfragen ist denn in einer Gesellschaft die Institution oder die Einrichtung, die dazu beiträgt, daß die demokratischen Werte verwirklicht werden? Diese Diskrepanz müßte irgendwie aufgeklärt werden. Könnten Sie da weiterhelfen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Klingemann!

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann: Die Frage lautete: Diese demokratischen Zielsetzungen können in einem unterschiedlichen Maß verwirklicht werden. Sagen Sie mir bitte zu jeder Zielsetzung, ob sie in Deutschland heute sehr stark, stark, nicht sehr stark oder gar nicht verwirklicht wird. Was das Parlament angeht, so sind in der Tat über 90 % der Meinung, daß es zur Demokratie als Konzept gehört. Sie sind aber gleichzeitig nur zu 31 % der Meinung, daß es ein solches Parlament in der Bundesrepublik tatsächlich gibt. Das heißt, sie nehmen es als sehr wichtiges Merkmal der Demokratie, aber an die Realisierung, daß sie das hier haben, das glauben sie nicht. Dasselbe zeigt sich etwa bei der freien Berufswahl. Das ist ja auch etwas, was verständlich ist. Wenn ich auf einen Jobmarkt gehe, wo ich noch nicht mal eine Lehrstelle kriege, dann würde ich vielleicht auch nicht sagen, daß die freie Berufswahl realisiert ist. Es meinen schon relativ viele, daß das zur Demokratie hinzugehört. Es ist ja auch so im Grundgesetz verankert. Das heißt also, daß hier die Normen der Demokratie und die Realisierung dieser Normen einfach ganz weit auseinanderklaffen. Daß das nicht immer so ist, daß die Bürger das durchaus differenzierter sehen, zeigt sich etwa bei freien und geheimen Wahlen, die auch als eine sehr wichtige Institution gesehen werden. Man sagt, freie und geheime Wahlen haben wir hier bei uns. Meinungsfreiheit haben wir hier auch, und Glaubens- und Gewissensfreiheit, die haben wir auch. Versammlungsfreiheit auch. Nur, wenn es darum geht: Recht auf Arbeit oder Recht auf Fürsorge im Alter oder Recht auf Schutz der Gesundheit, da sind die Bürger sehr viel kritischer, daß das in der Tat auch hier so ist, wie sie es sich das gerne wünschen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich meine, diese Frage war keine reine Verständnisfrage, sondern eine Frage zur Interpretation. Ich glaube, wir sollten jetzt zunächst einmal hier am Podium fortfahren, denn wenn wir jetzt weiter Anschlußfragen stellen, werden die ebenfalls in den Bereich dessen, was wir hier noch diskutieren wollen, führen.

Die beiden Kurzreferate haben in die gegenwärtige Situation eingeführt, die wir jetzt erörtern wollen, Wir schließen eine Diskussion an, die die gegenwärtige gegenseitige Sicht der Deutschen in Ost und West zum Gegenstand haben soll, wobei wir davon ausgehen, daß dabei ältere Prägungen in erheblichem Maße noch nachwirken, zugleich aber Stereotype oder Einstellungs- oder Ori-

entierungsmuster eine Rolle spielen, die sich womöglich in den letzten Jahren gebildet haben.

Ich darf Ihnen diejenigen vorstellen, die an dieser Diskussion teilnehmen werden. Zunächst, ich gehe jetzt von mir aus gesehen von rechts nach links: Frau Annette Simon. Sie ist Psychotherapeutin. Seit 1992 arbeitet sie als Lehrtherapeutin für die Arbeitsgemeinschaft für Psychoanalyse und Psychotherapie in Berlin. Sie hat eine Reihe von Veröffentlichungen vorgelegt, die auch in unserer Enquete-Kommission schon eine Rolle gespielt haben, so einen Versuch, die heutige ostdeutsche Moral und bestimmte ostdeutsche Verhaltensweisen aus der Gesellschaft der DDR zu erklären. Ich stelle Ihnen weiter vor Professor Dr. Heinrich August Winkler, seit Herbst 1991 Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Arbeiten, die Professor Winkler im Laufe der Jahre publiziert hat, kann ich hier nicht alle aufführen, es sind darunter außerordentlich wichtige Werke. Viele werden das dreibändige große Werk über Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik kennen oder auch seine Geschichte der Weimarer Republik. Heinrich August Winkler hat sich in den letzten Jahren vielfach zu Fragen deutscher Identität, zu dem Verhältnis von Deutschen Ost und Deutschen West geäußert. Des weiteren möchte ich Ihnen vorstellen Dr. Hans-Jürgen Fischbeck. Er ist von Beruf Physiker, war bis Ende 1991 an einem Forschungsinstitut der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig. Seit 1992 ist Studienleiter an der Evangelischen Akademie in Mülheim/Ruhr. Er gehört also zu denjenigen, die von Ost nach West gegangen sind und heute im Westen tätig sind. Er war seit Herbst 1987 in einer kirchlichen Oppositionsgruppe engagiert. Den Mitgliedern der Enquete-Kommission ist er als Mitverfasser der Expertise „Das Mauersyndrom, die Rückwirkung des Grenzregimes auf die Bevölkerung der DDR“ bekannt. Ich stelle Ihnen weiterhin vor, Sie sehen, wir haben ein großes Podium, Herrn Manfred Rexin, der über viele Jahre als Journalist gearbeitet hat; in den Jahren 1989 bis 1994 war er Leiter der Hauptabteilung Kultur und Zeitgeschichte des RIAS beziehungsweise des Deutschlandradios in Berlin. Er ist inzwischen zwar im Ruhestand, doch hier in Berlin für viele immer wieder als Diskutant und Publizist sichtbar oder hörbar. Schließlich Herr Ulrich Schacht. Er ist aufgewachsen in Wismar, wurde 1973 wegen „staatsfeindlicher Hetze“ verhaftet und verurteilt. 1976 wurde er in die Bundesrepublik entlassen. Er lebt heute als Schriftsteller und Chefreporter Kultur der „Welt am Sonntag“ in Hamburg. Es gibt von ihm zahlreiche Veröffentlichungen, etwa die Hohenekker Protokolle, Aussagen zur Geschichte der politischen Verfolgung von Frauen in der DDR, eine Veröffentlichung, die einen teilweise biographischen Hintergrund hat. Neben anderen Veröffentlichungen zu politischen Fragen hat er auch Lyrikbände publiziert. Soweit diejenigen, die hier am Podium sitzen.

Wir haben uns darauf verständigt, daß unsere Diskutanten am Podium in maximal zehn Minuten, möglichst aber unter zehn Minuten versuchen, unsere Frage nach dem Weiterwirken älterer Bilder und Klischees zu beantworten, gleichsam eine Diagnose formulieren und hoffentlich bereits ein paar Vorstel-

lungen entwickeln, wie in der gegenwärtigen Situation weiter zu verfahren ist. Wir fangen mit Frau Simon an. Bitte sehr.

Annette Simon: Ich habe ganz kurz thesenhaft etwas zusammengefaßt, was ich als Psychotherapeutin im Moment sehe. Die Teilung Deutschlands war ein Ergebnis des von Deutschland angefangenen Zweiten Weltkrieges und ihr langes Weiterbestehen auch ein Resultat des sich anschließenden Kalten Krieges. Beide Teile hatten sich mit dem Erbe, mit der Schuld des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Die Geschichte wurde in beiden Teilen verschieden interpretiert und das Böse auf den jeweiligen anderen Teil projiziert. Diese Projektionen wurde durch die Teilung der Welt in zwei feindliche Lager noch verschärft und zugespitzt. Die Propaganda beider Seiten und die damit verbundenen Projektionen wirken bis heute weiter und erschweren die realistische Wahrnehmung voneinander. Daß die Propaganda der Ostseite dabei wesentlich dümmer, penetranter und undifferenzierter bis zum Schluß war, heißt nicht, daß sie nicht trotzdem gewirkt hat. Beide Seiten sahen sich in diesen Zerrbildern als Feindesland, die Bewohner des anderen Teils zum Teil auch als Feinde. In der DDR wurde diese Spaltung vorgenommen, da waren die bösen Klassengegner und auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, die unsere Klassenbrüder wären. Eine ähnliche Spaltung findet man in dem Versuch zu sagen, die Machthabenden in Pankow und Wandlitz, und die anderen sind unsere Schwestern und Brüder. Das sind natürlich Schablonen, wie wir vorhin ja auch in den Schulbüchern gehört haben. Man muß aber nicht denken, daß solche Schablonen, obwohl wir sie lange ironisiert und belacht haben, nicht wirken. Es gibt eben, wie wir aus der Psychoanalyse wissen, das Unbewußte, und das Unbewußte ist das, was wir nicht immer bewußt wahrnehmen, was aber weiterwirkt, und auch besonders, wenn Verunsicherungen auftreten, greift man wieder zu solchen Schablonen.

Mit dem Untergang der DDR ging für deren Bürger und Bürgerinnen auch Identität verloren. Wie auch immer hatten sich alle, die dort blieben, für die DDR angemessen verhalten müssen. Sie forderte eine Loyalität, die im Extrem mit dem Tod an der Mauer endete, wollte man sie verlassen. Für manche ging mit dem Untergang der DDR eine sozialistische Idee, eine Utopie, für andere eine gesicherte Gesellschaft und für wieder andere eine erlittene Gängelung und Unterdrückung vorbei. Mit diesem Verlust müssen Menschen erst einmal fertigwerden, übrigens auch mit dem Verlust des immer verachteten Gegners. Die sich nun neu bildenden Vorurteile von West und Ost dienen eigentlich zur Stabilisierung einer alten Gruppenidentität, übrigens auf beiden Seiten. In der Verunsicherung greift man zu neuen und alten Stereotypen. Auch die Bundesrepublik ist nicht mehr, was sie war, das ist ein allgemeiner pauschaler Satz. In der DDR gab es natürlich viel mehr Verunsicherung durch die Vereinigung, und trotzdem, denke ich, ist die Verunsicherung auf beiden Seiten da. Das Schlagwort von der Ostalgie beschreibt meiner Meinung nach etwas, was nur der Bewahrung einer alten Identität dient. Ich sehe aber auch im Westen so etwas wie Nestalgie, die Angst, daß das schön gebaute Nest durch die Neuen zerrupft und verdreckt wird und es verarmen könnte.

Es ginge darum, jetzt eine gemeinsame Identität zu finden oder zu schaffen. Das ist nach 40 Jahren verschiedener Entwicklungen sehr schwer und wahrscheinlich auch in der Schwierigkeit unterschätzt worden. Im Grunde stehen sich im Psychischen meiner Meinung nach zwei verschiedene Kulturen gegenüber, die zwar die gleiche Sprache sprechen, was uns immer eine bestimmte Gleichheit vortäuscht, aber das Wahrnehmen der wirklich gewachsenen Unterschiede erschwert. Vielleicht, Wolf Wagner beschreibt es in seinem Buch „Kulturschock Deutschlands“ recht gut, daß es eine Möglichkeit wäre, wenn man sich wirklich als verschieden begreifen würde, daß man dann sich der anderen Kultur mit mehr Neugier und weniger Werturteilen nähern könnte. Vielleicht könnte dabei auch helfen sich klarzumachen, daß es nicht unbedingt das Verdienst der Westdeutschen war oder ihre angeborene Überlegenheit, daß sie eine andere Besatzungsmacht hatten als die Ostdeutschen.

Es gab im Vereinigungsprozess sowohl sozial als auch ökonomisch große Ungleichgewichte, die die alte DDR selbst mitverschuldet hat, die aber vielen einzelnen das Gefühl geben, daß eine Siegerkultur ihr Land erobere. Man hört dann solche Sprüche wie, der Fuchs ist schlau und stellt sich dumm, beim Wessi ist es andersrum. Bei der Schaffung einer gemeinsamen Identität gibt es meiner Meinung nach verschiedene Möglichkeiten und Bestimmungsstücke. Eine Möglichkeit wäre, sich auf die Vergangenheit zu beziehen. Die jüngste Vergangenheit vor der Teilung war aber der Nationalsozialismus, mit ihm ist eine positive Identifikation nicht möglich. Deswegen könnte man sich gemeinsam auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus beziehen. Wir wissen aber alle, daß das keine Massenbewegung war und es nur wenige waren, die den Widerstand aufbrachten. Es wäre aber eine Möglichkeit, sich zum Beispiel auch auf den Widerstand und die Opposition in der DDR zu beziehen, die es ja in weit größerem Maße gab, als sie wahrgenommen wurden. Ich verweise nur auf das Buch von Mitter und Wolle „Untergang auf Raten“. Eine andere Möglichkeit zur Schaffung von Identität wäre gewesen, sich gemeinsame neue Symbole zu schaffen. Ich denke, daß da im Vereinigungsprozess einiges versäumt worden ist. Es wäre gut gewesen, eine neue Nationalhymne zu finden, eine neue Verfassung sich zu geben und mit der neuen Hauptstadt möglichst bald diese auch als solche zu nutzen.

Was psychologisch auch sehr wenig gut ist, ist diese Umbenennung aller Straßen. Dadurch bekommen die Leute das Gefühl, ihnen wird die Identität genommen. Der Kampf um den Palast der Republik oder der Kampf um das Ampelmännchen sind in ihrer Lächerlichkeit relativ ernstzunehmen, weil es ein Kampf um alte kulturelle Identität ist. Identität braucht jemand, weil er sein Selbstbild und seine Selbstachtung stabilisieren möchte. Wir müssen uns immer wieder klarmachen, daß im Osten viel Selbstachtung und Selbststabilisierung verlorengegangen ist, und zwar besonders in der älteren Generation. Ich denke, diejenigen, die zum Vereinigungszeitpunkt über 45 Jahre alt waren, haben das Gefühl bekommen, ihr ganzes Leben sei in Frage gestellt, zum Teil völlig zu recht, wie ich es sehe. Aber diese sehen es natürlich nicht so. Gerade

in dieser älteren Generation finden wir so verkrustete Stereotypen, während es in der jüngeren Generation, meiner Meinung nach, weniger der Fall ist.

Die andere Frage wäre, was können wir noch machen, um neue Identifikation zu setzen. Da ginge es um Gegenwart und Zukunft. Wie werden die DDR-Bürger in die Gestaltung von beiden einbezogen? Es ist zu einem Wechsel der Machteliten gekommen. Meiner Meinung nach auch zurecht. Aber trotzdem empfinden viele ihre neuen Westchefs nicht unbedingt als identitätsschaffend. Die Frage wäre auch, warum nicht viele Oppositionelle der alten DDR in Führungspositionen gekommen sind. Ich sehe da einen beiderseitigen Prozess. Einmal haben diese sich oft der Macht verweigert, noch aus einer alten Identität heraus, aus der DDR, daß man keine Machtposition einzunehmen habe, und andererseits gab es von der anderen Seite auch einen Ausschluß gerade dieser Leute von der Macht. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank, Frau Simon, die uns schon mit ihrem Beitrag in die Probleme hineingeführt hat. Es folgt Heinrich August Winkler.

Prof. Dr. Heinrich August Winkler: Meine Damen und Herren, das wiedervereinigte Deutschland ist auch heute noch in vieler Hinsicht ein gespaltenes Land. Daß es ein Land mit zwei politischen Teilkulturen ist, das zeigen uns immer wieder die Wahlergebnisse aus den alten und den neuen Ländern. Weniger ins öffentliche Bewußtsein gedrungen ist eine damit eng zusammenhängende Spaltung, die auf die gegenseitige Sicht der Deutschen in Ost und West einwirkt: ein höchst unterschiedliches Bild nicht nur der Geschichte des geteilten Deutschland, davon war heute nachmittag schon die Rede, sondern auch der gemeinsamen deutschen Geschichte vor 1945.

Ein zentrales Problem ist hierbei das Verhältnis von Demokratie und Diktatur. Gerade im Hinblick auf dieses Thema läßt sich ein kräftiges Weiterwirken von Stereotypen beobachten. Dabei gibt es ein leicht erklärliches Ost-West-Gefälle. Wenn es so etwas wie ein „Geschichtsbild West“ gibt, ist es ein kontroverses Produkt kontroverser Debatten, wie es dem Charakter einer pluralistischen Gesellschaft entspricht. Soweit wir verkürzend von einem „Geschichtsbild Ost“ sprechen können, schlägt sich darin auch heute noch die Tatsache nieder, daß es in der DDR bis 1989 ein Geschichtsdeutungsmonopol einer Partei, der SED, gab. Den Wirkungen dieses Monopols sich ganz zu entziehen, war wohl kaum möglich. Folglich ist es auch nicht erstaunlich, daß von diesen Wirkungen einiges fort dauert. Die Straßenumbenennungen wären dafür ein sehr sprechendes Beispiel, wobei die Debatten, die kontroversen, manchmal mindestens ebenso wichtig erschienen wie die Umbenennungen selbst. Ich füge hinzu: Über Dimitroff und Pieck mußte man nun wirklich streiten, und man konnte auch über Clara Zetkin streiten. Aber das ist nur ein Stichwort für die Diskussion.

Um meine Behauptung zu illustrieren, daß wir es in Deutschland mit zwei Geschichtskulturen nach wie vor zu tun haben, nenne ich das Stichwort der Weimarer Erfahrungen. In der alten Bundesrepublik verbindet man damit die Erinnerung an die Krisen und das Scheitern der ersten parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Daran fügt sich eine zweite Erinnerung, die an den erfolgreichen Versuch des Parlamentarischen Rats in den Jahren 1948/49, aus dem Scheitern der Weimarer Republik zu lernen und im zweiten historischen Anlauf, der nicht erkämpft wurde, sondern den wir einer Chance verdanken, die uns durch den glücklichen Zufall anderer Besatzungsmächte als im Osten gegeben wurde, eine wertgebundene, funktionstüchtige, repräsentative westliche Demokratie aufzubauen.

Das Weimar-Bild der SED war bekanntlich ein radikal anderes, nämlich im wesentlichen das ihrer Vorgängerin, der KPD. In letzter Instanz ist die erste Republik demnach am Klassenverrat der Sozialdemokraten gescheitert. Hitler wäre dieser Deutung zufolge nicht an die Macht gelangt, wenn sich Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer antifaschistischen Einheitsfront zusammengeschlossen hätten. Die richtigen Lehren aus Weimar habe die DDR gezogen: Das blieb bis zuletzt die Doktrin der SED.

Die politische Aktualität beider Sichtweisen liegt auf der Hand. Der Lesart „West“ entspricht das Postulat von der „Solidarität der Demokraten“. Der Lesart „Ost“, wenn ich die von der SED geprägte Geschichtsinterpretation vergrößernd so nennen darf, der Aufruf zur „Einheit der Linken“. Tatsächlich hätte es die erste deutsche Republik überhaupt nicht gegeben, wenn die Linke einig geblieben wäre. Die parlamentarische Demokratie beruhte auf der Bereitschaft der gemäßigten Kräfte in der Arbeiterbewegung und im Bürgertum, miteinander zusammenzuarbeiten. Die auf das Dogma vom Klassenkampf eingeschworene marxistische Vorkriegssozialdemokratie war, so gesehen, noch nicht demokratiefähig. Oder, um die These noch mehr zuzuspitzen: Die Spaltung der marxistischen Arbeiterbewegung war, so paradox das klingt, Vorbelastung und Vorbereitung der ersten deutschen Demokratie in einem.

Nicht nur im Hinblick auf die erste deutsche Demokratie können wir auf Schritt und Tritt bis heute anhaltende Wirkungen von historischen Stereotypen feststellen. Wenn wir uns den beiden deutschen Diktaturen zuwenden, ist der Befund derselbe. Das wird deutlich, sobald wir vor „Diktatur“ das Adjektiv „totalitär“ setzen. Würde die Verwendung dieses Begriffs auf eine Gleichsetzung höchst unterschiedlicher Herrschaftsformen, etwa jener Stalins und Hitlers, also auf das Stereotyp „rot gleich braun“ hinauslaufen, wäre dieser Begriff wissenschaftlich unbrauchbar. Aber neben Unterschieden gibt es eben auch Gemeinsamkeiten zwischen den genannten Regimen, Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Herrschaftsstrukturen und der Herrschaftsmethoden. Diese Gemeinsamkeiten heben die kommunistischen und faschistischen Diktaturen von autoritären Diktaturen mit weniger umfassendem Herrschaftsanspruch ab. Schon um diesen Unterschied nicht zu verwischen, ist ein differenzierter, ela-

stischer, für den historischen Wandel offener Gebrauch des Begriffs „totalitär“ sinnvoll.

Vernünftige Alternativen sind auch nicht erkennbar. Der gelegentlich zu hörende Vorschlag, doch besser von „moderner Diktatur“ zu sprechen, führt nicht weiter, sondern in die Irre. Er bescheinigt bestimmten Diktaturen eine Modernität, die einer kritischen Nachprüfung nicht standhält. Und was wären die Gegenbegriffe zu „moderne Diktatur“? Vormoderne oder postmoderne Diktatur etwa? Die Suche nach Ersatzbegriffen zu „totalitär“ hat bisher eher Verwirrung hervorgerufen als Klarheit gebracht.

Eine andere Gefahr ist meiner Ansicht nach noch größer. Ich möchte sie die nicht beabsichtigte sekundäre Apologie nennen. Würden wir aus Rücksicht auf Empfindlichkeiten in einem Teil der öffentlichen Meinung Ostdeutschlands den Begriff „totalitär“ tabuisieren, würden davon posthum nicht nur kommunistische, sondern auch faschistische Diktaturen, obenan die nationalsozialistische, profitieren. Mit der Entdramatisierung des Begriffs beginnt die Verharmlosung der historischen Wirklichkeit – bis hin zur Apologie. Ein kritischer Vergleich fördert immer Gemeinsamkeiten und Unterschiede zutage. Unkritisch wäre ein Vergleich, der die eine Diktatur zur Entlastung der anderen heranzieht. Das hat beim altbundesdeutschen Historikerstreit 1986 Ernst Nolte getan, als er den Holocaust aus dem Archipel GULag „abzuleiten“ versuchte. Aber es gibt auch die Apologie in der ideologischen Umkehrrichtung. Man kann die NS-Diktatur als Folie nehmen, um die DDR, mit Günter Grass' Romanhelden Theo Wuttke zu sprechen, als „kommode Diktatur“ erscheinen zu lassen. Bei dieser Art von Vergleich gerät die Berufung auf die deutsche Katastrophe, die Herrschaft des Nationalsozialismus, zum Vehikel politischer Entsensibilisierung: ein pathologischer Lernprozess.

Die Spaltung Deutschlands in zwei Geschichtskulturen ist ein Faktum, aber keines, mit dem wir uns abfinden müssen. Die Formel meines geschätzten Kollegen Hagen Schulze, es gelte, die unterschiedlichen Geschichtsbilder in Ost und West zur Kenntnis zu nehmen und zu tolerieren, diese Formel kann ich mir nicht zu eigen machen. Eine solche Harmonisierung von Gegensätzen, eine Art intellektueller Burgfriede, würde weder der Wissenschaft noch der Demokratie gut bekommen. Mit Blick auf das, was wir vom einstigen Geschichtsdeutungsmonopol der SED noch heute nachwirken sehen, sollte die Maxime gelten: Wir müssen diese Wirkungen ernstnehmen und uns mit ihnen auseinandersetzen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir haben hier schon zwei durchaus gegensätzliche Einschätzungen gehört und könnten eigentlich schon anfangen zu diskutieren. Aber wir haben noch weitere, die wir zunächst hören wollen. Herr Hans-Jürgen Fischbeck bitte.

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck: Ich möchte mich bedanken für die Einladung und mir die Bemerkung nicht verkneifen, daß ich mir vor 10 Jahren überhaupt nicht habe träumen lassen, einmal in diesem Hause an dieser Stelle zu sitzen.

(Beifall)

Ich denke, das muß auch mal gesagt werden.

Ich möchte etwas aus meiner Erfahrung als Studienleiter an der Evangelischen Akademie in Mülheim sagen, und zwar etwas über die Muster von Orientierungsverlusten und Orientierungslosigkeit in Ost und West, die meines Erachtens ganz verschieden sind und auch ganz verschiedene Ursachen haben. Nach der Wende erschien, wie wahrscheinlich alle von Ihnen wissen, ein Buch – wie ein Meilenstein gewissermaßen – unter dem Titel „Das Ende der Geschichte“ von Francis Fukuyama. Das Fazit dieses Buches war: Jetzt, wo der Kalte Krieg zu Ende und der Staatssozialismus zusammengebrochen ist, ist Antwort gegeben auf die Fragen der Geschichte, und das Ende der Geschichte ist da. Da bedarf es eigentlich keiner weiteren Orientierungen mehr, denn das Ziel ist erreicht, und man braucht auch nicht weiter zu fragen. So ungefähr könnte man dieses Fazit zum Ausdruck bringen. Das war nun aber doch eine sehr vor-schnelle Einschätzung.

Es muß doch weiter nach Orientierung gefragt werden. Beispielsweise gibt es ein Kooperationsprogramm der Bertelsmann-Stiftung mit den evangelischen Akademien in Deutschland unter dem Titel „Geistige Orientierung, Schritte ins dritte Jahrtausend“. Wenn denn das Ende der Geschichte da wäre, brauchte man keine Schritte mehr zu tun. Aber ich glaube doch, daß alle spüren, daß es notwendig ist, nach Schritten zu fragen, und wenn man Schritte gehen will, muß man auch nach Orientierungen fragen. Und da zeigt sich zunächst einmal in Ost und West, glaube ich, Orientierungslosigkeit, allerdings gänzlich verschieden. Auf der einen Seite haben wir Orientierungsverlust im wesentlichen im Osten, und auf der anderen Seite haben wir postmodernen Relativismus im Westen. Das sind verschiedene Muster mit ganz verschiedenen geschichtlichen und kulturellen Hintergründen.

Im Osten, glaube ich, ist es ziemlich deutlich, worin der Orientierungsverlust besteht. Da spielt der Zusammenbruch der sozialistischen Ideologie schon eine Rolle. Wir haben heute vormittag Interessantes darüber gehört: Daß sie als solche eigentlich wenig akzeptiert wurde, aber dennoch ganz erstaunlich nachgewirkt hat. Das spiegelt sich darin wider, daß, wie wir gehört haben, 71 % der Menschen in Ostdeutschland sagen, daß der Kommunismus eine gute Idee war, aber nur schlecht verwirklicht wurde, und daß selbst im Westen eine große Zahl von Menschen vielleicht nicht vom Kommunismus so etwas sagen würde, aber vielleicht doch vom Sozialismus. Das sind beides Ismen, das sind beides Ideologien. Dennoch gibt es also eine Nachwirkung, und die Orientierung an solchen Paradigmen, will ich sie mal nennen, ist eben zusammengebrochen. Da hat sich gezeigt: Dieser Kommunismus und dieser Sozialismus waren nicht die Antwort der Geschichte. Und was denn nun? Dieser Orientie-

rungsverlust ist zweifellos da. Der Orientierungsverlust hat aber natürlich auch eine existenzielle Komponente, und die dürfte im wesentlichen darin bestehen, daß mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland nun so viele berufliche Biografien entwertet worden sind, so viel verloren gegangen ist von dem, was Menschen zunächst einmal gewesen sind in ihrem eigenen Selbstverständnis. Gerade die berufliche Orientierung spielte für die Menschen im Osten eine sehr große Rolle, eine noch größere vielleicht als im Westen. Dies ist nun zusammengebrochen, und Ratlosigkeit ist auch da die Folge. Denn Beruf und Sozialität waren weitgehend identisch. Beruf und Arbeitsstelle waren der Ort sozialer Kommunikation. Andere soziale Kommunikation über Familie und Verwandtschaft hinaus gab es kaum und war auch von der SED weitgehend zerstört worden. Das sind die beiden wesentlichen Momente des Orientierungsverlustes im Osten.

Im Westen hingegen ist, ohne daß ich es hier groß darlegen muß, in der Wohlstandsgesellschaft ein ständiger Trend zur Individualisierung entstanden, zur Entsolidarisierung. Die persönliche Freiheit wurde weitgehend verstanden als eine Freiheit von Bindungen, eine möglichst große Freiheit von Verpflichtungen, ohne daß eine Antwort gegeben werden mußte und auch danach gefragt wurde, wozu eigentlich Freiheit da ist. Die Erlebnisgesellschaft ist entstanden, Hedonismus, diese Schlagworte kennen Sie alle, die brauche ich nicht auszuführen. Damit einher ging eine Diversifizierung der geistigen Einstellungen. Damit verlor der geistige Ort der Menschen an Bedeutung. Er wurde jedenfalls relativiert. Für mich als Studienleiter ist das ganz besonders deutlich geworden, als ich für mich ziemlich überraschend auf einen Konsens stieß: Auf die Frage, was denn nun eigentlich richtig sei, wonach denn nun eigentlich zu fragen sei, wurde mir gesagt: Wahrheit, wie bitte? Wahrheit gibt es doch gar nicht! Es gibt nur Interessen. Wahrheit ist ideologieverdächtig. Das scheint mir, und so ist es mir entgegengekommen, ein gesellschaftlicher Konsens in der Wohlstandsgesellschaft zu sein. Ansichten interessieren nicht, man hört sich nicht zu, was zählt, sind die Interessen. Und die sollte man möglichst nach demokratisch geregelten, allgemein akzeptierten Verfahren austragen. Dafür haben wir ein sehr gutes Modell in der Bundesrepublik gefunden. Ebenso wie dieser Relativismus der geistigen Einstellungen ist es zu einem Relativismus der beruflichen Orientierungen gekommen, das wissen Sie alle. Statt Beruf sind wechselnde Jobs gefragt. Diese Anforderung der Mobilität und der Flexibilität ist ja schon viel früher an die Menschen im Westen herangetragen worden als im Osten. Und dann fragt man sich, was eigentlich als Lebensorientierung bleibt, und man kommt zu der Antwort, es bleibt nichts anderes, als möglichst mehr Geld zu verdienen. Das ist die Orientierung, die bei dieser Relativierung dann übrig bleibt.

Diese Prozesse werden von der Soziologie meistens als Modernisierungsprozesse beschrieben. Die Menschen im Osten stehen jetzt da als diejenigen, die vergleichsweise unmodern sind. Ist denn die Antwort nun, daß sie sozusagen eine nachholende Modernisierung zu leisten haben? Ja, das ist offenbar die Anforderung, die an sie gestellt wird. Aber das geschieht im gleichen Moment,

wo eben diese postmoderne westliche Gesellschaft spätestens seit 1992 zur Kenntnis nehmen muß, daß sie nicht nachhaltig und damit nicht zukunftsfähig ist. Nun kommen die Osis und fragen: Was stimmt denn nun eigentlich? Diese Frage hat Frau Becher schon einmal gestellt, wenn auch mit einem anderen Akzent, und als eine typische Ostfrage in die Debatte geworfen. Ich denke, daß es doch viele Menschen im Osten gibt, die sie ernsthaft stellen ohne zu erwarten, daß ihnen die Antwort von anderen vorgegeben wird. Nein, sie fragen immer noch ernsthaft danach, während im Westen weiterhin nicht mehr ernsthaft danach gefragt wird, weil sie meinen, daß es die Wahrheit eigentlich gar nicht mehr gibt. Da meine ich, daß dieser Modernisierungsrückstand der Osis vielleicht im Grunde genommen sogar ein geistiger Vorsprung sein kann, wenn denn ernsthaft nach Wahrheit gefragt wird.

Und wie sollte man es tun? Da gibt es die Antwort, die in der Frankfurter Schule gegeben worden ist, die Antwort, die die Diskurstheorie zur Wahrheit gegeben hat. Man muß im Gespräch, im Diskurs nach der Wahrheit fragen, denn dort könne sich der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ entfalten. Wenn es ihn denn gibt, wenn es denn wirklich bessere Argumente gibt, dann gibt es ja doch auch so etwas wie Wahrheit. Dann gibt es vielleicht doch so etwas, was die Menschen doch verbindet, was doch gemeinsam ist und nicht nur der Zerfall in die verschiedenen Interessen.

Die Frage, die meines Erachtens heute steht und die gestellt werden muß, ist die, ob denn der postmoderne Zerfall der Vernunft in lauter Interessenvernunft überwunden werden kann durch eine neue Vernunft, durch eine neue Vernunft der Nachhaltigkeit, eine Vernunft des Überlebens. Ich denke, das ist die Frage, vor der wir stehen in Ost und West. Da sind möglicherweise die Fragen, die die Osis stellen, ganz wichtig, und ich könnte Beispiele dafür bringen, wie dies auch und gerade von solchen Menschen geschieht, die berufliche Perspektiven verloren haben, die arbeitslos geworden sind. Es gibt ein erhebliches Potential an Wissenschaftlern, die arbeitslos geworden sind, weil sie abgewickelt worden sind. Da, finde ich, sollten solche Projekte, wie sie von der Bertelsmann-Stiftung entwickelt worden sind, geistige Orientierungsschritte ins dritte Jahrtausend zu finden, viel stärker intensiviert und extensiviert werden, damit es zu einer Neugewinnung einer auch politischen Vernunft der Nachhaltigkeit kommt. Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Fischbeck für Ihren Versuch, auch kritische Fragen an die westliche Lebensweise in dieser Konstellation zu stellen. Es folgt Herr Ulrich Schacht.

Ulrich Schacht: Also, ich danke zunächst natürlich auch für die Einladung, hier in diesem Haus zum Thema etwas sagen zu können. Ich teile die Gefühlslage von Herrn Fischbeck außerordentlich. Nicht zuletzt deshalb, weil es dieses Haus war, das meine Mutter irgendwann im Herbst 1973, natürlich beim Hinterausgang, versuchte zu betreten, um eine Eingabe abzugeben für mich,

der ich mich gerade zu einem längeren Studienaufenthalt in Brandenburg befand. Über das Ende dieses Aufenthaltes wurde natürlich nicht in diesem Haus entschieden, sondern da, wo im Prinzip vom Anfang der DDR bis zum Ende alles entschieden wurde, ohne daß alles am Ende gelang, was man noch gerne entschieden hätte, beim Staatssicherheitsdienst.

Herr Professor Faulenbach hat gesagt, das Jahr meiner Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland war das Jahr 1976. Ich konnte zu dem Zeitpunkt natürlich nicht ahnen, daß ich gar nicht in der Bundesrepublik Deutschland angekommen war, sondern in der Gesellschaft des westdeutschen Sonderbewußtseins. Diesen Unterschied haben wir heute auszutragen. Denn die Gesellschaft des westdeutschen Sonderbewußtseins hatte mit ihrer kurzen Vorgeschichte in den frühen 60er Jahren im Prinzip, Ausnahmen bestätigen die Regel, nichts mehr mit dem historischen Prozessergebnis vom Herbst 1989 zu tun. Sie hatte, was die alte westdeutsche Gesellschaft zwischen 1949 und 1969 vielleicht konstituierte als eine gesamtdeutsch orientierte, was sich in der Verfassung widerspiegelte und was im Verfassungsgerichtsurteil von 1973 zum Grundlagenvertrag einmal *expressis verbis* und überdeutlich, überverbindlich seinen Niederschlag gefunden hatte, sie hatte im Grunde genommen ihre eigene Verfassungsgrundlage am entscheidenden Punkt verlassen. Dies kann belegt werden. Hier ist nicht die Zeit dazu. Ich habe ein paar Überschriften aus Büchern jener Jahre, als ich in der Gesellschaft des westdeutschen Sonderbewußtseins ankam, mitgebracht, damit es nicht zu hypothetisch wird an dieser Stelle. Der historische Zufall will es, daß natürlich einige der Verfasser, die auch inzwischen gelernt haben, das will ich gar nicht bestreiten, im Saal sind, das macht die Sache reizvoll. 1976 bin ich angekommen und bin in die Partei eingetreten als engagierter Mensch, die für mich, was ich auch nicht ahnen konnte, im Begriff war, ihre eigenen deutschlandpolitischen Begrifflichkeiten zu vergessen. Ich ahnte auch nicht, daß die gesamte Gesellschaft dabei war, ihre eigenen deutschlandpolitischen und damit freiheitspolitischen Begrifflichkeiten unter neuen Begriffen zu fassen, und diese Begriffe hatten eine Konsequenz für die Wahrnehmung der deutschen Teilung, des Geteilteins der Deutschen und der beiden Staatsmodelle, die in diesem Zusammenhang angeblich oder tatsächlich entstanden waren. Diese beiden Modelle waren auf einmal nicht Fragmente für eine besserer Zukunft, sondern Modelle im Vorgriff auf das Ende der Geschichte, das hier eben angesprochen wurde. Die Gesellschaft von 1976 ist deshalb natürlich nicht ohne Voraussetzung so überrascht gewesen von den Ereignissen im Herbst 1989. Sie saß ja mit Spitzenvertretern noch in den Verhandlungszimmern, hier in diesem Teil Berlins. Als draußen schon das Regime zusammenkrachte, wurden hier noch Perspektiven entwickelt, sagen wir mal, die Perspektive einer chemiewaffenfreien Zone, wo es dabei in diesem Teil Deutschlands nur noch um eine SED-freie Zone ging, im wahrsten Sinne des Wortes. Dieser Wirklichkeitsverlust klingt heute, wenn man ihn zugespitzt formuliert, lustig, er ist aber eigentlich furchtbar traurig.

Das Schlimme in diesen Tagen, im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung, ist etwas ganz anderes. Es gibt einen immer intensiver werdenden ansteigen-

den Prozess des Rückgriffs auf von der Geschichte, 1989/90 längst falsifizierte, also der Lüge, des Selbstbetrugs, des Irrtums überführte Begriffe der deutschen Geschichte, der deutschen Teilung und der beiden deutschen Staaten, was sie gewesen sind und was sie nicht gewesen sind. Damit haben wir heute zu tun. Ob die Mehrheit der Menschen im allgemein defizitären politischen Rahmen damit zu tun hat, wage ich zu bezweifeln. Fast, müßte man sagen, ist die politische Krise insgesamt größer als die Krise, die moralische, die politische, die sich mit der Rekonstruktion dieser Geschichte verbindet, denn ich glaube, daß gerade diese politische Grundkrisensituation die Chance überhaupt hat, daß man sich dann auf Perspektiven einigen kann, wie Fischbeck sie eben entworfen und entwickelt hat. Aber trotzdem, damit das vielleicht ein Stück weit gelingen kann, ist es natürlich ganz wichtig aus meiner Sicht und aus der Sicht anderer, glashart und ganz genau und detailreich zu rekonstruieren, wie es dazu kommen konnte, daß ohne gesellschaftliche historische Not eine deutsche Zivilgesellschaft einen Begriff von einer realexistierenden Diktatur entwickeln konnte, der das gesamte Vorwissen bewußt aus taktischen Gründen, aus strategischen Gründen, illusionären Gründen verschüttete, nämlich ein System, wie Ernst Richert es 1958 in seinem Buch beschrieben hat: „Macht ohne Mandat“, eine sehr nüchterne genaue Formel – wer das Buch sich aus der Bibliothek holt, wird erstaunt sein über die Präzision, über das empirische Unterfütter im Jahre 1958, ohne die aufgelöste Stasi und ihre Akten –, wie man von 1958, von der präzisen Erfassung der zweiten deutschen Diktatur in die 60er und 70er Jahre sich entwickeln konnte, und ich sage es nicht denunziatorisch, sondern zur Erinnerung, wie man kommen konnte zu einem Buch, zu einer Studie mit dem Titel „Modell DDR, die kalkulierte Emanzipation“. Wenn Sie das heute vorlesen, und das war einmal ein ernsthaft gemeinter Versuch gewesen, dann kriegen Sie Kabarettgelüste. Nur, der Preis, der Preis, den das gekostet hat, ist der Preis der Wahrheit gewesen über eine Diktatur, die zu diesem Zeitpunkt, als diese Diktatur als Modell DDR einer kalkulierten Emanzipation beschrieben wurde, tausende Leute inhaftierte, politisch verfolgte und ihre ganzen, salopp gesprochen, ich bin auch Lyriker, Schweinereien, die sie charakterisiert haben, sozusagen unter dem Deckmantel einer neuen großen Gemeinschaftsideologie in diesem gespaltenen Europa verwirklichen durfte. Der Fortschritt bestand zweifelsohne, und der wurde ja auch für mich wirksam, in der intensivierten Freikaufstaktik für politische Häftlinge. Sie begann aber vor der Entspannungspolitik, auch das sollten wir wissen. Dazwischen, zwischen diesen beiden Büchern, Richerts, „Macht ohne Mandat“ und Thomas' „Modell DDR“, gab es sozusagen die anderen Bücher, die auch massenhaft unter die Menschheit geschleudert wurden. Ich nenne eins, das ein Mann geschrieben hat, der bis heute wirksam ist bei der Rekonstruktion falscher Begriffe und falscher Wahrnehmungsmodelle. Peter Bender veröffentlichte 1968 im Jahr des Niederschlagens des Prager Frühlings das Buch bei Fischer „Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR“. Ich wünschte mir, wir könnten in einem unendlichen Dialog und Monolog Texte aus diesen Büchern lesen, Sie würden nicht glauben, was da drin steht und was Sie hören müssen.

Was ist passiert in dieser Zeit? Es ist in der Tat die unterschiedliche Gravur an den gesellschaftlichen Oberflächen beider Teile Deutschlands abgelaufen. Nur, glaube ich, muß man wichtigerweise unterscheiden. Die Anpassungstendenzen bei den Menschen in der DDR haben eine ganz andere Ursache, eine ganz andere Form von Legimitation, sie waren nämlich sozusagen Anpassungsvorgänge in einem quasi Gefängnis, während die Anpassungsvorgänge in der Bundesrepublik Deutschland, das sich ins historische Einverständnis Begeben mit der zweiten deutschen Diktatur, das fast perverse Finden von rationalen Argumenten für die Existenz dieser Diktatur, für die Teilung etwas ganz anderes sind. Das muß untersucht werden.

(Beifall)

Denn das ist ja nicht nur ein Geschichtsvorgang. Wenn es ein Geschichtsvorgang, wenn es ein abgeschlossener Vorgang wäre, dann könnten wir die Bücher im Zeughaus ausstellen und sagen, das ist möglich. Nein, diese Modelle, leicht modifiziert, tauchen ja nicht nur in der Tasche von Ulrich Schacht bei diesem Forum auf, sondern sie sind ja inzwischen in Teilen argumentativ Bestandteil von Urteilssprüchen der westdeutschen Justiz, wenn es um die Täter der zweiten deutschen Diktatur geht. Die ausdrücklich positivistische oder kritisch rationale Betrachtungsweise der Diktatur, wider alle Wirklichkeit, versteht sich, das ist heute das Grundmodell von unglaublich vielen Gerichtsurteilen. Die DDR hat existiert, und weil sie existiert hat, hat sie existiert. Das ist die tautologische Logik. Das kann man machen. Aber es ist natürlich unmoralisch. Fischbeck hat auch über diese Dinge gesprochen. Die Justiz, Teile der Justiz, nicht die Ankläger, schon gar nicht die Ermittler, rekonstruiert eine DDR, ich glaube, von der hat nicht einmal Honecker etwas gewußt. Aber er hat davon profitiert. Und das ist der gewaltige Rückschritt dieser westdeutschen Gesellschaft des Sonderbewußtseins. Sie hatte nämlich mal einen historischen Fortschritt erreicht bei der Beurteilung von Diktaturen in Deutschland. Wenn ich die ganze Radbruchdiskussion nehme, die ganze Naturrechtsdiskussion, warum es nie wieder in Deutschland so sein darf, daß sich irgendeiner darauf berufen darf, Unrecht ausgeübt zu haben auf der Grundlage von Gesetzen, all das ist heute gültig in diesem wiedervereinigten Deutschland. Darüber muß geredet werden. Das sind die Begriffe. Diese Damen und Herren aus der Justiz haben natürlich gar nicht oder kaum die Bücher, von denen ich hier rede, gelesen. Das ist gesellschaftlicher Geist geworden.

Und, meine Damen und Herren, ein letztes. Ist es nicht erschreckend, prüfen Sie doch mal, es ist ja gedruckt, prüfen Sie doch mal die Telefongespräche zwischen bundesdeutschen Politikern und den Freunden hier, dann wundern Sie sich über gar nichts mehr. Warum die Wahrnehmungsmuster so diametral entgegengesetzt waren, nicht nur, daß Sie den Eindruck haben, es gab technische Schwierigkeiten bei der Herstellung der Leitung, man muß so mehr als ein- bis zwölfmal nachfragen, sagen wir mal zwischen Schmidt und Honecker, selbst das klappte nicht so richtig. Aber dann, aber dann beginnt ein Dialog. Ja, da sitzen wir in der Hausbar oder in der Kneipe, und manchmal, wenn Sie an

Dialoge denken zwischen Oskar Lafontaine oder Egon Krenz, dann haben Sie das Gefühl, sie sitzen nicht nur an der Hausbar, sondern schon am Tresen. Ein bestimmtes Stadium ist schon erreicht. Es ist leider nicht lustig, sondern es sind Wahrnehmungsmodelle, die ja umgesetzt wurden, die ja Politik gemacht haben, die Politik bestimmt haben. Das kann ich nicht außen vor lassen, wenn wir über die Folgen von Wahrnehmungsmodellen sprechen. Die Renaissance der falschen, überführten Wahrnehmungsbegriffe der deutschen Teilung und der beiden deutschen Staaten ist das eigentliche Problem unserer heutigen Auseinandersetzung zum Thema.

Ein letztes Kurzes zu dem Thema. Mir ist eben noch am Tisch aufgefallen, wie das noch unsere Diskussion bis in diese Tage, sozusagen bis ins Detail bestimmt. Frau Simon hat darauf hingewiesen, daß man den Menschen in der DDR, der ehemaligen, und hier in Berlin besonders sozusagen Symbole ihrer Identität nimmt. Dazu soll das da zählen. Dieses gigantische unästhetische Ereignis hier drüben. Das ist überhaupt kein politischer Fall, dieser Kasten, das ist ein Fall von Schönheit und Häßlichkeit. Dazwischen muß entschieden werden.

(Beifall – gemeint ist der „Palast der Republik“)

Aber Sie haben ja recht an einem anderen Punkt, bloß glaube ich, es ist das falsche Beispiel. Wenn es um dieses Problem geht, was Sie beschreiben, dann greifen Sie an der Stelle doch mal ein Beispiel auf wie das: Dahinten im Spreebogen wird ein neues Kanzleramt gebaut. Als der Wettbewerb ausgeschrieben wurde, gab es ein Ergebnis. Zwei gleichwertige Entwürfe. Einer von einer linksrheinischen Architektenmafia und einer von jungen hochqualifizierten, aus Berlin, aus dem Osten stammenden Architekten. Wenn Sie beide Modelle nebeneinander sehen, wenn man etwas von Ästhetik und von Kultur und von all den Dingen ein Stück weit mit versteht, dann kann man sich gar nicht mehr entscheiden, weil das schon qua Modell entschieden ist. Aber es ist passiert.

Zwei erste Preise, und die Entscheidung für Schultes' Bau, wie er sich qualifizieren will. Nur eines, hinterher passiert folgendes, hinterher wird nicht nur geschwiegen über diese Entscheidung. Und das wäre doch ein Symbol gewesen, wenn das Regierungszentrum der neuen wiedervereinigten Republik von Menschen, jungen Leuten aus dem Osten gebaut worden wäre, als Architekten, das wäre doch ein unglaubliches Symbol gewesen. Nein, es wird nicht nur nicht gebaut, sondern es wird auch noch denunziert. Zum Beispiel vom Bundestagsabgeordneten Conradi in Interviews nach dem Motto: Wie kann man so bauen wie diese Leute. Dieses leichtfertige Bauen in den Formen und in Analogie zum Klassizismus. Das können alle anderen Staaten machen, das ist von Adolf Hitler mißbraucht worden, in diesem Stil kann hier nicht mehr gebaut werden. Wir müssen in Glas bauen, in rheinischem Glas. Das ist ein aktuelles Beispiel. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Als letzter Manfred Rexin. Bitte sehr, Herr Rexin.

Manfred Rexin: Zur Rolle der Medien in den Jahrzehnten der Teilung und in den Jahren der schwierigen Vereinigung wollte ich etwas sagen, aber unter dem Eindruck dessen, was eben vorgetragen wurde, möchte ich auf meinen vorbereiteten Text weitestgehend verzichten und stattdessen auf einen anderen Aspekt eingehen, der zur Klärung des Sachverhaltes und zur Klärung der Fronten beitragen mag. In jenem Jahr, als Sie aus diesem schrecklichen Gefängnis entlassen wurden, entstand ein Text, den ich vortragen möchte, zufälligerweise habe ich ihn mir mitgenommen, ein Text, veröffentlicht in einem Buch, das der Herr Sachverständige Professor Manfred Wilke zusammen mit dem aus der Tschechoslowakei stammenden Bürgerrechtler Jiri Pelikan 1977 bei Rowohlt veröffentlichte.

Der Text, ich verknappe das jetzt, lautete wie folgt: „Jäher, eruptiver Wandel in Osteuropa, revolutionärer Umsturz erscheint fast unmöglich angesichts der bewaffneten Macht, die den Herrschenden zu Gebote steht. Langsamer, stetiger evolutionärer Umbruch dagegen ist keineswegs ausgeschlossen – immerhin haben sich in den osteuropäischen Gesellschaften seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 bemerkenswerte Änderungen vollzogen, eine deutliche Verfeinerung der Herrschaftstechniken, die Abkehr von Terror, wie er in der stalinistischen Periode unverzichtbar erschien. Um das Bild aus der Meteorologie zu verwenden: schwere Unwetter, orkanähnliche Stürme führen in Osteuropa in der Regel dazu, daß der bewaffnete Katastrophenschutz neue Dämme aufschüttet, Schutzwälle erbaut, Türen und Fenster fester verrammelt. Zu wünschen ist diesen Gesellschaften ein langandauernder, stetiger Landregen, der nach und nach immer mehr Schlamm und Geröll der stalinistischen Periode wegspült [...] Die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition verfolgte Ziele, die öffentlich definiert worden waren – sie waren darauf ausgerichtet, den Frieden sicherer zu machen, die Last der deutschen Teilung zu mildern, besonders für jene, die am härtesten davon betroffen waren, also 'menschliche Erleichterungen' zu schaffen. Die Ostpolitik Bonns sollte der Gefahr einer außenpolitischen Isolierung von den eigenen Bündnispartnern vorbeugen, West-Berlin in seiner bedrängten vorgeschobenen Position sichern, die Chancen ökonomisch-technischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost und West fördern. Daneben aber bestand auch eine nur selten offen deklarierte Zielstellung, die nichtsdestoweniger für Ostpolitiker Bonns bestimmend war: das weltpolitische Klima so weit zu verändern, die internationalen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die auf Reform, auf gesellschaftlichen Wandel, auf Humanisierung und Demokratisierung der bestehenden Herrschaftssysteme in Ost und West drängenden Kräfte entfalten konnten [...] Man dürfe nicht vergessen, sagte Andrej Sacharow im März 1977, daß schließlich nur die Détente Voraussetzungen dafür geschaffen habe, wenigstens in geringem Umfang auf die Politik kommunistischer Länder einwirken zu können: 'Eine Abkehr von der Détente wäre ein Unglück!'"

Aus diesem Sacharow-Argument etwa habe ich mir 1982/83 die Haltung der neuen Bundesregierung Kohl/Genscher erklärt. Nun könnte man darüber meditieren, warum sich eine bestimmte Veränderung in den Medien der 70er Jahre, in den 60er Jahren beginnend, dann noch stärker in den 80er Jahren vollzogen hat. Als die Mauer fiel, als das Ende der DDR absehbar war, da haben sich etliche meiner Kollegen und ich im damaligen RIAS gefragt: Was haben wir in unseren Berichten über die DDR verkannt? Wieso sind wir nun auf einmal so überrascht, sie als ein wesentlich instabileres Herrschaftssystem zu erkennen, als wir vermutet hatten? Wo hatten wir uns getäuscht oder hatten wir uns täuschen lassen? Nicht nur wir. Herbst 1987, Honecker in der Bundesrepublik. Das galt weithin, rechts wie links, als eine Art Ratifikation der deutschen Teilung, als, um ein Wort des Schweizer Dramatikers Friedrich Dürrenmatt zu zitieren, „inszenierte Beerdigung der deutschen Wiedervereinigung“. Ich zitiere aus der Neuen Zürcher Zeitung.

Wir hatten in der Tat unsere Haltung zur DDR in den 60er Jahren überprüft, modifiziert und daraus Schlußfolgerungen für die Programme gezogen. Wir hatten versucht, folgenden Tatbeständen Rechnung zu tragen. Aus einem der Bücher, die Sie mitgebracht haben, wäre ein Text zu zitieren, der das noch einmal erläutert. Ich will ihn mit Blick auf die knappe Zeit nicht vollständig, sondern nur in Stichworten wiedergeben. Ich glaube, wir hatten erkannt, daß eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung nach wie vor in kritischer Distanz zur SED, zu ihrer Führung und zu deren Herrschaftsmethoden verharret, daß aber dieses ihr Nein zum Staate Walter Ulbrichts noch nicht automatisch ein Ja zur westlichen Gesellschaftsordnung bedeutete, so, wie sie sich damals in den 60er Jahren darstellte. Wir hatten zudem entdeckt, daß sich in der DDR ein spezifisches Leistungsbewußtsein entwickelt hatte unter den Menschen, Stolz auf das, was sie unter unendlichen Mühen gebaut und geleistet haben. Man hatte dieses Leistungsbewußtsein oft auch bei denen bemerken können, die angesichts ihrer sehr schmerzlichen Erfahrung ein tiefes Mißtrauen gegenüber den meisten politischen Repräsentanten der DDR hegten. Wir hatten bemerkt, daß es da das Empfinden einer besonderen Solidarität anderen DDR-Bürgern gegenüber gegeben hatte, daß sich herausbildete, daß die Leute sehr schnell von „wir hier“ und „ihr dort“ sprachen, daß sie es nicht gern hatten, wenn wir in der Bundesrepublik ihnen in der DDR in einer bestimmten Attitüde der Überheblichkeit begegneten.

Wir wußten, daß verallgemeinernde Urteile über die Brüder und Schwestern, von denen bundesdeutsche Politiker gern zu sprechen pflegten, als handle es sich um eine homogene Gruppe, als fragwürdig gelten mußten. Die Verhaltensweisen einer Millionenschar von Menschen waren höchst unterschiedlich. Sie entzogen sich den unbedarften Formeln von dafür und dagegen sein. Damals in diesem Text, den ich hier im einzelnen nicht vortragen wollte, habe ich darüber meditiert, ob man das Sozialbewußtsein der DDR-Bevölkerung nicht auf mindestens zwei Ebenen untersuchen müsse, in der Einstellung zum Regime und in der Beurteilung des Systems; Regime war die Führung von Partei und Staat im engeren Sinne, der Herrschaftsapparat, das Instrumentarium der

Machtsicherung, dagegen bedeutete System die sozial-ökonomische Grundstruktur der Gesellschaft, die Gestaltung von Eigentumsverhältnissen, sozialen Lebensbedingungen, „Sozialismus“. Wir hatten einige Vermutungen über die Mehrheiten und Minderheiten: In der Beurteilung des Regimes weithin ablehnend, das sozial-ökonomische System sehr differenziert bewertend.

Meine Damen und Herren, als heute morgen erwähnt wurde, daß es diese Untersuchungen gegeben hat, die Infratest anstellte, kam mir die Erinnerung an einen ersten Modellversuch, den Infas 1966 unternommen hatte. Das war ein Versuch im Auftrage des Senats von Berlin über eine Befragung von Passierscheinbenutzern, um das Stimmungsbild der Ostberliner zu erkunden. Der Pilotversuch vom Januar/Februar 1966 wurde damals abgebrochen und von diesem Institut nicht fortgesetzt, soweit ich weiß, weil es einige skeptische Fragen gab, ganz schlichte, einfache Fragen, nämlich erstens: Sagen die Ostberliner ihren westberliner Besuchern wirklich, was sie denken, oder meiden sie im Interesse familiärer Harmonie bei solchen Begegnungen kontroverse Themen oder gar Streitthemen? Zweitens: Verstehen die Westberliner das, was die Ostberliner ihnen sagen über eine doch ganz andersartige soziale und politische Wirklichkeit? Drittens: Sagen uns die Westberliner nach ihrer Rückkehr aus Ostberlin das, was sie gehört haben, oder sagen sie uns eher etwas, was sie gern gehört hätten, in der Erwartung, daß ein wohlmeinender und liebenswürdiger, sympathischer Zeitgenosse so eine Ansicht doch eigentlich vertreten sollte? Weil der Senat von Berlin, nach meiner Erinnerung, Zweifel hatte an der Methodik dieses Verfahrens, meinte er, er solle sie nicht weiter fortsetzen.

Ich habe die erwähnten Infratest-Untersuchungen leider nie zu Gesicht bekommen, weder in meiner Zeit beim ZDF noch beim RIAS, und das hat ja heute morgen die Referentin auch betont, daß sie strikt geheimgehalten wurden. Hätten wir sie gekannt, hätten wir zu der Zeit uns sehr interessiert erkundigt und darüber berichtet, wie das methodische Instrumentarium dieser Analysen gewesen ist.

Wären wir zu dem Ergebnis gekommen, sie sind absolut stichhaltig, hätte das Konsequenzen für unsere Programmgestaltung haben müssen, speziell bei den Sendern, die einen besonderen Sendeauftrag für die DDR hatten: Deutschlandfunk, RIAS, SFB oder Fernsehmagazine wie Kontraste, Kennzeichen D. Wir hätten dann nämlich zum Beispiel, ausgehend von der These, 90 % der DDR-Bevölkerung wollten das westliche Modell, auch sagen können: Na, wieso berichten wir so ausführlich über nicht-totalitäre freiheitliche demokratische Sozialismusvorstellungen in der übrigen Welt als Alternative zum stalinistisch geformten Sozialismus? Wir hätten sagen können, okay, das überlassen wir einigen späten Programmen für schlafgestörte Intellektuelle.

Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, wir hatten ein bestimmtes Bild entwickelt, mühsam genug auf Grund der unzureichenden Quellen, und glaubten auf Grund dieses Bildes ein bestimmtes Programmangebot machen zu sollen. Im Nachhinein so zu tun, als wäre diese Analyse völlig falsch gewesen, kann ich nicht akzeptieren.

Es ist sehr merkwürdig, das lassen Sie mich abschließend noch sagen, ich habe das, was ich 1969 zu Papier gebracht hatte über das von mir vermutete Meinungsbild in der DDR, 1989, zwanzig Jahre später, 1990, besser gesagt, unter dem Eindruck von vier Wahlgängen als weitgehend widerlegt betrachtet. Ich habe gedacht, ich hätte mich geirrt und überschätzt die Versuche der DDR-Bevölkerung oder eines Teils, wohlgermerkt eines Teils, sich mit irgendwelchen alternativen Sozialismusmodellen auseinanderzusetzen.

Fünf Jahre später war ich nicht mehr so ganz sicher, widerlegt zu sein. Denn ich stellte mir auf Grund der heute zum Teil vorgetragenen, durch EMNID-Umfragen und andere zu analysierende, noch zu untersuchende Ergebnisse natürlich die Frage: Was spielt hier in der heutigen Stimmungslage der neuen Bundesländer eine Rolle? Kommen da alte Prägungen wieder hoch? Oder ist das das Ergebnis einer zum Teil sehr schmerzlichen Erfahrung einer neuen Sozialordnung? Oder handelt es sich um eine Verbindung von beiden Prägungen – denen der 50er und 60er Jahre mit schmerzlichen Erfahrungen dessen, was man Vereinigungskrise nennen könnte?

Ich will nur noch einmal eines sagen, weil wir ja hier die Schlachten der Vergangenheit immer wieder ansprechen: Was wäre wohl die Alternative gewesen zu dem Versuch, die DDR erst einmal als eine böse Realität zu nehmen in der Hoffnung, sie verändern zu können? Was wäre die Alternative gewesen? Die Alternative wäre der Umbruch, der Umsturz, die Revolution, die große Krise gewesen. Und deshalb denke ich, sollte man, um diese Alternative in ihren Konsequenzen zu erwägen, noch abschließend ein Zitat einfügen, das Zitat eines deutschen Politikers 1988, der mit Blick auf die DDR 1953, Ungarn 1956, die Tschechoslowakei 1968 und Polen in den 70er und 80er Jahren folgendes geschrieben hat: „Wegen der damit verbundenen Gefahr lebensgefährlicher kriegerischer Verwicklungen konnten und können Volkserhebungen in den Staaten des Warschauer Paktes nicht unterstützt werden. Es hat deshalb keinen Sinn, die Notsituation dort so zu verschärfen, daß die Belastungen für die Menschen unerträglich werden und es zur Explosion kommt. Während der Westen auf den Bänken gesicherten Wohlstandes sich auf die Zuschauerrolle beschränkt, gibt es drüben Tote, Verwundete, massive Strafen und Verfolgungen. Ich jedenfalls konnte und kann auf Grund meines christlichen Gewissens eine solche Politik nicht hinnehmen oder gar fördern.“ Zitat aus Franz Josef Strauß: Erinnerungen, abgeschlossen 1988 – anderthalb Jahre vor dem Mauerfall, der den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums einleitete. Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, wir wollen hier eigentlich über die Gegenwart und die Zukunft reden. Wir sind aber bei einer Diskussion über die Vergangenheit gelandet. Nun scheint mir das insofern verständlich zu sein, als wir von der Gegenwartsmächtigkeit der Vergangenheit in verschiedenen Hinsichten ausgehen können. Wir müßten al-

lerdings konkreter sagen, in welcher Weise wo die Vergangenheit nachwirkt. Dieses wäre genauer zu erörtern.

Wir haben im übrigen drei Positionen im Hinblick auf die Gegenwart kennengelernt. Die eine Position sagt: Es sind zwei Kulturen da, die sollten zunächst einmal in einem Verhältnis der Koexistenz stehen. Die zweite Position lautet: Wir können uns mit einer bestimmten Kultur, nämlich der der DDR, nicht abfinden; ihre sehr problematischen Züge müssen kritisch benannt werden. Eine dritte Position besagt: Auch die Kultur des Westens bedarf in hohem Maße der Kritik, was in einem Beitrag sehr prinzipiell formuliert wurde, während in einem anderen Beitrag stärker mit bestimmten Erfahrungen der Vergangenheit argumentiert wurde, wobei moralische Implikationen deutlich wurden.

Ich fände gut, wenn wir bei dem Versuch, jetzt noch weiter zu diskutieren, auch im Auge behielten, daß wir Vorschläge zu entwickeln haben, wie wir aus dieser Situation, die von vielen als verfahren empfunden wird, rauskommen können.

Da ich die unbändige Lust der Kolleginnen und der Kollegen aus der Enquete-Kommission kenne, Fragen zu stellen und Diskussionsbeiträge zu formulieren, kann ich zunächst nicht die verschiedenen Diskutanten aufeinander reagieren lassen. Ich möchte deshalb zunächst die Diskussionsbeiträge aus der Kommission abfragen, aber denjenigen, die am Podium sitzen, zusichern, daß Sie alle noch einmal abschließend reagieren können, auch auf die anderen Teilnehmer am Podium. Eine andere Möglichkeit sehe ich angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht. Der erste aus der Enquete-Kommission ist ihr Vorsitzender, Herr Eppelmann.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Eine kurze Antwort auf eine Frage, von der ich hoffe, daß sie keine nur rhetorische war, Herr Rexin, und dann zwei Fragen. Sie fragten, wie soll man denn mit dem Bösen umgehen, außer daß man hofft und das Seine dazu tut, daß es besser werden könnte. Es nicht Schönreden, ist mir ganz spontan dazu eingefallen. Das Böse nicht schönreden. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Schacht und an Herrn Rexin. Von Wahrnehmungsfolgen hat Herr Schacht geredet, auch im Blick auf das Reden und den Umgang mit Diktatoren oder über sie. Ich denke da an Worte von Jürgen Fuchs, der mal mahnend zu den Spitzenpolitikern der Bundesrepublik gesagt hat: Merkt ihr nicht, in welcher Gefahr ihr euch begeben, wenn ihr mit Diktatoren redet, den gleichen Kognak mit ihnen trinkt, möglicherweise euch erzählt, wo ihr es besonders schön findet, wo ihr das letzte Jahr im Urlaub ward, und auf einmal feststellt, Menschenskinder, wie der von Kindern geredet hat, das ist ja ein richtig sympathischer Mensch? Habt ihr dabei möglicherweise vergessen, daß der auf eine ganz andere Art und Weise zu politischem Einfluß und politischer Macht gekommen ist, daß das ein Diktator ist? Auf dem Hintergrund, weil es das auch heute noch geben soll, eine Frage an Sie beide: Was raten Sie auf dem Hintergrund dieser Wahrnehmungsfolgen Politikern, ja ich möchte auch Journalisten und Literaten noch dazu nehmen, in ihrem Umgang mit Diktatoren oder ihren Äußerungen über Diktatoren? Meine zweite

Frage richtet sich an Frau Simon. Meine Wahrnehmungen haben ja einmal mit meinen bisherigen Erfahrungen zu tun. Sie beeinflussen unter anderem auch mein Denken und mein Tun in der Zukunft. Und auf dem Hintergrund möchte ich Sie fragen: Gehört das tatsächlich, ich frage jetzt mal provozierend, zu meiner Identität, daß wir in Berlin, Hauptstadt der DDR, eine Otto-Grotewohl-Straße hatten und eine Klement-Gottwald-Allee? Ich sage für mich nein und wage zu behaupten, daß auch viele viele DDR-Bürger sagen würden, das gehört nicht zu meiner Identität. Das gehörte offensichtlich zur Identität derer, die dieses Land regiert haben. Aber ist das tatsächlich Herzensangelegenheit von vielen ehemaligen DDR-Bürgern, und haben die den Eindruck, jetzt wird ihnen ein Hemd ausgezogen, weil die Klement-Gottwald-Allee wieder Berliner Straße heißt und weil die Otto-Grotewohl-Straße wieder Wilhelmstraße heißt?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe jetzt hier auf der Liste Herrn Burrrichter, Herrn Poppe, Herrn Kowalczuk und Herrn Wilke. Zunächst Clemens Burrrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrrichter: Herr Schacht, ich habe mich während Ihres vehementen Vortrags gefragt, was Sie denn für ein Wahrnehmungsmodell haben und daß es gelegentlich ja dem Intellektuellen gut ansteht, sein eigenes Wahrnehmungsmodell kritisch zu befragen. Ein Punkt ist mir deutlich geworden, über den ich gerne mit Ihnen bei anderer Gelegenheit diskutieren möchte, nämlich über Ihr Verhältnis von Moral und Politik, das bei Ihren Äußerungen doch sehr deutlich zum Tragen kommt. Und da frage ich mich, wie Sie die gegenwärtig häufigen Pilgerfahrten nach Peking denn da einordnen. Und jetzt zu etwas anderem. Einen einzigen Punkt will ich nur Ihrer Philippika gegen die beiden Autoren, und Sie haben ja noch mehr im Auge, entgegenhalten. Auch das wäre bei einer kritischen Wahrnehmung sicherlich angeraten gewesen, den Kontext, den Entstehungszusammenhang und die Verarbeitung dieser Bücher in ihrer Zeit zu kontrollieren. Sie haben völlig vergessen uns mitzuteilen, daß diese und viele andere Bücher in einem demokratischen Diskussionsprozess zwischen sehr unterschiedlich zur Deutschlandpolitik eingestellten Zeitgenossen entstanden sind. Dieses waren keine Produkte aus einer Parteiakademie oder sonst irgendeiner Parteschule, sondern dieses waren Arbeiten, die auch im Vorfeld bereits Diskussionen hatten. Ich denke, für die Beurteilung solcher Dinge, bevor man sich zu einer solchen Philippika hinreißen läßt, sollte man das mit in Rechnung stellen. Dankeschön.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich bekenne, ich bin einigermaßen in Schwierigkeiten angesichts dieser fünf sehr unterschiedlichen Beiträge, wovon drei sich ja doch stärker auf die historische Wahrnehmung in den 70er Jahren bezogen, insbesondere aus westlicher Sicht oder aus Sicht eines, der zu diesem Zeitpunkt in den Westen geraten war. Ich möchte deshalb auch unbedingt etwas dazu sagen. Offensichtlich hat sich doch damals abgespielt, daß man revolutionäre Veränderungen im Osten, sei es nun Polen oder Tschechoslowakei oder DDR oder wo auch immer, Sowjetunion selbst, nicht mehr erwartet hat und daß das dann irgendwann umgekippt ist, daß man sie

auch nicht mehr gewünscht hat und daraus dann so eine Art Wunsch geworden ist, die Lage zu normalisieren. Dann ist natürlich die logische Konsequenz, menschliche Erleichterungen in den Vordergrund zu stellen, von der Stabilisierung der Status quo zu reden, auch wenn sie zugleich Stützung der diktatorischen Systeme der anderen Seite bedeutet. Dieses zieht sich in der Tat nun allerdings durch bis 1989 und nicht nur bis 1989, es zieht sich für meine Begriffe durch bis heute. Und damit haben wir eine Kontinuität unabhängig von der jeweiligen Koalition und Regierung in der alten Bundesrepublik, was wahrscheinlich bei Herrn Schacht nicht so ganz angekommen ist. Sie haben bestimmte Beispiele aus dem einen Lager genommen. Man kann es, glaube ich, doch durchziehen. Mein Punkt hier an dieser Stelle ist, daß sich hier auch die Fortwirkung eines stereotypen Handelns befürchten läßt, und, eben wurde das Beispiel China genannt, es lassen sich zahlreiche weitere Beispiele anführen; Haltung zu Indonesien, zu Iran, und so weiter. Wie geht man mit Diktaturen um? Ich glaube, daß aus dieser historischen Sicht doch auch eine politische Sicht auf die heutige Rolle Deutschlands abzuleiten ist. Man muß diese alten Wahrnehmungsmuster tatsächlich noch einmal genau untersuchen, damit wir bestimmte Fehler nicht wiederholen. Dieses ist das eine. Wenn ich aber den ganzen heutigen Tag verstanden habe, so ist ja die Mehrzahl oder sind diejenigen, die hier in den Statistiken zu Wort gekommen sind, ganz andere Menschen. Das sind nicht die, die wie Herr Winkler die zwei Geschichtskulturen untersuchen, sondern das sind Leute, die andere Motivationen, andere Probleme haben und wo ja tatsächlich seit der deutschen Einheit ganz andere Fragen im Vordergrund stehen als diejenigen, wie sich nun der Westen in den 70er oder 80er Jahren gegenüber dem Osten verhalten habe und umgekehrt. Deshalb, denke ich, wenn wir hier weiter suchen wollen, müssen wir vor allen Dingen die Zeit seit der deutschen Einheit betrachten, also seit 1989 bis heute. Da beziehe ich mich insbesondere auf die beiden Beiträge von Annette Simon und Hans-Jürgen Fischbeck. Ich bin nicht mit allem einverstanden, diese Straßenumbenennung ist mir auch aufgestoßen. Vor allen Dingen, was Hans-Jürgen Fischbeck sagt, der Zusammenbruch sozialistischer Ideologie als Orientierungsverlust, dies kann ich nun allerdings überhaupt nicht erkennen. Ich bin der Meinung, der Zusammenbruch der sozialistischen Ideologie wurde von einer ganz ganz großen Mehrheit ausschließlich als Befreiung verstanden. Auch nicht erst 1989 ist dieser Zusammenbruch erfolgt, sondern diese Ideologie, oder die Hoffnung auf irgendwelche sozialistischen Utopien, verschwindet ja bereits sehr viel früher im Laufe der 70er oder 80er Jahre, nicht erst 1989. Soweit zu dem, was ich dort nicht nachvollziehen konnte. Aber, wenn wir uns 1989/90 in die Situation der Ostdeutschen versetzen und jetzt die heutige Situation sehen, da gibt es einen ganz großen Unterschied, ein ganz großes Problem, das durch die deutsche Einheit gekommen ist: Man kann nicht mehr in den Westen abhauen. Es ist aber der Westen immer die Projektionsfläche gewesen, und ich behaupte, der Westen oder dann eben die heutige Bundesrepublik Deutschland, die ja einfach eine Fortsetzung der alten Bundesrepublik Deutschland geblieben ist, was ja kritisiert wird von vielen Menschen, ist nach wie vor die Projektionsfläche der Unzufriedenheit. Wenn die Menschen, von

denen hier in den großen Zahlen geredet wird, mit den 80 %, etwas erhofft haben von der deutschen Einheit, so waren das ganz sicher, das zeigen ja diese Werte: Wohlstand, persönliche Freiheit; beides durchaus ganz wichtige Werte, die eine ganze Gesellschaft betreffen, und ihretwegen hat man die eigenen Wünsche immer auf den Westen projiziert. Und was ist passiert? Den Wohlstand gibt es durchaus an einigen Stellen, die Leute haben neue Autos. Und trotzdem gibt es die individuelle Verunsicherung durch die Arbeitslosigkeit und die vielen anderen Probleme, die hier genannt wurden. Was die persönliche Freiheit angeht, so gab es den Wunsch, eigene Vorstellungen stärker zu verwirklichen, auch sehr stark in dieses gemeinsame Deutschland miteinbezogen zu werden, und die Erfahrung, daß die eigene Rolle nicht so gefragt ist, wie sie eigentlich gefragt werden sollte. Sicherlich kann man die persönliche Freiheit jetzt wahrnehmen durch Reisen und so weiter, aber man kann sie eben nicht wahrnehmen, indem man sich sehr stark mit dieser ganzen Aufbruchstimmung von 1989/90 einbringt. Oder auf der anderen Seite sind die neuen Westchefs da, die mögen ja ganz nett sein, aber sie behindern zugleich diese Wahrnehmung der eigenen Rolle. Also zwei subjektive Probleme, die Freiheit ist da, aber trotzdem in einer bestimmten Weise reduziert. Und das gleiche gilt natürlich für die Verunsicherungen, bei allen Fortschritten, die im wirtschaftlichen Bereich auch ansonsten erfahren werden. Da wurde vorhin etwas sehr Richtiges gesagt von Annette Simon. Warum um Himmels willen ist man auf diese Verfassungsdebatte eigentlich nicht eingegangen? Und zwar nicht die von 1974, Herr Klingemann, der Vergleich ist nicht sinnvoll, denn da gab es keinerlei Identifikation der Bevölkerung mit diesem Konstrukt von 1974. Aber die Diskussion von Ende 1989, Anfang 1990, angefangen mit dem Runden Tisch, dann mit dem Kuratoriumsentwurf, dann mit der gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern 1993. Das Ergebnis war Null. Hier hätte es eine sehr einfache Möglichkeit gegeben, eine neue Identifikationsmöglichkeit einzig und allein durch die Tatsache, daß man bestimmte Veränderungen in größerem Umfang, als es geschehen ist, in dem Grundgesetz untergebracht und anschließend in freier Selbstbestimmung, das heißt nach Artikel 148, entschieden hätte. Allein ein solcher symbolischer Vorgang hätte möglicherweise den Grad der Identifikation mit der neuen Bundesrepublik Deutschland auf ganz andere Weise entstehen lassen können, und deshalb, meine ich, sollten die Fragen tatsächlich an der Stelle gesucht werden, wie man diesem Selbstbild gerecht werden kann. Nicht, indem man die Larmoyanz unterstützt, sondern wie man Selbstachtung auf vernünftige Weise erzeugen kann, wie man sie stabilisieren und wie man letztendlich dann auch die neuen Bundesbürger stärker beteiligen kann an der eigentlichen Umsetzung sowohl im Wirtschaftlichen als auch in dem demokratischen Konzept selbst. Dies alles ist eben, glaube ich, auf der Strecke geblieben, und deshalb ist erneut das gleiche eingetreten wie gehabt, eine Infragestellung der Demokratie als Resultat individueller Verunsicherung und Nichtbeschäftigung, also erneut eine Projektion auf den Staat oder auf die Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Und da liegt es ja nahe, daß man das demokratische System als solches attackiert.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczyk: Ich erweise mich jetzt insofern als Demokrat, als ich auch an unsere ersten beiden Referenten eine Frage richte, damit das jetzt nicht so zugedeckelt wird von der ganz heftigen Debatte, die dann anschließend folgte. Mir ist ein Widerspruch in Ihren Ausführungen aufgefallen, der vielleicht gar kein Widerspruch sein muß, beziehungsweise von Ihnen gar nicht so intendiert war. Sie haben festgestellt, daß in beiden Teilen, in den alten Bundesländern wie in den neuen Bundesländern, bei der Jugend ein relativ gleiches Verständnis, vor allen Dingen auch eine gleiche theoretische Akzeptanz von Demokratie herrscht. Sie haben das festgemacht an Funktionselementen, die sozusagen der Demokratie allgemein zugeschrieben werden. Nun ist es ja so, daß, theoretisch, Demokratie ja nicht nur als eine Verfassungsform oder als eine Staatsform beschrieben wird, sondern durchaus auch als eine Lebensform. Da habe ich schon größere Unterschiede feststellen können. Also meine Frage ist, ob meine Vermutung, daß da größere Unterschiede zwischen Ost und West, jetzt auch speziell bei den Jugendlichen, herrschen, richtig ist. Für mich war der Indikator „Demokratie als Lebensform“ die Frage des politischen Engagements, wo es ja tatsächlich eine Schere gab. Da würde ich ganz gerne von Ihnen noch einmal ein paar Ausführungen hören. Die zweite Frage oder die zweite Bemerkung richtet sich an Annette Simon. Du hast von den Verlusten von Feindbildern gesprochen. Das fand ich insofern interessant, als Du nicht nur aufgemacht hast die Verluste, die die ehemaligen Herrschenden, die ehemaligen SED-Genossen und die Funktionselite dabei erlitten haben, sondern ebenso zum Beispiel auch die derjenigen, die in Opposition und Widerstand zu dem System gestanden haben. Wie äußert sich das eigentlich heute? Denen ist ja offensichtlich auch etwas abhanden gekommen, ein Sinn des Lebens. Aber wenn man jetzt einfach mal die Szene durchläuft, dann haben ja nicht nur die ehemaligen Funktionseelten Probleme mit der neuen Gesellschaft, sondern tatsächlich auch Leute, von denen man erst einmal behaupten könnte, daß sie eigentlich sehr sehr gut in der neuen Demokratie ankommen müßten beziehungsweise angekommen sein müßten. Das würde mich interessieren. In diesem Zusammenhang will ich noch einmal dieses erst einmal witzig klingende Wort Ostalgie aufgreifen. Ich glaube schon, daß da etwas dran ist, also die Besitzstandverteidigung, die da irgendwie enthalten ist, und daß offensichtlich auch im Westen größere Ängste vorhanden sind, daß man von seinem Eigenen auch irgendetwas abgeben muß beziehungsweise da etwas verloren gehen könnte. Wie sieht es tatsächlich mit der Ostalgie im Westen aus? Ich meine, Herr Schacht hat sozusagen ein Beispiel aus den frühen 70er Jahren gebracht, was man durchaus in die 80er Jahre durchziehen könnte. Die Frage ist, was ist in der DDR-Forschung zum Beispiel thematisiert worden. Ich glaube zwar nicht, daß es uns hilft, wenn wir das so holzschnittartig machen, aber da wären hier durchaus Punkte aufzulisten, die eher zu diskutieren sind und die auch diskutiert werden. Aber wenn wir uns heute bestimmte politische Kräfte aus der alten Bundesrepublik anschauen, wie die mit bestimmten ehemaligen Leuten des alten Systems kungeln, wie die auch versuchen, bestimmte Dinge der SED-Diktatur kleinzureden. Wenn das im Osten passiert, ist das Ostalgie, wenn das im Westen passiert, dann wird das in der Regel als politisch beson-

ders klug eingeschätzt. Dazu würde ich auch gerne mal was hören. Das Dritte ist, Herr Rexin, Sie haben wahrscheinlich eher rhetorisch eine Frage gestellt, Sie haben gefragt, was wäre eigentlich die Alternative gewesen zu der Politik, zu der DDR-Forschung, so wie sie betrieben worden ist. Nun will ich Ihnen gar nicht absprechen beziehungsweise den maßgebenden Vertretern dieser DDR-Forschung, daß das eine ganz legitime Art und Weise war, sich zu äußern. Trotzdem, glaube ich, hätte es schon Alternativen gegeben, und zwei möchte ich einfach aufzählen. Die erste Alternative wäre gewesen, daß man bestimmte Dinge, die in den 70er und 80er Jahren in der Bundesrepublik im Mainstream nicht mehr thematisiert worden sind, in der Wissenschaft thematisiert. Dazu gehört zum Beispiel die ganze Frage des MfS, das hat nur Herr Fricke gemacht. Dazu gehört die ganze Frage von Opposition und Widerstand, die ganze Frage der Unterdrückung. Dazu gehört letztendlich auch, daß man die DDR bei dem benannt hätte, was sie war, nämlich eine Diktatur. Das passierte in den 70er und 80er Jahren nicht mehr. Das ist, glaube ich, eine Alternative. Das Zweite: Ich glaube nicht, daß heutzutage so sehr die Kritik sich dahin richtet, daß sich bestimmte Spitzenpolitiker mit Spitzenleuten des alten Staates getroffen haben. Aber die Kritik muß da ansetzen, daß sich diese selben Spitzenpolitiker des Westens nicht mit den Oppositionellen aus der DDR getroffen haben. Da wäre eine Alternative, glaube ich, gegeben gewesen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Jetzt als letzter Manfred Wilke. Wir haben jetzt nicht mehr sehr viel Zeit.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Sie wollten nur sagen, ich solle mich kurz fassen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Das pflege ich in der mir eigenen höflichen indirekten Form zu tun. Bitte sehr.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Wir kennen uns jetzt lange genug. Clemens Burrichter hat natürlich recht, wissenssoziologisch, wenn er einfordert, daß man die Bücher in ihren zeitgeschichtlichen Kontext stellt. Aber mich hat heute viel mehr bewegt, was die beiden Empiriker hier an Befunden über Demokratieeinstellungen vorgetragen haben. Da will ich noch einmal drei Punkte zusammenfassen. Mein Freund Ulrich Schacht hat daran erinnert, wie jemand in die Bundesrepublik kommt, aus dem Knast von Brandenburg, und damit konfrontiert ist, daß eine demokratische Gesellschaft sich mit Diktatur in Deutschland abfindet, obwohl die Gesellschaft geprägt ist von der Debatte darüber, wie es zum Nationalsozialismus kommen konnte. Er hat eigentlich damals die Frage an uns gestellt: Wieso laßt ihr euch das gefallen, wieso redet ihr die schön? Und bei dieser Frage, wieviel wert ist uns die Republik als Demokraten, schlage ich den Bogen, den Winkler aufgemacht hat, und erinnere nur an die Weimarer Republik; eines der Worte über diese Republik heißt: die Republik ohne Republikaner, ohne Demokraten. Das Zweite sind dann die Befunde, die Klingemann hier vorgetragen hat: Tiefstand des demokratischen Ansehens; keine Hoffnung auf Lösungen durch das Parlament, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Klingemann, bei vielen vielen Menschen; Ver-

lust in die Gestaltungsfähigkeit der Parteien. Nicht nur die Frage: Opposition gegen verbrauchte Regierung, sondern die Frage: Ist diese Demokratie, ist das System der repräsentativen Demokratie noch in der Lage, unsere Lebensfragen zu bewältigen? Da gehen die Antworten eher in die Richtung Nein. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist noch nicht zu sehen, daß es eine Bewegung gibt, die sagt: Weg mit diesem System. Aber es gibt eine tiefe Lethargie und die Haltung, daß man selbst privatisiert, aber sich nicht mehr darauf verlassen kann, daß dieses politische System der Republik die Krisen und die Zukunft meistern kann. Meine Frage ist ganz einfach, weil ich irgendwo das Gefühl habe, daß ein deutsches Bewußtsein wieder zu seinem Punkt kommt: diese Republik ist nicht so gut, wir brauchen autoritäre Regelungsformen der Politik, wir brauchen auch jemanden, der den gordischen Knoten durchschlägt und anderes mehr. Ist das ein mögliches Zukunftsszenario?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, meine Damen und Herren, ich möchte selbst auch noch Fragen an Herrn Klingemann und Herrn Münchmeier anschließen. Herr Klingemann, Sie sehen die Hauptsache der Krise im Leistungsverlust des politischen Systems. Doch gibt es auch Forschungsergebnisse – und in diese Richtung hat Kowalczuk schon gefragt –, die erkennen lassen, daß die Demokratiebegriffe eben doch auch voneinander abweichen. Im Rahmen eines von mir verantworteten Projektes wurde eine größere Zahl von Intensivinterviews durchgeführt, die darauf hindeuten, daß es erhebliche Unterschiede gibt, was den Demokratiebegriff angeht. Zum Beispiel ist die Wendung gegen Parteien ungleich stärker im Osten als im Westen, die intermediären Faktoren werden geringer eingeschätzt, Affekte gegen die hohe Komplexität von Politik sind im Osten noch größer usw. Da kann ich schon Unterschiede feststellen. Vielleicht können Sie darauf noch einmal eingehen.

Und Herrn Münchmeier würde ich doch gern als Sozialpädagogen ansprechen. Sie haben die Anomie als wesentlichen Befund nun dargestellt. Was schlagen Sie denn vor, was in dieser Situation zu tun ist? Was schlagen Sie als Pädagoge vor, wie wir gesamtgesellschaftlich oder in bestimmten Bereichen angesichts der Situation, die Sie festgestellt haben, weiter vorgehen sollten?

Nun kommen alle der Reihenfolge nach noch einmal zu Wort, wobei ich Herrn Fischbeck vorziehen muß, da er uns sogleich verlassen muß. Bitte, Herr Fischbeck.

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck: Das ist sehr sehr freundlich von Ihnen. Ich möchte auch nur zwei Sätze sagen. Zunächst einmal zu Gerd Poppe. Ich habe ja nicht gesagt, daß viele Menschen im Osten den Zusammenbruch der sozialistischen Ideologie beklagen, sondern daß sie ihn durchaus bejahen. Dennoch hinterläßt der Verlust der Option für soziale Gerechtigkeit, die ja mit der Idee des Kommunismus verbunden ist und immer noch von 70 % der Bevölkerung hochgeschätzt wird, Orientierungsverlust. Das ist das, was ich habe sagen wollen. Ich weiß nicht, ob ich das richtig überbracht habe und kann jetzt auch nicht mehr Worte machen.

Der zweite Satz, den ich zu Ihnen sagen wollte, Herr Schacht: Ich war ja auch in einem gewissen Konflikt innerhalb der Kirche mit denen, die den Weg des 6. März 1978 gegangen sind und begründet und befürwortet haben. Jedenfalls war ich spätestens seit Gorbatschow in diesem Konflikt. Aber ich kann den Stab nicht so brechen, wie Sie das machen, über diese Brüder und Schwestern, die diesen Weg für richtig hielten, bis hin sogar zu 1987, wo jener Konflikt dann offen aufbrach mit unserem Antrag auf „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, schönen Dank, Herr Fischbeck. Ich würde sagen, als erstes Herr Klingemann, dann Herr Münchmeier. Herr Klingemann!

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann: Danke schön. Ich versuche, auf die Fragen insgesamt zu reagieren, und spreche die Fragen nicht einzeln an. Mir liegt an Folgendem: Ich glaube, wir müssen ganz strikte den Unterschied machen, ob Menschen Demokratie im Prinzip, also als Regierungsform, haben wollen, ob sie die Strukturen, wie sie sich institutionell in der Bundesrepublik niedergeschlagen haben, gut finden, und wie sie den demokratischen Prozess, der sich jeden Tag aufs neue abspielt, beurteilen. Das heißt, es sind unterschiedliche Generalisierungsebenen, und die letzte, über die ich im wesentlichen gehandelt habe, ist das, was man altmodisch vielleicht als Verfassungswirklichkeit beschrieben hätte, also wie die Akteure mit den Werten und Normen, die sie sich selber gegeben haben und die sie jedenfalls akzeptieren, umgehen. Hier liegt das Mißvergnügen. Es geht aus den Daten, die ich eben vorgelegt habe, durchaus hervor, das 90 % der Bürger in der Bundesrepublik eine Demokratie als Staatsform haben wollen, also jedenfalls reagieren sie positiv auf den Satz: „Die Demokratie mag ja Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als jede andere Regierungsform.“ Dieses können wir mal unterstellen. Es ist also, Herr Wilke, nicht so, daß man an jeder Ecke einen vermuten müßte, der die Demokratie abschaffen möchte. Aber es ist es auf der anderen Seite so, daß es Zweifel gibt, ob die Strukturen, so wie sie in der Bundesrepublik existieren, für die Leistungsfähigkeit, mit der Probleme gelöst werden müssen, nun die absolut besten sind. Hier muß ja wohl Debatte erlaubt sein. Ich meine, wenn der Bürger sich vorstellen muß, daß der Vermittlungsausschuß in Deutschland regiert, also diese komplexen Verhältnisse im föderalen System, das ist ja manchmal auch nicht nachzuvollziehen, ebenso wenn der Bundesrat parteipolitisch mißbraucht wird, nicht wahr, oder wenn der Finanzminister nun als Trickser dasteht, weil er diese Goldreserven anders bewertet. Das trägt alles mit dazu bei, daß Bürger sagen, also die Demokratie ist ja in Ordnung, und es mag ja auch sein, daß so, wie wir da verfaßt sind, das auch in Ordnung ist, aber so, wie sie sich im Augenblick abspielt, das mögen wir nicht. Das ist der erste Punkt, den ich machen wollte. Wir finden das ja auch in anderen Ländern. Nun, da der böse Feind nicht mehr da ist und man nicht sagen kann: Also, wenn du nun die Demokratie nicht liebst, dann kommt die kommunistische Diktatur, fragen die Bürger: Ist denn unsere Verfassung noch das Beste, oder kann man da dran was verbessern? Die Neuseeländer haben sich ein neues

Wahlrecht gegeben. Die Italiener haben ihre Institutionen, die Japaner andere. Also die Bevölkerung fängt an, darüber nachzudenken, ob die Strukturen, die sie haben, in den Institutionen nicht noch verbesserungsfähig sind. Das muß ein Debattenthema doch wohl sein dürfen. Ich habe diese 74er Verfassung, nur um das klarzustellen, hier nur deshalb hergenommen, weil die liberalen Freiheitsrechte, der Rechtsstaat und so weiter da ja auch drinstehen. Ich habe diese Formulierung genommen, weil ich auf die sozialen Rechte abgehoben habe, die im Grundgesetz so nicht enthalten sind. Meine These ist ja, gerade im Bereich der sozialen Grundrechte, daß es hier etwas gibt, was neu in die Verfassungsdiskussion in der Bundesrepublik einfließt. Und wenn ich mir die Landesverfassungen ansehe, also dann muß ich sagen, irgendwo kommen mir bestimmte Dinge da doch bekannt vor. Der dritte und letzte Punkt: Wir haben, glaube ich, jetzt eine Phase, wo wir uns mit unterschiedlichen Formen von Demokratie beschäftigen müssen, die Frage stellen müssen, ob sich nicht unterschiedlich verfaßte demokratische Systeme im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit unterscheiden. Ein Kollege spricht von Konsensusdemokratie und majoritärer Demokratie und sieht sich etwa an, wie entwickeln sich Arbeitslosigkeit, bestimmte Wirtschaftsindikatoren, Frauen in der Politik und so weiter unter unterschiedlich verfaßten demokratischen Systemen. Da, finde ich, kann man etwas lernen, das ist das, was, glaube ich, auch gebraucht wird. Wir brauchen Anpassungsfähigkeit, nicht nur mental und in den Wahrnehmungen, sondern auch in den Strukturen, die unsere Verhaltensweisen entweder befördern oder beschränken. Danke schön.

Prof. Dr. Richard Münchmeier: Ich glaube, das Charakteristische für die Situation, in die wir leben, sind Entkoppelungen, das heißt, es fällt auseinander, was von der Theorie her und von unseren Denkgewohnheiten her zusammengehört. Es fällt also auseinander die Befürwortung von Demokratie und die Akzeptanz der Akteure in dieser Demokratie. Das kann vielleicht nach dem Lehrbuch nicht sein, aber die Praxis tut uns nicht den Gefallen, das Lehrbuch zu bestätigen. Man wirft einfach andere Fragen auf. Wenn man junge Leute fragt, und das sind unsere Ergebnisse, ich habe es schon gesagt, völlig d'accord mit dem, was mein Kollege gerade vorgestellt hat, gibt es eine, wie ich finde, erstaunlich hohe Akzeptanz von Demokratie, manchmal sogar über das hinaus, was die Demokratie verfassungsrechtlich vorsieht. Also rein juristisch zum Beispiel sind Jugendliche in Ostdeutschland überzeugt, zum Wesen der Demokratie gehört das Recht auf Arbeit. Darüber sollte man nachdenken. Aber sie sind auch überzeugt, daß zum Wesen der Demokratie gehört, daß nicht jeder zuziehen kann, der will. Hier gibt es durchaus Dinge, die auseinanderliegen. Und nun ist es mal so, und es tut mir leid für die Politiker hier im Saale, aber der Befund ist nicht zu ändern und im übrigen auch nicht neu: Ein schlechteres Image als die Politiker hat niemand, keine der befragten gesellschaftlichen Institutionen, die Politikerpolitik ist schlechterdings das Schlußlicht. Das ist gar kein neuer Befund, das finden Sie bereits in der Literatur, was wir da feststellen. Es ist nur die Wiederholung eines Tatbestandes. An vorletzter Stelle übrigens liegen die Kirchen. Wenn man sich erkundigt warum,

dann weil sie das typische Problem gesellschaftlicher Großorganisationen haben, die Heterogenität durch kleinste gemeinsame Nenner bezähmen müssen. Die Jugendlichen sagen, die Kirche sagt nicht ja, sagt nicht nein, sagt immer nur jein. Sie bezieht keine Stellung, sie ist wischwaschi. Man könnte entgegenhalten, aber es interessiert Jugendliche nicht, das Wesenselement von Demokratie ist, Kompromisse zu finden. Zweitens, ich glaube, wir haben insofern eine neue Situation, als die Demokratie oder die Akzeptanz politischer Rituale und Prozeduren nicht mehr bedrängt wird durch Ideologien gleich welcher Richtung, sondern der Legimitätsverlust, die schleichende Erosion der Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungsprozeduren wird, so interpretiere ich jedenfalls, bewirkt durch eine angestaute Welle nicht gelöster Zukunftsprobleme in der Gesellschaft. Allen voran die Arbeitslosigkeit. Kurioserweise halten die Jugendlichen, die wir befragt haben, ihren Glauben an Demokratie trotzdem aufrecht. Aber sie beschimpfen die Akteure. Sie erwarten sich von der Politikerpolitik schlechterdings gar nichts mehr. Man kann es nicht höflicher formulieren. Die Frage des Engagements, denke ich, erklärt sich von daher auch. Ich glaube, es gibt zur Zeit keine realistische Chance, Jugendliche dazu zu bewegen, daß sie sich mehr als bisher in den gängigen, tradierten klassischen Formen politischen Handelns engagieren. Ich würde diese Prognose so wagen, ich sehe auch überhaupt keinen Grund, daß da in der nächsten Zeit eine Änderung eintreten sollte. Das bedeutet soziologisch gesehen das Risiko negativer Selektion, also daß vor allem karriereorientierte Menschen den Nachwuchs für die Politik bilden, ist vergleichsweise höher als in einer Gesellschaft, wo noch wertrationales Potential da war, wo die Menschen aus Überzeugungen und um der Überzeugungen willen in die Politik hineingegangen sind. Ich will diese Befürchtung so mal formulieren. Ich sehe nicht das Risiko, nach dem sozusagen Herr Wilke gefragt hat, daß der Führer wiederkommt oder das Verlangen nach einer Diktatur, die Probleme angeblich löst. Dieses Risiko sehe ich nicht, das läßt sich aus den Daten nicht herauslesen. Das Risiko ist vielmehr die Verlagerung des Engagements in jenen Bereich, wo man selber etwas steuern und bewirken kann, das, was in der öffentlichen Meinung immer als Privatisierung denunziert wird, ein Wort, das mich maßlos ärgert, vor allem wenn es, bis zur Trivialisierung unkenntlich geworden, zum Ausweis von Desengagements gemacht wird. Privatisierung heißt nichts anders als daß ich versuche, Probleme, die die Gesellschaft nicht löst, mit meinen eigenen privaten Mitteln in meinem eigenen privaten Beziehungs- und Bezugsnetz zu lösen. Die Skala, die dieses mißt, zeigt dramatisch hohe Werte. Die Skala, die politische Wirksamkeit, die Wirksamkeit der Politik mißt, zeigt dramatisch niedrige Werte. Sie haben gerade gefragt, was Sozialpädagogik raten kann. Sicherlich nur, daß man diese Situation erst mal akzeptiert, so wie sie ist. Was äußerst unbeliebt ist und als Ausweis der Verlogenheit der Politikerpolitik apostrophiert wird, ist der Versuch, das wegzuschminken. Zweitens, ich denke, man sollte erst einmal Hindernisse aus dem Weg räumen, damit junge Leute die Lebensbedingungen, die ihren Alltag ausmachen, selber gestalten können, und nicht gleich mit dem Verlangen kommen, sie mögen in die große Politik einsteigen. Ich nenne zwei Beispiele. Jugendliche entwickeln ein Rockkonzert zur alternativen Gestaltung

der Abiturfeier – das Lehrerkollegium sagt nein, wir haben da unsere Traditionen, wir wollen es nicht. Anderes Beispiel, junge Leute entdecken einen Keller, der sich nutzen läßt als Proberaum. Es entwickelt sich daraus so eine Art Musikjugendclub, es kommt die Bauaufsicht und sagt, die Deckenhöhe ist leider 26 cm zu niedrig, wir müssen den weiteren Betrieb untersagen. Solange Jugendliche diese Erfahrungen machen, denke ich, gibt es nur die immer wiederholte Erfahrung, daß sie die Bedingungen ihres eigenen jugendlichen Lebens nicht gestalten können. Wie sollen sie dann glauben, daß sie die Bedingungen des Lebens in der Gesellschaft gestalten können?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank, Herr Münchmeier. Ich muß jetzt die letzten Vier bitten, jeweils sich auf 2 Minuten zu beschränken, weil wir sonst nicht über die Runden kommen werden. Der Herr Vorsitzende muß abschließend noch ein kurzes Schlußwort sprechen können. Ich bitte sehr, Frau Simon.

Annette Simon: Also ganz kurz. Ich komme immer in die Schere zwischen meiner eigenen Identität und dem Versuch, Identität von DDR-Bürgern zu erklären. Meine eigene Identität ist die Otto-Grotewohl-Straße auf keinen Fall und der Palast der Republik schon gar nicht. Den habe ich nämlich aus Prinzip nie betreten. Aber wenn ich versuchen will, zu verstehen, was jetzt in Ostbürgern vorgeht, die dafür kämpfen, dann muß ich sagen, da ist Identitätsverlust, und den müssen wir einfach wahrnehmen und den können wir nicht irgendwie unter den Tisch kehren. Zu dem Verlust der Feindbilder bei den Oppositionellen. Es gibt eine merkwürdige Restaurierung von Feindbildern gerade in Szenen, die ich verfolgt habe, wie im Prenzlauer Berg. Auf einmal ist jetzt wieder das westliche Kapital der Feind. Sozusagen sehr merkwürdig, wo sie vorher sich als Oppositionelle begriffen, gehen sie jetzt in so eine merkwürdig linksanarchische Szene, was ich immer als eine Art Verweigerung des Erwachsenwerdens sehe, sich jetzt wirklich an Gestaltung zu beteiligen. Das ist anscheinend relativ schwer und manchmal nicht gelernt worden. Wenn der Feind verlorengeht, fehlt auch ein Stück Sinn. Man muß jetzt einen neuen Sinn finden, und das ist vielleicht nicht so einfach und nicht so schnell möglich. Ostalgie im Westen sehe ich genauso. Ich finde es auch sehr schwierig damit umzugehen, besonders dann so auf 68er Kongressen, wo sozusagen einem dann immer gesagt wird, wie merkwürdig man denkt, gedacht hätte oder so. Aber damit muß man sich auseinandersetzen, und die Auseinandersetzung führen wir ja auch.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank. Heinrich August Winkler.

Prof. Dr. Heinrich August Winkler: Zwei Bemerkungen. Die eine zum Thema Ostpolitik, da muß ich noch auf Schacht antworten. Ich denke, Peter Merseburger hatte völlig recht, als er zwischen zwei Phasen der Ostpolitik unterschieden hat: einer ersten in den 70er Jahren, in denen die menschlichen Erleichterungen im Vordergrund standen, einer Phase, in der es darum ging, die Folgen der Teilung erträglicher zu machen; und einer zweiten Phase in den

80er Jahren, wozu man sehr viel Kritisches sagen kann, weil Etatisierung in der Tat nicht zu übersehen ist und Menschen- und Bürgerrechtsfragen vielfach dem Sicherheitsinteresse oder einer bestimmten Art, Sicherheitsinteresse zu interpretieren, untergeordnet worden sind. Zu der ersten Phase allerdings, meine ich, daß Sie in diesem Rundumschlag übersehen haben, daß diejenigen, die sich darum bemüht haben, die Folgen der Teilung erträglich zu machen, patriotischer gehandelt haben als manche, denen das Bekenntnis zur staatlichen Einheit leicht über die Lippen kam, vielleicht sogar in den Grenzen von 1937, die aber dadurch zur Wiedervereinigung Deutschlands oder auch nur zu mehr Freiheit in der DDR nicht beigetragen haben. Ich würde das mit Nachdruck betonen, denn irgendwoher muß ja die Popularität Willy Brandts kommen in den 60er und 70er Jahren, von der vorhin die Rede war. Dies war ein Stück von Verantwortungspatriotismus, und der war viel wichtiger als verbale Bekenntnisse zur deutschen Einheit.

Der zweite Punkt, Demokratiebegriffe Ost und West. Ich finde es wichtig, daß Faulenbach das noch einmal aufgebracht hat. Ich bedaure etwas, daß Fischbeck schon gegangen ist. Ich hätte ihm gesagt, ganz so relativistisch ist der Westen nun auch wieder nicht, und das war vielleicht ein neues Klischee. Immerhin haben wir die sogenannte Ewigkeitsklausel im Grundgesetz, Artikel 79 Absatz 3. Da sind eben bestimmte Grundentscheidungen nicht mehr durch Mehrheiten rücknehmbar. Und das ist ein großer historischer Fortschritt gegenüber dem relativistischen Demokratieverständnis der Weimarer Republik und dem im Osten, wovon übrigens leider noch einiges nachwirkt. Zum Beispiel wird eine Partei eben nicht dadurch schon demokratisch, daß sie 15 oder 20 % der Stimmen bekommt oder hier vielleicht sogar 40, sondern das hängt ja wohl noch an anderen Kriterien. Insofern, denke ich, ist das wertbetonte Demokratieverständnis des Grundgesetzes etwas, was in einem Verfassungsdiskurs offensiv verteidigt werden muß. Dieser Verfassungsdiskurs endet nicht damit, daß das Grundgesetz in einigen Punkten geändert worden ist. Ich denke auch, daß man die repräsentative Demokratie offensiv verteidigen sollte auf Grund der Weimarer Erfahrung. Ich fordere auf zum ständigen Verfassungsdiskurs. Den sollten wir offensiv und selbstbewußt führen.

(Beifall)

Ulrich Schacht: Ich will zunächst noch Herrn Burrichter kurz antworten. Ich kann Sie ganz beruhigen. Ich wäre wirklich unglaublich, wenn ich mir nicht das Sensorium erhalten hätte für vergleichbare Vorgänge in der Gegenwart. Ich habe natürlich zum Beispiel die Reise des Bundeskanzlers nach China, insbesondere die Inszenierung von dem Militär, das auf dem Tiannanmenplatz vorher die Studenten niedergeschossen hatte, natürlich scharf kritisiert. Nicht nur irgendwo privat, sondern in der Zeitung, in der ich arbeite, und stelle Ihnen gerne den Text zur Verfügung. Sie sehen, daß es da schon eine Kontinuität gibt. Das Zweite ist natürlich, wer 20 Jahre lang hier ist, weiß um die Kontexte der Entstehung dieser Bücher, ich weiß schmerzlich genau um den Kontext von damals, und ich habe auch nicht über Bücher geredet oder Bücher hier als

Beispiel vorgehalten, die irgendwo marginal am Rande der Gesellschaft zirkuliert hätten, sondern das sind ja zwei Bücher, und ich könnte etliche weiter aufzählen, die paradigmatischen Charakter haben für die neue Wahrnehmungspolitik, möchte ich mal sagen. Und darüber müssen wir wirklich weiter reden an dieser Stelle. Heinrich August Winkler, natürlich habe ich mich lange über Wasser gehalten in meinem Engagement in der westdeutschen Gesellschaft und innerhalb der SPD mit genau dieser Unterscheidung zwischen der ersten und der zweiten Phase. Ich habe nicht zuletzt auch deshalb im Gefängnis im Osten gesessen, weil ich konkret Kontakt zu Willy Brandt und solchen Leuten aufgenommen habe. Weil das unsere Politik war, mir muß keiner was über den Patriotismus dieser Leute erzählen. Nur, so einen kleinen Bruch gibt es leider nicht, und von hinten her ist man natürlich schlauer, und wir sind ja mitten in einer gesellschaftlichen Diskussion an genau diesem Punkt und an genau dieser Stelle. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die jetzt die ganz große Verratsideologie inszenieren, ich weigere mich daran teilzunehmen. Nur müssen wir schon über dieses Zustandekommen eines Klimas der Geneigtheit, rationale Argumente oder theologische zu finden, um uns mit einer Diktatur auf deutschem Boden abzufinden, sprechen. Das ist meine grundsätzliche und tiefergehende Kritik, und sie hat auch etwas damit zu tun, daß ich befürchte, daß das ungewollt zu einem Beispiel perspektivisch nach vorne hin schrecklicherweise gedeihen könnte, auch wenn uns die Soziologen heute beruhigt haben, weil sie so gewisse negative Dinge noch nicht berechnen können. Na ja, mit der Berechnung von Geschichte nach vorne, das ist so eine Sache. Letzte Antwort auf Eppelmann, die Antwort Rat für Politiker. Den hat er ja selbst gegeben. Man muß sie immer daran erinnern, daß Politik in der Tat Diplomatie, Klugheit, Taktik ist, aber eben nicht nur, und daß es Situationen gibt, für die man sich immer wieder konditionieren und präparieren muß: nämlich das Böse im politischen Bereich, im geschichtlichen Bereich als das Böse zu beschreiben, das heißt einfach wahrhaftig reden. Wenn Politik nur unter Ausschaltung von wahrhaftiger Rede stattfinden kann, dann kann ich nur sagen, gute Nacht Marie. Dann kommen wir periodisch in den historischen Stoff, den wir dann auch periodisch in Aufarbeitungskommissionen miteinander diskutieren können. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Jetzt Manfred Rexin.

Manfred Rexin: Das Böse schönreden? Natürlich nicht. Aus dem vorbereiteten Text, den ich nicht vortragen wollte, weil die Diskussion einen anderen Verlauf nahm, zitiere ich einen Satz: „Es war in der Tat zu prüfen, ob westliche Medien in den 70er und 80er Jahren die Wucherungen der Stasi, die Skrupellosigkeit des Repressionsapparates, die Zuspitzung der Wirtschaftskrise, das Maß der ökologischen Zerstörungen, die Menschenrechtsverletzungen und den wachsenden Widerstand dagegen hinreichend wahrgenommen und dargestellt hatten. Aus meiner Sicht gab es Defizite.“

Umgang mit Diktatoren? Diktatoren sind in meinem Verständnis Geiselnnehmer. Sie unterscheiden sich von denen, die in eine Bank eindringen und Leute festsetzen, um Geld zu erpressen, durch die Millionenschar ihrer Opfer. Jeder weiß, daß die Rechtsordnung zwar die Möglichkeit eröffnet und das gute Recht schafft, den Geiselnnehmer zu erschießen, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, die Geiseln zu befreien, daß es aber Situationen geben kann, wo der finale Rettungsschuß, wie man da sagt, nicht möglich ist. Besonders dann nicht, wenn der Geiselnnehmer einen mit nuklearen Waffen geschützten und ausgestatteten Schutzherren hat. Ich will das nicht weiter ausführen.

Wissen Sie, man könnte jetzt lange darüber meditieren, ob es Situationen gibt, in denen ein Polizeipsychologe empfiehlt, mit dem Geiselnnehmer Kognak zu trinken. Das ist übrigens auch ein Unterschied zwischen Diplomaten und Journalisten. Die Diplomaten werden zuweilen dafür bezahlt, daß sie mit ziemlich üblen Leuten Kognak trinken. Den Journalisten würde ich immer abraten, es zu tun, wenn man irgendwie imstande ist, das Interview auch ohne den Kognak zu kriegen. Es gibt schon Formen, die vielleicht mehr in den Bereich der Polizeipsychologie hineingehören als woandershin, die in bestimmten Situationen geboten erscheinen.

Es muß jetzt alles sehr plakativ sein, deshalb nur eine letzte Bemerkung zu Ihrer Frage. Ich war der Meinung, es gab keine vernünftige Alternative zur Ostpolitik, wie sie die sozialliberale Koalition begann und die christlich-liberale Koalition fortsetzte, cum grano salis, mit tausend Einschränkungen zu tausend Einzelheiten. Ich war aber nicht der Meinung, daß die DDR-Forschung in jedem Falle den Mainstream richtig beurteilt und das durchgehalten hat. Da kann man lange drüber reden: Wie ist das, wenn man das Böse analysieren will, woher kommt es, welche Gestalt hat es, kann man es mindern, gibt es Chancen, das Böse so zu verändern, daß es nicht mehr böse ist? Das ist ein schwieriges analytisches Problem. Sie sind als Student der Humboldt-Universität da drüben, denke ich, viele Jahre hindurch ein paar Stufen hochgegangen, da stand diese Marxsche Feuerbachthese, glaube ich, oder steht sie immer noch da? Ach, Sie waren nicht an der Humboldt-Universität? Bitte um Nachsicht.

Also an der Humboldt-Universität habe ich, als ich das erste Mal 1990 diese heiligen Hallen betreten durfte, zuvor konnte man das ja nicht, solange die Mauer stand, als West-Berliner, da habe ich diesen Wandspruch gesehen, diese Marxsche Feuerbachthese. In Abwandlung der Feuerbachthese würde ich sagen, es kommt nicht darauf an, wie man die Diktatur nennt. Es kommt darauf an, sie abzuschaffen. Und das ist uns letztlich gelungen, deshalb konnten wir heute in diesem Raum hier sitzen. Vielen Dank.

Zwischenruf: Ich glaube, daß die Frage eher ist, wer sie abgeschafft hat. Die hat doch jeder selbst abgeschafft.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Das würde zu einer weiteren Diskussion führen. Meine Damen und Herren, wir haben den Versuch gemacht, über die gegenseitige Sicht von Deutschen Ost und Deutschen West zu

reden. Sicher ist es zum Teil bei dem Versuch geblieben. Aber lassen Sie mich am Ende drei Bemerkungen, die sehr subjektiv sind, machen.

Erstens: Mich bestätigt diese Diskussion hier am Podium in meiner Annahme, daß es nicht zwei geschlossene Kulturen West und Ost gibt. Jedenfalls gehen die Kontroversen vielfach querbeet, sie laufen nicht entlang der normalen Ost-West-Einteilung.

Die zweite Bemerkung: Ich glaube, es wird auch künftig unterschiedliche Orientierungen geben, jedenfalls solange die Menschen unterschiedliche Sozialisierungen haben. Im Sozialisationsprozess gegebene Orientierungen lassen sich nicht rasch überwinden, sie wirken nach. Aber es gibt daneben doch eine Menge Klischees voneinander. Mit diesen Klischees, so glaube ich, müssen wir uns nicht abfinden. Sie sind um so größer, je weniger Begegnung, je weniger Diskussionen zwischen Ost und West stattfinden. Da gibt es – so glaube ich – einiges zu tun.

Deshalb meine dritte Bemerkung: Auch wenn wir diese Sitzung der Enquete-Kommission noch auswerten müssen im Hinblick auf das, was künftig zu tun ist, ist doch schon zu folgern, daß es gilt, sich mit der Realität wirklich auseinanderzusetzen und nicht vorschnell bestimmte Wahrnehmungsmuster für die Realität zu halten. Eine weitere Folgerung könnte sein, daß wir uns bemühen, tatsächlich Diskussionen, die quer zu den normalen Diskussionen sind, bewußt zu organisieren.

Nicht zuletzt aber hat die Diskussion auch gezeigt, daß es bestimmte grundlegende Fragen – etwa soziale Probleme – in unserer Gesellschaft politisch zu lösen gilt. Dieses müssen wir in Richtung des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung sagen. Von der Fähigkeit zur Problemlösung wird nicht zuletzt abhängen, wie erfolgreich unsere Gesellschaft sein wird, mit den verschiedenen Vergangenheiten umzugehen. Auch dieses, glaube ich, können wir aus dieser Diskussion mitnehmen.

Meine Damen und Herren, am Ende dieser Diskussion möchte ich den Teilnehmern hier am Podium sehr herzlich danken und zuletzt das Wort dem Vorsitzenden Eppelmann geben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ja, herzlichen Dank, lieber Kollege Faulenbach. Fünf haben wir hier im letzten Podium gehört mit ihren ganz individuellen Wahrnehmungen. Ich kann mir vorstellen, daß es Ihnen, den Zuhörern, ähnlich gegangen ist wie uns, den Mitgliedern in der Enquete-Kommission. An der einen oder anderen Stelle haben wir uns mit unseren eigenen Wahrnehmungen wiedergefunden, und an anderer Stelle haben wir widersprochen oder widersprechen wollen. Das wird, unterstelle ich mal, wenn man 16 Millionen DDR-Bürger gefragt hätte, ebenso sein. Es ist eine wahnsinnige Vielfalt, so daß dies nur ein ganz kleiner Ausschnitt sein konnte, der allerdings deutlich gemacht hat, auch in seiner Unterschiedlichkeit, wie wichtig es ist, uns mit diesen Fragen zu beschäftigen und damit auch weiter zu befassen. Das Thema „Alltag in der DDR“, zu dem diese Anhörung hier gehörte, wird ein Thema

sein, das uns noch weiter befassen wird, und zwar nicht, ich hoffe, daß auch das deutlich geworden ist, nur rückblickend, sondern auch bezogen auf Gegenwart und Zukunft. Wenn uns die wichtig sind, und das möchte ich mal unterstellen, dann werden wir an der Stelle weitermachen müssen. Ich danke Ihnen ganz herzlich, daß Sie mit uns das Vergnügen haben wollten, hier in diesem Haus zu sein. Ich vermute mal, kein einziger hat einen Ausweis zeigen müssen oder sich nach Waffen oder ähnlichem durchsuchen lassen müssen, keiner ist nach seinem Anliegen gefragt worden, sondern einfach hier reingegangen. Darüber sollten wir uns freuen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend, einen guten Sommer, kommen Sie gut nach Hause. Auf Wiedersehen.

(Beifall)

Ende der Sitzung 19.00 Uhr